

9. Heft / 8. Mai 1913

## THEODOR LEIPART · DIE BEDEUTUNG DER KONZENTRATIONSBEWEGUNG IN DEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN

**R**EREITS in früheren Jahrgängen der *Sozialistischen Monatshefte* hat die Konzentrationsbewegung in den deutschen Gewerkschaften die gebührende Beachtung gefunden. Zuletzt hat Carl Legien vor Jahresfrist eine historische Übersicht über den gewerkschaftlichen Organisationsprozeß in Deutschland an dieser Stelle veröffentlicht und damit gezeigt, daß es im Wesen der deutschen Arbeiterbewegung zu liegen scheine organisatorisch eine möglichst kompakte Masse zu bilden.<sup>1)</sup> Seinen geschichtlichen Darlegungen über die Entwicklung und den immer engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften braucht heute nichts hinzugefügt zu werden. Dagegen folge ich gern der Einladung der Redaktion über die Bedeutung der Konzentrationsbewegung und die Konsequenzen, die sie für die Stellung der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Leben und für ihre Taktik mit sich bringt, mich hier zu äußern. Ich tue das um so lieber als eine kürzlich veröffentlichte Schrift<sup>2)</sup> in der Presse neuerlich wieder eine lebhaftere Besprechung der Konzentrationsbewegung selbst angeregt hat. Daneben scheint es mir auch von Interesse zu sein auf eine Auslassung in einer unserer größeren Gewerkschaftszeitungen, daß nämlich »die Konzentrationsbestrebungen in den deutschen Gewerkschaften nicht ihre Stoßkraft vermehren sondern schwächen«,<sup>3)</sup> bei dieser Gelegenheit gleich mit einigen Worten einzugehen. Diese Ansicht vertritt der Zimmerer gegen Heinrich Stühmer, der in seiner Besprechung der großen Tarifbewegungen dieses Frühjahrs darauf verwiesen hatte, daß die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe sich jetzt in anderen Formen abspielen als früher.<sup>4)</sup> Ob es richtig ist, daß sich ganz allgemein jetzt mehr als früher das Bestreben zeige die großen, umfangreichen Kämpfe möglichst zu verhüten, will ich dabei nicht näher untersuchen. Eine Tatsache ist es jedenfalls, daß die Konzentration nicht nur in den Gewerkschaften sondern auch bei den Unternehmerver-

<sup>1)</sup> Siehe Legien *Die Konzentration der Kräfte in der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1170 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Wende *Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften* / Berlin 1913/.

<sup>3)</sup> Siehe die *Gewerkschaftliche Rundschau* im Zimmerer, 1913, pag. 150.

<sup>4)</sup> Siehe die *Rundschau Gewerkschaftsbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 319

bänden es bewirkt hat, daß die Lohnkämpfe nicht mehr mit dem einzelnen Arbeitgeber und auch nicht mehr für den einzelnen Ort sondern teilweise sogar schon für das ganze Reich zu gleicher Zeit geführt werden. Die Interessen, die bei einem derartig umfangreichen Lohnkampf in einem großen Gewerbe nicht nur für die Gewerbeangehörigen, sondern weit darüber hinaus für die gesamte Industrie und für das ganze Staatsleben auf dem Spiel stehen, sind von so großer Bedeutung geworden, daß sich unsere deutsche Regierung, allerdings nach langem Sträuben, endlich dazu bequemen mußte Schritte zu tun, um den Ausbruch großer Riesenkämpfe möglichst zu verhüten. Andererseits treten heute auch auf der Arbeitgeberseite einflußreiche Kräfte auf, aus der Finanzwelt zum Beispiel, die bei der Größe des Objekts ein lebhaftes Interesse an der Verhütung eines solchen gewaltigen Lohnkampfes haben und auch bekunden. Dagegen habe ich bisher in den mir bekannten Kreisen der Gewerkschaften nicht wahrgenommen, daß etwa die Furcht vor dem großen Umfang der jetzigen Lohnbewegungen sie dazu gebracht hätte dem Kampf möglichst auszuweichen und lieber auf eine friedliche Einigung einzugehen. Im Grunde genommen ist dies ja die Stellung der Gewerkschaften von jeher gewesen; schon immer sollte der Streik nur als letztes Mittel, wenn eine Einigung tatsächlich nicht zu erzielen wäre, angewandt werden. Zu einer größeren Nachgiebigkeit bei den Einigungsverhandlungen als früher liegt aber für die Gewerkschaften heute in der Regel gar kein Anlaß vor, weil ja für die Gegenseite das Risiko des eventuellen Kampfes auch um so viel größer geworden ist als früher. Die Erfahrungen, auf die ich zurückblicken kann, sprechen jedenfalls für diese meine Auffassung, und ich kann es daher auch nicht verstehen, wie der *Zimmerer* in der schon erwähnten Polemik zu dem Schluß kommen konnte, daß die Arbeiter mit den zentralen Tarifabschlüssen je länger je mehr eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage zu buchen hätten. Das Gegenteil ist nach meinen Erfahrungen richtig.

Es ist zunächst auch zu unterscheiden, ob die Konzentrationsbewegung in den Gewerkschaften die erwähnte Formenänderung der Lohnbewegung erst herbeigeführt hat, oder ob nicht gerade die veränderten Verhältnisse die Ursache für die Konzentration der Kräfte auf der Arbeiterseite gewesen sind. Allgemein genommen darf man weder das eine noch das andere behaupten, man kann nur zugeben, daß hier Ursache und Wirkung oft mit einander gewechselt haben. Aber denken wir uns den Fall, die Mitglieder unserer Gewerkschaften hätten bisher alle Konzentrationsbestrebungen abgelehnt, wäre dann wohl anzunehmen, daß wir auch heute noch jeden einzelnen Arbeitgeber oder jeden Ort nach einander *abschlachten* könnten? Es wird nicht mehr viele Gewerkschafter geben, die so naiv sind das für glaubhaft zu halten. Hätten die Gewerkschaften nicht durch die fortgesetzte Konzentration ihre Stoßkraft so gewaltig vermehrt, so würden wir es heute sicherlich jeden Tag erleben können, daß die Unternehmerverbände die örtlichen Filialen der Gewerkschaften eine nach der andern *abschlachteten*; und dann würde natürlich auch je länger je mehr eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu verzeichnen sein.

Die mannigfachen Gründe für die Konzentrationsbewegung in den Gewerkschaften führt Dr. Alexander Wende in seinem von recht fleißigem Studium und viel Verständnis zeugenden Buch sehr anschaulich vor. Er will aber

unter der von ihm dargestellten Konzentrationsbewegung nur die Entwicklung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden verstanden wissen und verlegt den Beginn dieser Entwicklung in das Jahr 1890, als der Ablauf des Sozialistengesetzes den Gewerkschaften die Bewegungsfreiheit wieder gegeben hatte. Im Jahr 1891 ist zwar der *Deutsche Metallarbeiterverband* als der erste und zugleich größte Industrieverband gegründet worden; aber man darf hierbei doch nicht übersehen, daß diese Form der gewerkschaftlichen Organisation keineswegs neu war sondern schon vor dem Sozialistengesetz existierte. Es sei daran erinnert, daß schon im Jahr 1868 bei der Gründung der deutschen Gewerkschaften sowohl ein Metallarbeiterverband als auch eine Holzarbeitergewerkschaft, also zwei ausgesprochene Industrieverbände geschaffen wurden. Die Holzarbeitergewerkschaft hat sich allerdings noch vor dem Sozialistengesetz in einen Tischlerbund umgewandelt, und es ist weiter auch richtig, daß später in allen Gewerben zunächst die reine Berufsorganisation von den Arbeitern bevorzugt worden ist. Die Entwicklung der Teilarbeit und die starke Zunahme der ungelerten Arbeiter in den meisten gelernten Berufen zwangen dann aber zur Preisgabe der reinen Berufsorganisation. Wer heute an die, mitunter recht heftige Fehde zwischen den Anhängern und Gegnern der Berufsorganisation vor 20 Jahren zurückdenkt, wird aber zugeben müssen, daß die Spöttelei über *Fachsimpelei* und dergleichen doch eigentlich nicht berechtigt war. Jedenfalls sehen wir heute Rückbildungen zur Berufsorganisation auch in den Industrieverbänden, die zur Lösung ihrer eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben dazu genötigt sind auch im Rahmen des Gesamtverbands die Angehörigen der verschiedenen Branchen als solche zur Geltung kommen zu lassen. Und die Herausgabe von fachtechnischen Zeitschriften zur ausdrücklichen Pflege der Fachbildung durch immer mehr Gewerkschaftsverbände könnte dann erst recht als eine echte Fachsimpelei unserer heutigen Organisation bezeichnet werden.

Von solchen Übertreibungen in den Argumenten für die Konzentrationsbewegung sind wir auch heute noch nicht ganz befreit. Die völlig kritiklose Hinnahme und Unterstützung aller Konzentrationsbestrebungen würde uns schließlich dahin führen müssen an Stelle der Berufs- oder Industrieorganisation die Betriebsorganisation zu empfehlen. Auch Wende führt in seinem Buch als eine der Triebkräfte für die Konzentrationsbewegung den Umstand an, daß eine kleine Branche in einem großen Fabrikbetrieb mitunter ohne Wissen und Einverständnis der anderen Forderungen stellte und durch den Kampf, der darauf folgte, den anderen Organisationen, deren Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen wurden, große Opfer auferlegte, ohne daß diese Organisationen auf den Streik oder dessen Beilegung irgendwelchen Einfluß hatten. Das ist sicher richtig. Aber falsch ist es, daß diese Erwägung nun dahin führen müßte alle Arbeiter eines Betriebs, auch wenn die Berufsunterschiede noch so groß sind, in eine gemeinsame Organisation hineinzubringen. So weit kann und darf die Konzentrationsbewegung nicht gehen. Denn ein solches Prinzip der Betriebsorganisation würde sehr bald zu dem allgemeinen Arbeiterverband führen, der uns ja auch schon öfter von übereifrigen, aber ebenso unklaren Freunden mehr oder minder warm empfohlen worden ist. Das wäre dann jedoch der Verzicht auf die gewerkschaftliche Organisation überhaupt. Denn die Gewerkschaftsbewegung ist und bleibt immer eine Berufsbewegung, sie muß auf die Berufsunterschiede

Rücksicht nehmen, die nun einmal vorhanden sind und auch schwerlich jemals ganz verschwinden werden.

So notwendig und förderlich für die gesamte Gewerkschaftsbewegung die Konzentration also ist, so muß doch auch die richtige Grenze eingehalten werden. Verwandte Berufe können sich zur Erlangung größerer Stärke verschmelzen. Dabei darf der Begriff der *Verwandtschaft* ziemlich weit gezogen werden. Aber alle möglichen noch so unterschiedlichen Berufe in einer Gewerkschaft zu vereinigen, nur weil sie in einer Unternehmung zusammenarbeiten, kann unmöglich angehen. Wie viele Berufe arbeiten nicht in einem großen Neubau zusammen, bis das Haus zur Gebrauchsabnahme fertig ist! Sollen deswegen alle an dem Bau beschäftigten Handwerker, als da sind Klempner, Schlosser, Tischler, Bildhauer, Tapezierer usw., sich dem Bauarbeiterverband anschließen? So ähnlich liegen aber auch die Verhältnisse in den gemischten Betrieben der Großindustrie, zum Beispiel im Schiffsbau. In dem Wendeschen Buch wird mit vollem Recht auf das Beispiel des ehemaligen Werftarbeiterverbands zum Beweis dafür hingewiesen, daß eine solche, alle Berufe umfassende Gewerkschaft sich auf die Dauer nicht halten kann; sie vermag bei dem ständigen Wechsel der Mitglieder, die wohl an ihrem Beruf aber doch nicht an dem Betrieb festhalten, es zu keiner innern Festigung zu bringen.

Die Abhängigkeit des einen Berufs von dem andern, die sich in solchen gemischten Betrieben bei Lohnforderungen zeigt, ist mehr oder minder auch in den reinen Berufswerkstätten vorhanden. Am deutlichsten zeigt sich das bei einem Lohnkampf der Bergarbeiter, der das Weiterarbeiten in fast allen Industrien und Berufen in hohem Maß beeinträchtigt. Jeder Lohnkampf im Baugewerbe übt seine Wirkung auf die Konjunktur in der Metallindustrie, im Holzgewerbe und in vielen anderen Berufen aus. Trotzdem sind Sympathiestreiks und auch die vorübergehend so häufig angewandten Sympathieaussperrungen so selten geworden. Man kann eben den Verhältnissen nicht ganz willkürlich Zwang antun, und so werden sich auch die Inhaber der Großbetriebe noch mehr als es schon der Fall ist daran gewöhnen müssen über die Festsetzung der Arbeitsbedingungen mit den verschiedenen Berufen gesondert zu verhandeln oder, richtiger gesagt, bei diesen Verhandlungen auf die bestehenden Verhältnisse in den verschiedenen Berufen außerhalb des eigenen Betriebs Rücksicht zu nehmen. Es bestehen zum Beispiel Tarifverträge für große Waggonfabriken, die von den Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Sattler usw. gemeinschaftlich abgeschlossen sind, es gibt aber ebenso auch Fälle, wo nur der eine oder andere Verband lediglich für seine Berufsangehörigen in dem Betrieb die Arbeitsverhältnisse geregelt hat. Beide Wege sind also gangbar, und man kann nicht sagen, daß die Berufs- oder Industrieorganisation vor den gemischten Betrieben der Großindustrie mit ihrer Tätigkeit haltmachen müßte. Wenn in den eigentlichen Berufswerkstätten die Arbeitsverhältnisse zum Beispiel der Sattler von denen der Schmiede, oder der Tischler von denen der Zimmerer so verschieden sind, weil die ganze Entwicklung des einzelnen Berufs es so mit sich gebracht hat, warum sollen diese sonst als zu Recht bestehend anerkannten Abweichungen nicht auch in den großen Unternehmungen, die mehrere Berufe in sich vereinigen, fortbestehen dürfen? Als im Jahr 1908 bei der großen Bauarbeiterbewegung der *Arbeitgeberbund für das Bau-*

gewerbe in Rheinland-Westfalen verlangte, daß der Holzarbeiterverband an den Verhandlungen und dem Vertragsabschluß mit den Bauarbeiterverbänden teilnehmen sollte, hat der Verbandsvorstand der Holzarbeiter das kategorisch abgelehnt. In jenem Bezirk fertigen nämlich die Bauunternehmer zum großen Teil auch die Bautischlerarbeiten selber an, beschäftigen also Tischler in großer Zahl in ihren eigenen Betrieben und hätten diese natürlich gern mit unter den Bauarbeitervertrag gebracht. Trotz Aussperrung hat der Holzarbeiterverband ihnen aber diesen Willen nicht gelassen sondern es nach 1jährigem Kampf durchgesetzt, daß der Arbeitgeberbund mit ihm lediglich für die Tischler und die anderen Holzarbeiter einen eigenen, den sonstigen Verhältnissen im Holzgewerbe angepaßten Tarifvertrag mit kürzerer Arbeitszeit und auch mit einem andern Ablauftermin als für die Bauarbeiter abgeschlossen hat. Dieser Vertrag ist im Jahr 1912 mit erheblichen Verbesserungen, namentlich weiterer Arbeitszeitverkürzung, erneuert worden, ohne daß die Unternehmer das Verlangen nur wiederholt hätten die Tischler mit unter den Bauarbeitervertrag zu stellen.

Es ist also zuzugeben, daß die Konzentrationsbewegung nicht bis ins Blaue hinein fortgeführt werden darf. Aber wer ihren Wert und ihre Notwendigkeit überhaupt bestreitet und ihr gar eine Schwächung der Gewerkschaften nachsagt, der sieht die Welt mit falschen Augen an. Warum sind die englischen Gewerkschaften, einst unser Vorbild und schier unerreichbar dünkendes Ideal, heute in der Entwicklung zurückgeblieben? Zum guten Teil, weil sie der Konzentration ermangeln, an der Zersplitterung festgehalten haben. Trotz unserer Zentralisation und Konzentration entbehren auch unsere deutschen Gewerkschaften nicht, was die englischen bis heute als einen besondern Vorteil für sich betrachten. Selbst in den kleineren Verbänden, besonders aber in unseren großen Industrieverbänden haben wir eine so weit verzweigte Teilung in Bezirke und Branchen mit eigenen Vertretungskörpern (Bezirkskonferenzen, Gauvorstände usw.), daß das Übergewicht der englischen Gewerkschaften in dieser Hinsicht wahrscheinlich nur eine rein formale Bedeutung hat. Die angeblich größere Demokratie ist sehr stark anzuzweifeln. Jedenfalls ist der größere Erfolg auf unserer Seite. Denn in gleichem Schritt mit der Konzentration der deutschen Gewerkschaften ist ihr Einfluß in immer weitere Arbeiterkreise gedungen. Arbeiterschichten, um die sich die reine Berufsorganisation gar nicht gekümmert hat, werden heute mit erfaßt und zu höherer Lebenshaltung emporgehoben. Die vielen im Land verstreuten einzelnen kann nur der große Verband leicht heranziehen und der Segnungen der Organisation teilhaftig machen. Die riesigen Ziffern unserer alljährlichen Lohnbewegung zeigen nicht minder, daß die Teilhaberschaft an den erzielten Verbesserungen von Jahr zu Jahr im Wachsen begriffen ist, obgleich oder auch weil die Zahl der friedlichen Lohnbewegungen gleichfalls zunimmt.

Aber wir täuschen uns auch nicht: Die Kämpfe hören natürlich nicht auf; auch sie wachsen an Bedeutung. Sie nehmen immer mehr zentralen Charakter an, beginnen die ganze Volkswirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen und spielen sich unter der Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit ab. Sie wachsen sich, wie Wende sagt, zu »politischen Ereignissen« von größter Tragweite aus, »zumal nicht zu bezweifeln ist, daß die Zusammenballung der Arbeiter zu farblosen Gesamtverbänden dem Gedanken des Klassenkampfes

förderlicher ist als ihre Organisierung in den doch immer etwas zünftlerisch angehauchten Berufsverbänden«. Somit ist also Wende bei seiner Untersuchung zu einer ganz andern Schlußfolgerung gekommen als mancher Kritiker im eigenen Lager, der von der konzentrierten Entwicklung der Gewerkschaften eine Versumpfung und eine Beeinträchtigung des Klassenkampfgedankens befürchtete. Über jegliche Kritik dieser Art, sowohl von der einen wie von der andern Seite, habe ich mich bisher immer in dem ruhigen Bewußtsein zu trösten gewußt, daß die Intelligenz der Arbeiterschaft und das Selbstbestimmungsrecht unserer Mitglieder dafür sorgen, daß die deutschen Gewerkschaften auf dem rechten Weg bleiben werden. Und der entschlossene Wille der Arbeiter zu höherm Lebensgenuß emporzusteigen, der unsere Erfolge bisher ermöglichte, wird den Gewerkschaften auch die Mittel geben die größeren Aufgaben der Zukunft ebenso glücklich zu lösen.

XX

## MAX SCHIPPEL · AMERIKANISCHE ZOLLREFORMEN



NOCH immer bewegt sich die Stellungnahme unserer sozialdemokratischen Parteipresse zu dem Underwoodschen Tarifrevisionsentwurf in recht erheblichen Widersprüchen. Zum Teil mag dies daran liegen, daß in Europa zunächst nur verschwommene allgemeine Grundzüge oder aus dem Zusammenhang gerissene Einzelheiten der Washingtoner Bill bekannt wurden, so daß der ergänzenden Phantasie ein allzu weiter Spielraum blieb. Andererseits gelangt die alte bekannte Neigung einer vorwiegend agitatorisch geschulten Betrachtungsweise zum Durchbruch. Jeder politische Vorgang wird nicht ruhig sachlich abwägend nach seiner realen Verursachung und besondern Ausgestaltung zu verstehen und zu beurteilen gesucht (was allerdings ein weitschichtiges und unablässiges Studium eines meist recht trockenen und verwickelten Tatsachenmaterials voraussetzt), sondern er wird im Handumdrehen und in Anknüpfung an ein paar aufgelesene, auffällige Mitteilungen mit Vorliebe zurechtgeknetet zum *Beweis* für irgendwelche tiefe *prinzipielle* Erkenntnis: über eherne weltwirtschaftliche und handelspolitische Gesetzmäßigkeiten, meist fragwürdigster Herkunft und Art, über das Wesen des Kapitalismus, der kapitalistischen Politik und der kapitalistischen Parlamentsmehrheiten.

So ist es denn kein Wunder, daß die eine Parteirichtung, in kritiklosester Überbietung aller bürgerlich-altliberalen Illusionen, eine ganz neue, freihändlerische Ära unter der internationalen Führung von Oscar W. Underwood und Woodrow Wilson heraufziehen sieht, während ein anderer Parteiflügel unerschüttert dabei bleibt: der Edelmarxismus habe den Antifreihandel, das imperialistische Schutzzöllnertum und den schutzzöllnerischen Imperialismus als adäquate kapitalistische Außenpolitik für Gegenwart und nächste Zukunft unwiderleglich ergründet, und schon deshalb spreche zum mindesten alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß hinter der ganzen jüngsten Schaumschlägerei in Washington gleichfalls kein wirklicher Ernst stecke. Es ist, wie man von R. Hilferding gelernt haben will, »nicht Sache des Proletariats, der fortgeschrittenen kapitalistischen Politik die überwundene der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft entgegenzu-

setzen . . . Dem bürgerlichen Dilemma *Schutzzoll oder Freihandel?* entrinnt das Proletariat mit der Antwort *Weder Schutzzoll noch Freihandel sondern Sozialismus!*« Der arme Präsidentreformer findet unter solchen Voraussetzungen naturgemäß keine übermäßige Wertschätzung für seine wirtschaftspolitische Einsicht und Initiative.

Aber kommt man in so vielverschlungenen Fragen der Wirtschaftsinteressen und der Wirtschaftsentwicklung überhaupt mit ein paar solcher sogenannter *Grundanschauungen* zurecht und aus? Ich habe mich stets dagegen gewandt die niemals dauernd abgeschlossenen, stets periodisch wiederkehrenden Neuanpassungen, denen jeder Zolltarif unterworfen ist und bei den ununterbrochenen Verschiebungen der internationalen Konkurrenzverhältnisse unterworfen bleiben muß, einfach auf zwei polare Gegensätze: *Freihandel* oder *Schutzzoll*, zurückführen zu wollen. Wäre das richtig, was man jetzt angesichts des Wilsontarifs an vagen Verallgemeinerungen ohne weiteres für erlaubt hält, dann könnte man ebensogut und noch besser an unserm schutzzöllnerischen Europa seit langem schon Gründe zur seltsamsten Freihandelsbegeisterung entdecken. Ein paar Beispiele dafür seien auf gut Glück herausgegriffen. Eisenerze zahlten unter dem Payne-Aldrich-Gesetz pro Tonne 15 Cents Zoll, unter dem Dingleytarif sogar 40 Cents. Sie sollen nunmehr in die Freiliste aufgenommen werden. Welch ein Triumph des Freihandelssystems in der lichten demokratischen neuen Welt, im Unterschied zum reaktionär verfinsterten alten Europa! Aber wer in diesen Dingen nur einigermaßen Bescheid weiß, wird sich erinnern, daß man bei uns im zurückgebliebenen Deutschen Reich selbst auf dem äußersten Gipfel des Hochschutzzolls niemals auch nur an die Forderung und Einführung eines derartigen Erzzolls gedacht hat; »Erze, auch aufbereitet,« stehen in der Nummer 237 unseres letzten Zolltarifs vom Dezember 1902 (und das bildete selbst für unsere Hochschutzzöllner damals und jederzeit eine Selbstverständlichkeit) als zollfrei. Die Kohle zahlte in Amerika zuletzt pro Tonne 45 Cents Zoll, vorher nach dem Dingleygesetz 67 Cents; sie soll später zollbefreit sein. Welch eine epochemachende Umwälzung! Aber wir geistig und politisch zurückgebliebenen Deutschen machten das von jeher so wie das in Amerika vielleicht, für die Zukunft geschehen soll. Ziffer 238 unseres Zolltarifs von 1902 lautet: Steinkohlen, Anthrazit, unbearbeitete Kännelkohle und Braunkohlen, auch gemahlen; Torf; Koks . . .; Brennstoffe, künstliche (einschließlich der Preßkohlen) . . . zollfrei«. Die immer erneuerten Kämpfe um die amerikanischen Wollzölle (ungewaschene Wolle 3 bis 12 Cents Zoll pro Pfund, gewaschene 3 bis 33 Cents) sind bekannt; jetzt sollen sie zugunsten der unbelasteten Einfuhr und gegen die großen Ranchers des Nordwestens und Südwestens entschieden werden. Ein Fortschritt mag dies sein, gewiß. Aber wenn das genügt, um sich im Glauben an die stetige Aufwärtsentwicklung zur staatlich vollkommen unbeeinflußten, international freien Konkurrenz zu stärken und zu sonnen, dann böte Deutschland eigentlich ein viel näher liegendes und erquickenderes Erbauungsfeld; denn bei uns war Wolle jederzeit zollfrei, und auch Ziffer 413 des Zolltarifs von 1902 führt als zollfrei auf: »Schafwolle (auch Gerberwolle); Haare des Schafkameels, des Kameels, der Hausziege, der Kämeler oder Angoraziege« usw. Es ist eben durchaus kein Widerspruch gegen die

Schutzpolitik, es entspricht vielmehr, um mit unserm großen Lehrmeister Karl Marx zu reden, »einer Hauptlehre des rationeller entwickelten Schutzsystems die Zölle auf Rohstoffe aufzuheben oder zu ermäßigen, diese möglichst frei hereinzulassen«. <sup>1)</sup> Und von einer solchen Auffassung ausgehend, kann höchstens die Untersuchung noch lohnend erscheinen: welche Gegenströmungen den Vereinigten Staaten so lange Zeit den Weg zu einer frühern Nachahmung der europäischen *rationellern* Schutz Zollpraxis verlegten, und welche wirtschaftlichen Neugestaltungen nunmehr diese europäische Art des Vorgehens leichter ermöglichen oder gar bereits zu einer unabänderlichen Notwendigkeit machen.

Ähnlich verrät es einen vollkommenen Mangel an Augenmaß, wenn man andere Zollermäßigungen, die bis zu einem gewissen Grad nur selbstverständliche Konsequenzen solcher Zollbefreiungen oder Zollermäßigungen für Roh- und Hilfsstoffe sind, glattweg in vollem Betrag einer plötzlich vollzogenen Abkehr von jedem Schutzgedanken zuschreibt. Verteuert man durch Zoll einen Rohstoff (Wolle), so ist, wie man weiß, der Zoll für die weiterverarbeitende Industrie (für Wollgarne, Wollstoffe) bis zu einer bestimmten Höhe lediglich notwendiger Ausgleich für die vorangegangene Belastung des produktiven Verbrauchs; erst was über diese Höhe hinausragt, ist wirklicher *Schutz*, wirkliche Begünstigung für die höherstufige Produktion (Spinnerei, Weberei, Wirkerei). Fällt die Belastung der Vorstufe, so kann man, ohne irgendwie den Schutz der Weiterverarbeitung zu schmälern, die Halbfabrikat- und Ganzfabrikatzölle um den ehemaligen Ausgleichsbetrag kürzen. Täte man dies nicht, so würde der (nominell gleichgebliebene) Zollobetrag automatisch in eine Steigerung des Schutzes, der Begünstigung umschlagen. Selbst der Payne-Aldrich-Tarif von 1909, der den Groll der Konsumenten zum Übersäumen brachte, konnte deshalb, wo er eine Rohstoffentlastung herbeigeführt hatte, ohne Bedenken Zölle für *korrespondierende Manufakturen* herabsetzen: beispielsweise, nachdem die Häute frei geworden (vorher, seit 1897, 15 % Wertzoll), die Zölle für Leder von 20 auf 5 %, für Schuhe von 25 auf 10 %, für Geschirr- und Sattlerwaren von 35 auf 20 %; oder, nachdem die Eisenerzzölle von 40 auf 15 Cents herabgebracht waren, die Zölle für Roheisen von 4 auf 2,50 Dollar pro Tonne, für gewöhnliche Stahlingots von 6,72 auf 3,92 Dollar, für Stahlschienen von 7,84 auf 3,92 Dollar. Eine ganze Reihe der jetzt zu ermäßigenden Zölle gehört zu der gleichen Gattung: so bei den Wollfabrikaten, bei verschiedenen Eisenerzeugnissen, wenn auch oft genug über die bloße Ausgleichsherabsetzung hinaus noch weitere kräftige Kürzungen, also wirkliche Schutzherabsetzungen, versucht worden sind.

Im großen und ganzen treten bei diesem Underwood-Wilsonschen Reformanlauf zwei Richtlinien deutlich hervor: die seit Jahren sich verschärfende Teuerung des Massenhaushalts soll gemildert werden, und einigen besonders mißliebigen, ganz abnorm gewinnreichen Trustbildungen sucht man einen Dämpfer aufzusetzen. Zur letzten Gruppe gehört etwa die verlangte Zollfreiheit für Stacheldraht, Setz-, Schreib- und Nähmaschinen, für Cashregisters, Landwirtschaftsgeräte. In der ersten Richtung liegt die Ermäßigung des Butterzolls von 6 auf 3 Cents pro Pfund, des

<sup>1)</sup> Siehe Marx *Das Kapital*, 3. Band, 1. Teil / Hamburg 1894 /, pag. 83.



Eierzolls von 5 auf 2 Cents pro Dutzend, des Rinderzolls von 27 auf 10 %, des Schafzolls von 16 auf 10 %, des Obstzolls von 27 auf 15 %, des Citronen- und Orangenolls von 68 auf 24 %, die Aufhebung des Zolls auf Weizenmehl, auf Zucker wenigstens nach 3 Jahren. Weiter sollen folgende, für den Massenhaushalt bedeutsamen Zölle gekürzt werden (die amerikanische Tarifgesetzgebung bevorzugt bekanntlich in ganz außergewöhnlichem Maß die Wertzölle vor den spezifischen Zöllen): Wollengarne von 79 auf 20 % des Wertes, Wollendecken von 72 auf 25 %, Flanelle von 93 auf 25 und 35 %, wollene Kleidungsstoffe von 99 auf 35 %, fertige Wollstoffkleider von 79 auf 35 %, baumwollene Strumpfwaren von 75 auf 50 %, Baumwollhandschuhe von 89 auf 36 %, baumwollene Unterkleider von 60 auf 25 %, Kragen und Manschetten von 64 auf 25 %.

Bis die Mitteilungen lückenlos vorliegen, möchte ich eine Einzelbeurteilung dieser Zollsätze und ihrer wahrscheinlichen Gesamtwirkung unterlassen. Wenn man aber bedenkt, daß die Vorschläge Underwoods zweifellos die einschneidendste augenblicklich erreichbare Zollreform darstellen, und daß das parlamentarische Ränkespiel der Interessenten höchstens wieder Steigerungen gegen den Entwurf bringen kann, dann wird man in dem Ganzen wohl eine, selbst von den Republikanern und Hochschutzzöllnern längst programmatisch versprochene Beschneidung der schlimmsten, unsinnigsten und schädlichsten Auswüchse eines wildgewachsenen Hochschutzzollsystems in der Richtung eines *competitive tariff*, eines die fremde Konkurrenz nicht geradezu ausschließenden und vernichtenden Tarifs sehen. Aber mit europäischem Maßstab gemessen erscheinen selbst diese reformierten Zollsätze noch abnorm hoch, und neben ihnen bleibt die weitaus größte Zahl der alten Zollsätze (wenigstens nach den bisherigen Mitteilungen zu schließen) vorläufig ganz unangetastet, so daß von einer *Freihandels*politik noch immer viel weniger als bei uns diesseits des Weltmeers gesprochen werden kann. Greift man die jahrelang meistumstrittenen *schedules* heraus, so bleiben die Zollvorschläge noch immer: in Gruppe C (Metalle und Metallerzeugnisse) für Zweiräder 25 % vom Wert, für Taschenmesser 35 und 55 %, ebenso für Rasiermesser, für Scheren 30 %, für Tischmesser und -gabeln 25 bis 30 %; in Gruppe I und J (Baumwolle, Leinen, Hanf, Jute) für Baumwollstoffe und -kleidungsstücke 26,69 und 30 %, für Strümpfe und Socken 50 %, Handschuhe 35 %, Strickhemden 25 %, Manschetten und Kragen 30 %; in Gruppe K (Wolle und Wollerzeugnisse) durchgehends für fast alle Waren 25, 30 und 35 % bei starkem Überwiegen der höheren Sätze.

Daß der ganzen Reform etwas anderes zugrunde liegt als eine vage theoretische Freihandelsbegeisterung, ergibt sich auch aus den überaus zahlreichen Zollsteigerungen, allerdings recht oft für *luxuries*. Aber selbst unter diesen Luxusmitteln sind neben den eigentlichen Gold- und Schmucksachen nicht wenige, die für die europäische Ausfuhr, also auch für die europäische Produktion und Arbeit sehr wenig gleichgültig sind. So Parfümerieen, Seifen und noch andere sogenannte *chemicals*, dann bessere Porzellan- und Glaserzeugnisse, Automobile und wertvollere Gewehre, bessere Vorhänge, Lederhandschuhe. Alle diese *luxuries* werden entweder nur wenig zollermäßigt oder gar noch zollerhöht. In *Bradstreet's* Übersicht finde ich beispielsweise die Zollsätze:

für Spitzen und Stickereien 60 statt 62 % vom Wert, Handschuhe 31,80 statt 44,15 %, Albums 25 statt 35 %, Ansichtskarten 30 statt 34,47 %, Goldwaren sogar 50 statt 45 %, Silberwaren gleichfalls 50 statt 45 %, verzierte Glas- und Porzellanwaren 60 statt 45 und 55 %, Juwelen 75,74 statt 60 %. Viele, vielleicht die meisten dieser Waren sind Erzeugnisse europäischer Heimarbeiter und Kleinbetriebe, und die betroffenen Kreise werden zu ihrem nicht geringen Erstaunen die verstiegenen, frei aus dem Handgelenk geschüttelten Lobeserhebungen über die vorbildliche handelspolitische Weltwende jenseits des Ozeans gelesen haben. Solche ganz unbegründeten Urteile sind um so befremdlicher als selbst die bürgerliche Freihandelspresse recht häufig vor ähnlichen Übertreibungen in ihren Kreisen warnte. So heißt es in der Übersicht des *Handelsvertragsvereins*:

Im allgemeinen sind starke Herabsetzungen oder Zollbefreiungen nur da vorgeschlagen, wo die heimische Produktion jeder fremden Konkurrenz gewachsen ist oder sie überhaupt nicht aufkommen läßt, wie bei Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Registriermaschinen, Schuhen, Stiefeln usw. ... Gerade für die wichtigsten deutschen Exportartikel sind keine Herabsetzungen geplant, zum Beispiel für Chlorkalk (33,4 [Millionen Mark an deutschen Einfuhrwerten im Jahr 1911]), ein Artikel, der die 1. Stelle in unserer Ausfuhr einnimmt, Kinderspielzeug (29,2) (steht an 2. Stelle), Teerfarböl (25,6) (an 3. Stelle), baumwollene Spitzen (17,5), Tafelgeschirr aus Porzellan (12,9), Gewebe aus Leinen (4,5), Farbdruckbilder (4,5), Postkarten mit Druck (3,2) und viele andere. Leider sollen sogar einige der wichtigsten, bisher zollfreien, Exportartikel mit einem Zoll belegt werden, nämlich Pelze in unbearbeitetem Zustand (zirka 42: 10 % vom Wert) und Kohlenteeerprodukte (10 % vom Wert); hierunter würden fallen: Steinkohlenteeeröle (1,1), Phenol (0,564), Anilin und Anilinsalze (2,144), Naphthol (0,467), andere Teerstoffe (0,900). Recht unerfreulich ist auch, daß von der allgemein erwarteten Reform der rigorosen Vorschriften über die Zollabfertigung bisher keine Rede ist. Im Gegenteil sollen sie teilweise noch verschärft werden.«

Alle diese Bestimmungen beweisen von neuem (denn diese Erfahrung ist auch früher, von den verschiedensten Seiten her, schon oft betont, leider jedoch immer wieder übersehen worden): daß die Handelspolitik der heutigen demokratischen Partei zwar von ihren theoretischen Wortführern noch immer gern als Streben nach *freiem Handel* bezeichnet und mit den beliebten Schlagworten der manchesterlichen Feindschaft gegen das verhängnisvolle Staatseingreifen in das Wirtschaftsleben begründet wird, daß aber das gleichgebliebene Aushängeschild, wenigstens bei allen praktischen Entscheidungen, längst einen ganz andern Inhalt deckt als wir, im kontinentalen Europa und in England, ihn mit den Anschauungen unserer Freihandelsschulen und Freihandelspolitiker für verträglich ansehen würden. Die *New Yorker World*, selber ein demokratisches Blatt, konnte daher, ohne sich selber untreu zu werden, der neuen Vorlage nachrühmen:

Die Underwoodtarifbill ist keine Freihandelsmaßnahme [not a free-trade measure]. Sie ist auch keine bloße Finanzzollvorlage [not a tariff-for-revenue-only measure]. Sie hält am Schutzprinzip [protective principle] überall da fest, wo, nach der Meinung ihrer Urheber, ein Schutz wünschenswert oder notwendig ist. Vor allem ist sie eine Bill dem Konsumenten den Lebensunterhalt zu verbilligen und aus den Zollschutzbestimmungen die betrügerische Übervorteilung [the graft], das Spekulantentum und die rein monopolistische Bereicherung auszumerzen. Die Bill soll, wie Herr Underwood sich ausdrückte, die Zollsätze bis zu einem Niveau ermäßigen, wo man alsdann von einer legitimen Konkurrenz sprechen kann, die unsern Handel nur günstig beeinflussen wird, während sie zu gleicher Zeit der Allgemeinheit die Last der Lebensverteuerung erleichtert, ohne normal geleiteten gewerblichen Unternehmungen irgendwelchen Schaden zu verursachen [at the same time work no detriment to properly conducted manufacturing industries]. Mit anderen Worten,

ein den Wettbewerb noch zulassender Zolltarif soll an Stelle eines monopolistisch ausschließenden Tarifs treten.« Dies deckt sich auch mit wiederholten früheren Wilsonschen Mahnungen zur Vorsicht und mit mehreren Vorbehalten seiner jüngsten einführenden Adresse an den Kongreß. Es hieß hier:

»Unser Vorgehen muß gründlich und zu gleicher Zeit vorsichtig sein; es muß die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie liegen, in Betracht ziehen, und es kann nicht so gestaltet sein wie wenn wir von Grund auf neu beginnen könnten... Wir dürfen an die Stelle der künstlichen Förderung die Freiheit nur insoweit setzen als sie schöpferisch wirken und nicht zerstören wird [we must adopt freedom in the place of artificial stimulation only so far as it will build, not pull down].«

Wollte man in der Vorlage selber nach weiteren Belegen für diese, durchaus nicht freihändlerische Auffassung suchen, so ließe sich noch die protektionistische *Schiffahrtsklausel* erwähnen. Allen auf amerikanischen Schiffen eingeführten Waren soll ein Zollnachlaß von 5 % gewährt werden. Ob eine solche Bestimmung mit den Meistbegünstigungszusicherungen der meisten Handelsverträge Amerikas vereinbar ist, kann heute unerörtert bleiben. Aber jedenfalls ist ein solcher Flaggenzoll, eine solche Differenzierung der Zollsätze zugunsten des Eigentransports eine *künstliche Förderung*, kein *freies Spiel* der konkurrierenden Kräfte. Und wer sich auf das Schicksal der Bismarckschen Anregungen zu einem deutschen Flaggenzoll in den achtziger Jahren besinnt, wird die freihändlerischen Einwände gegen eine solche Politik kennen.



ON nicht geringem Interesse ist zuletzt noch die Frage, wie weit die Vereinigten Staaten sich endlich entschließen werden in die Bahnen der europäischen Handelsvertragspolitik, das heißt der Tarifverträge, der Verträge mit zahlreichen, gegenseitig gebundenen Zollsätzen einzulenken. Denn auch hier hat nicht Europa von Amerika große epochemachende Umwälzungen zu erwarten. Vielmehr handelt es sich günstigstenfalls um ein Nachrücken Amerikas, nachdem die hervorragendsten europäischen Staaten, wesentlich auf Grund deutscher Initiative, bereits seit dem Beginn der neunziger Jahre die rein autonome Zollregelung, die national selbstentscheidende Zollgesetzgebung ohne nachfolgende, wieder abändernde internationale Verständigungsversuche mit dem Ausland, verlassen haben.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten will sich die Exekutive, der gegenüber bisher Repräsentantenhaus und Senat eifersüchtig auf ihre ausschließlichen Rechte in der Zollgesetzgebung und in der davon abhängigen Finanzgestaltung pochten, die Vollmacht erteilen lassen auch Zollsätze in Vertragsvereinbarungen einzubeziehen, vorbehaltlich der letzten entscheidenden Zustimmung durch das Repräsentantenhaus, einer Zustimmung, die natürlich das gewohnte parlamentarische Feilschen und Amendieren ausschließt, sondern bei der es einfach heißt: das Ganze wie es von der Exekutive gestaltet worden ist, glatt annehmen oder glatt ablehnen. Immerhin wäre es kein geringer Fortschritt, wenn zunächst wenigstens rechtlich der Weg zu umfassenderen internationalen Verständigungsversuchen freigelegt würde.

Überblickt man zum Schluß nochmals den ganzen Reformplan, so läßt sich ihm sicherlich in einem großzügiger Wurf nicht absprechen. Die

herausgerechneten mehr als 100 Millionen Dollar Zolleinbuße sollen durch eine Bundeseinkommensteuer gedeckt werden, die bei 4000 Dollar (nahezu 13 000 Mark) Einkommen beginnt. Durch diesen Schritt macht die demokratische Partei ihrem Namen alle Ehre. Freilich zeigt sich gerade dabei die große innere Wandlung, die alle politischen Organisationen mit der Zeit durchmachen. Denn die Demokraten waren einst, etwa wie unser Zentrum, die Vorkämpfer der einzelstaatlichen Selbständigkeit und der möglichen Einschränkung der Zentralgewalt. Sie schickten sich nunmehr an dem Bund ein großes Machtmittel des Zentralismus anzuvertrauen, nachdem der erste Anlauf hierzu an entgegenstehenden Verfassungshindernissen gescheitert war.

## XX WILHELM SCHRÖDER · SOZIALDEMOKRATIE UND HEERESVERFASSUNG

**R**ADIKALISMUS ist je nachdem Ausdruck der Macht und des Mutes oder Verschleierung der Ohnmacht. Robespierre war 1793, Bismarck 1866 radikal, dieser mehr als jener, soweit die Zahl der umgestürzten Throne in Betracht kommt. Beiden aber war der Radikalismus der Tat gemeinsam, beide konnten diesem Radikalismus fröhnen, weil ihnen das Volk in Waffen zu Gebot stand. Weil das Kriegsheer das Mittel ist, nicht so sehr alternde Einrichtungen künstlich zu erhalten, als vielmehr den Umsturz absterbender Einrichtungen zu vollziehen, war auch die Verbindung der Leiter einer revolutionären Bewegung mit der Armee oder mindestens die Passivität der Armee im Bürgerkrieg die Voraussetzung für den Erfolg revolutionären Handelns. Andererseits trug vom Standpunkt der jeweilig bestehenden Ordnung aus betrachtet eine revolutionäre oder oppositionelle Bewegung immer so lange den Stempel einer gewissen Bedenkenlosigkeit an sich als die Bewegung auf die Armee verzichtete. Nur der Radikalismus des Wortes, nicht der der Tat, kam in einer solchen Bewegung zum Ausdruck. Die Armee diente 1649 und 1792 zum Sturz des absoluten Königtums, hingegen war sie nach der Revolution von 1848 eine Handhabe der Monarchen zur Wiederbefestigung der Throne. Mit Ingrimm gedenkt die Demokratie zur Zeit des weißen Schreckens der *Soldateska*, und noch Jahrzehnte lang wirkt die langsam zum passiven Mißtrauen verblässende Feindschaft gegen das stehende Heer nach bis in eine Zeit hinein, da niemand mehr im Bürgertum den Gedanken einer gewaltsamen Erhebung pflegt. In der Konfliktperiode offenbart sich der Widerspruch zwischen großen Worten der bürgerlichen Opposition und ihrem festen Willen beileibe nicht die Worte in die Tat umzusetzen. Lassalle hat zu jener Zeit gut spotten: »Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechseln, so müssen wir gestehen, er ist ein Mann; jene aber [die Herren von der Fortschrittspartei] sind alte Weiber.«

Natürlich blieben nicht nur feminine Reste von 1848 übrig. Aber eine gewisse Passivität, die sich auf die Wahrung eines aus alten Tagen übernommenen Gutes beschränkte, haftete auch jenen Kundgebungen an, mit denen bald nach der Umgestaltung von 1866 bürgerliche und sozialistische Demokraten auf das deutsche Volk einzuwirken suchten. Immer noch hallten die

Donner jenes Gewitters nach, das mit dem Militärkonflikt eingesetzt und sich dann in den Kriegsereignissen entladen hatte. Das Feldgeschrei *Hier stehendes Heer! — Hier Volksmiliz!* war auch nach 1864 und 1866 vernehmbar, und bezeichnend genug ist es, wie die vorgeschrittensten Teile der Arbeiterschaft je nachdem im besiegten Süden und im siegreichen Norden unter dem frischen Eindruck der Ereignisse sich zu der Losung stellten. Auf jenem, 1868 in Nürnberg abgehaltenen Kongreß der deutschen Arbeitervereine, der den Sieg der sozialistischen Anschauung proklamierte und mit der Abschwenkung der bürgerlichen Gruppen endete, spielte auch die Militärfrage eine Rolle; sie war eine der wenigen, in denen Proletariat und Bürgertum sich noch einig fühlten. Man nahm eine gegen das System der stehenden Heere gerichtete Resolution an, die durch Amendements, die von bürgerlichen Demokraten eingebracht wurden, eine scharfe Zuspitzung erhielt. Der Volksparteiler Kröber verlangte unter Zustimmung des Arbeitertags, daß die Mitglieder der deutschen Arbeitervereine nur solchen Männern bei Landtags- und Reichstagswahlen ihre Stimme geben sollten, die sich verpflichteten zum Zweck der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen. Diese Forderung war als grundsätzliche proklamiert und nicht etwa als Antwort auf die jeweilig feindliche Stellung der Regierungen zur Arbeiterfrage.

Ganz anders hatte ein Jahr vorher im Norddeutschen Reichstag der Präsident des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*, der Abgeordnete von Schweitzer, seiner und wohl auch seiner Anhänger Stellungnahme Ausdruck gegeben. Bei der Beratung des Militärgesetzes sagte er am 18. Oktober 1867 in einer (sachlich bedauerlichen) Polemik gegen Liebknecht, daß dieser den Norddeutschen Bund zerstören wolle. Vom Standpunkt Liebknechts aus mußte auch die allgemeine Wehrpflicht verworfen werden, denn für ihn sei es gleichgültig, ob ein Prinzip gut oder schlecht sei; nach diesem Standpunkt solle vielmehr überhaupt kein Gesetz gemacht werden, weil der ganze Norddeutsche Bund überhaupt nicht existieren solle. »Wir aber«, so fuhr von Schweitzer fort, »haben erkannt, daß der preußische Machtkern unser deutsches Vaterland, das so lange mißachtet war, dem Ausland gegenüber endlich zur Geltung und zur Ehre gebracht hat und dies auch künftig tun wird, und es liegt uns ferne mit jenen selbst diejenigen Eigenschaften an Preußen leugnen und bemäkeln zu wollen, welche im vorigen Jahr eine feindliche Welt bewundernd anerkennen mußte.« Diese auf den ersten Blick befremdlich anmutenden Worte sind sehr wohl verständlich, wenn man sie als Anerkennung dafür auffaßt, daß 1866 mit Hilfe der Armee ein neuer Zeitabschnitt eingeleitet, Deutschland durch die weitestgehenden Respektlosigkeiten gegen alteingewurzelten Plunder auf eigene Füße gestellt worden war. Ein Realpolitiker mit offenem Blick wie von Schweitzer mußte zu Liebknecht als dem Vertreter der *ad absurdum* geführten, damals so genannten *großdeutschen Idee* in Widerspruch treten. Durchaus logisch ist es, daß der Erbe der Lassalleschen Gedankenwelt Genugtuung, ja man kann sagen: Dankbarkeit, dafür zum Ausdruck brachte, daß Bismarck das allgemeine gleiche Wahlrecht proklamiert hatte und jene weiteren Reformen vorbereitete, die nicht nur der Bourgeoisie ein uneingeschränktes Betätigungsfeld eröffneten sondern auch die gewerbliche Arbeiterschaft bis zu einem gewissen

Grad von alten Fesseln befreien. Wie konnte bei den Lassalleanern die Erinnerung daran ausbleiben, daß auch dieser Fortschritt auf den blutigen Erfolg von 1866 zurückzuführen war?

Es konnte nicht fehlen, daß auf einem Gebiet, das die Orthodoxie der nachlassalleschen Lehre als neutral behandelte, auch andere Anschauungen als die 1867 von Schweitzer im Reichstag verkündeten zur Geltung kamen. Die Opposition der Fortschrittspartei sowohl wie die Lehren der süddeutschen Demokraten fanden auch im *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* um so mehr Widerhall als sich bald herausstellte, daß dem behördlichen Reformeifer, wenigstens soweit die Arbeiterschaft in Betracht kam, Grenzen gezogen waren. Die im Januar 1870 abgehaltene Generalversammlung des Vereins nahm eine Resolution an, die die stehenden Heere für die Hauptstützen der reaktionären Regierungen erklärte und (in Konkurrenz mit dem damaligen Abrüstungsantrag der Fortschrittspartei) hervorhob, daß das demokratische Prinzip überall die allgemeine Volksbewaffnung an Stelle der stehenden Heere verlange. Alles klappte aber selbst später nach der Einigung von 1875 noch nicht, und auf dem Parteikongreß zu Gotha /1877/ hob Bebel hervor, wie sehr es Hasenclever nachgetragen worden sei, daß er bei der Militärdebatte im Reichstag gesagt habe: »Wir lassen mit uns handeln«.

In den Jahrzehnten darauf machte die Haltung der Regierungen es der Sozialdemokratie leicht in der Militärfrage auf dem im Parteiprogramm ausgesprochenen *radikalen* Standpunkt zu beharren. Die Arbeiterschaft wurde mit und ohne Ausnahmegesetz ingrimmig verfolgt; die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie hatte keinen Anlaß ein Regierungssystem zu stärken, das gegen sie ständig die geballte Faust hervorkehrte; und so war es selbstverständlich, daß auch in Fällen, wo die kleine sozialdemokratische Fraktion das Zünglein an der Wage bilden konnte, sie ihr Gewicht gegen die militärischen Forderungen der Gewalthaber geltend machte. Aber selbst in der trübsten Zeit geschah dies mit einer Verwahrung gegen den Verdacht, daß die Sozialdemokratie in der Stunde ernster Gefahr das Vaterland im Stich lassen werde. Als im Dezember 1886 der Kampf um die Septennatsvorlage tobte, sagte Grillenberger im Reichstag: »Ich kann Ihnen hier die Versicherung geben, daß ich damit im völligen Einklang mit meiner ganzen Partei stehe und namentlich auch mit einem Ausspruch, den der Abgeordnete Bebel bei anderer Gelegenheit in Bezug auf diese Sache getan hat, daß wir, namentlich, wenn der russische Erbfeind einbrechen sollte und der Krieg unvermeidlich wäre, selbstverständlich die Mittel zu solchem Krieg bewilligen würden.«

Auf dem ersten Parteitag, den die Sozialdemokratie nach Ablauf des Sozialistengesetzes wieder auf deutschem Boden abhält, stößt die von Bebel und Grillenberger dem herrschenden Militärsystem gegenüber eingenommene Haltung auf Widerspruch. Werner, der Berliner Wortführer der *Jungen*, greift besonders Bebel an. Dieser aber appelliert an den Parteitag, ob er irgendetwas getan habe, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre, als er im Reichstag seine Bereitwilligkeit erklärte, etwa »durch die Bewilligung der Mittel für weniger sichtbare Uniformen dafür zu sorgen, daß im nächsten Krieg nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die

Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden«. Der Beifall, den Bebel mit dieser Begründung der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingenommenen Haltung erringt, bedeutet nun keineswegs, daß die Partei oder auch nur ein Teil von ihr die grundsätzliche Opposition gegen das System der stehenden Heere aufgegeben hat. Mit einer gewissen Eifersucht wacht man auch später noch darüber, daß in dieser Hinsicht keine Ketzereien verübt werden.

Der Delegierte Gewehr (Elberfeld) wandte sich auf dem Parteitag von 1897 an den Fraktionsberichterstatteur Schippel mit der Aufforderung die »Flunkerei« Eugen Richters zu zerstören, daß die Sozialdemokraten sich im Reichstag stillschweigend mit der Militärforderung von 170 Millionen Mark einverstanden erklärt und unter der Hand sich mit den anderen Parteien dahin geeinigt hätten, daß Kanonen neuen Kalibers in Arbeit gegeben werden sollten. Bebel gibt eine beruhigende Erklärung ab und weist nach, daß die Behauptung des Führers der Fortschrittspartei übertrieben und haltlos war. Schippel benutzt aber die Gelegenheit an die Vertreter des Mißtrauens die Frage zu stellen, ob die Sozialdemokratie denn, weil die Soldaten einmal da seien und weil die bürgerlichen Parteien in der Frage des Milizsystems nicht unsern Willen täten, die deutschen Arbeiter gleichsam zur Strafe vor die Gefahr stellen sollten, daß sie mit ihrem Blut einmal den Unverstand der Gegner zu büßen hätten. Auer geht noch weiter mit der ironischen Wendung, daß man ja auch die Soldaten mit Stöcken ausrüsten könne; er muß sich dafür aber gefallen lassen, daß der Delegierte Hoffmann (Berlin) daraus die Folgerung zieht, daß von seinem und Schippels Standpunkt aus ja auch die »uferlosen Flottenpläne« unterstützt werden müßten, weil die Marine-soldaten auf den neuen Schiffen besser geschützt seien als auf den alten.

Eine gegen Schippel gerichtete Resolution wird gleichwohl zurückgezogen. Dafür gewinnt die *radikale* Mehrheit der Partei im folgenden Jahr ein neues Betätigungsfeld. Heine hatte im 3. Berliner Reichstagswahlkreis davon gesprochen, daß auch der Sozialdemokrat bestimmte Militärforderungen, so die neuen Geschütze, bewilligen könnte, wenn er genügende Gegenleistungen erhielte, wenn wertvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden. Auch Auer war wiederum nicht von Verfehlungen frei geblieben. In einer am 9. Februar 1898 zu Hannover abgehaltenen Wählerversammlung war seine Auffassung dahin gegangen, daß die Aufgaben und die Verantwortlichkeit der Arbeiterklasse in dem Augenblick wachsen müßten, da die Regierung und die herrschenden Parteien sie als gleichberechtigt anerkannten, und daß die Sozialdemokratie von diesem Tag an auch in Flottenfragen mit sich reden lassen werde.

Weit mehr Aufsehen hatte dann der im Dezember 1898 veröffentlichte Artikel Schippels gemacht, in dem auf verschiedene Engelssche Äußerungen hingewiesen wurde, die die Forderung der allmählichen Herabsetzung der Dienstzeit enthielten. Schippel hatte daran die Schlußfolgerung geknüpft, »daß Engels sich die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, die unser Parteiprogramm fordert, ganz anders dachte« als gemeinhin die Parteitradition. Ein großer Teil der Parteiwortführer wandte sich gegen die angeblich von Schippel begangenen Versündigungen an hergebrachten pro-

grammatischen Grundsätzen, und der Parteitag von 1899 gestaltete sich zu einem scharfen Gericht über die Genossen, die man von der rechten Bahn abgewichen zu sein beschuldigte. Auer, Heine und Schippel suchten sachlich ihre Auffassungen zur Geltung zu bringen, doch standen sie von vornherein der großen Mehrheit als Angeklagte gegenüber. Es war für die beiden anderen Sünder kaum ein Gewinn, daß der Unmut sich schließlich zum wesentlichen über Schippel entlud und eine vom Parteitag angenommene Resolution seine Äußerungen als einen Verstoß gegen die Grundsätze der Partei bezeichnete.

War so von neuem ein Sieg der Tradition verzeichnet, so konnte doch nicht verhindert werden, daß der Zweifel an deren Richtigkeit weiter fraß. Mehr und mehr wurde eine Reihe (an sich durchaus nicht neuer) Tatsachen erkannt. Mit einer erheblichen Abweichung von der als richtig betrachteten Auffassung hatte Engels 1895 in einem an K. Kautsky gerichteten Schreiben allerhand Bedenken und Zweifel geltend gemacht. Der wesentliche Inhalt dieses Bekenntnisses lautet: »Über Miliz und stehendes Heer ließe sich ein langes und breites schreiben. Wenn Frankreich und Deutschland übereinkämen ihre Armeen allmählich in Milizheere mit gleich langer Übungszeit zu verwandeln, so wäre die Sache fertig. Rußland kann man machen lassen, was es will, und Österreich und Italien folgen mit Wollust. Aber wegen der inneren Verhältnisse können Frankreich und Deutschland sich das nicht leisten, und wenn sie es könnten, so geht's wegen Elsaß-Lothringen nicht. Und daran scheitert die ganze Milizgeschichte.« Das war nun allerdings eine ziemlich nüchterne, durchaus realpolitische Würdigung bestehender Verhältnisse. Wenn sie zu jener Zeit auf die Masse der Parteigenossen keinen Eindruck machte, so lag das an Zuständen, die außerhalb ihres Willens lagen. Die Haltung der deutschen Regierung zur Sozialdemokratie wie überhaupt zu jeder selbständigen Arbeiterbewegung war damals durch eine Feindseligkeit gekennzeichnet, die nach Lage der Dinge nur mit offensichtlicher Intransigenz zu beantworten war; und ganz besonders ließ die behördliche Angst vor dem Eindringen sozialdemokratischer Einflüsse in die Armee es gar nicht zu objektiver Würdigung der von den Tatsachen gestellten Aufgaben kommen.

Daß aber auch eine andere Auffassung als die in Preußen-Deutschland übliche zwischen Regierung und Sozialdemokratie im allgemeinen wie zwischen Armee und Sozialdemokratie im besondern möglich ist, zeigt ein Vorgang, der sich in jenen Tagen in unserm Nachbarstaat Österreich abspielte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Daszynski hatte sich am 11. März 1901 darüber beklagt, daß ein Reserveleutnant auf Beschluß des Ehrenrats seines Offizierscharakters für verlustig erklärt worden war, weil er Sozialdemokrat sei. Daszynski forderte von dem Minister für Landesverteidigung eine Antwort darüber, ob er wirklich die ganze organisierte Arbeiterschaft als den innern Feind ansehe oder nicht. Ein preußischer Minister würde wahrscheinlich die Reinigung des Offizierkorps von sozialdemokratischen Elementen als Selbstverständlichkeit hingestellt haben. In Wien jedoch entgegnete der Minister Graf Welserheimb: »Ich war voriges Jahr in der Lage Ihnen zu sagen, daß es unrecht wäre die Armee als Gegner der breiten Schichten der Bevölkerung, des Arbeiterstandes und



derjenigen, die sie vertreten, zu betrachten, weil sich ja eben die Armee zum großen Teil aus diesen Elementen ergänzt . . . Ich habe Ihnen gesagt, daß Sie kein Interesse haben die Armee zu bekämpfen, weil die Armee Ihnen gegenüber zu keinem Kampf veranlaßt zu werden wünscht, und die schärfsten Angriffe werden meine Objektivität nicht erschüttern. Ich bleibe dabei und wiederhole es: Die Armee hat gar keinen Grund der Sozialdemokratie im gesetzlichen Rahmen prinzipiell feindlich gegenüberzustehen, wenn die Sozialdemokratie es nicht der Armee und den Gesetzen gegenüber tut.« Weiter erkannte der Minister durchaus das Recht des Abgeordneten an Beschwerde zu führen: »Es ist ganz natürlich, und die Herren sind ja dazu berufen diese Dinge vorzubringen. . . . Wir sind allesamt nicht so schlecht als wir uns selbst machen, und die Armee am wenigsten; im Gegenteil, sie könnte für manche als Vorbild dienen.«

Von einer solchen sachlichen Würdigung der Sozialdemokratie am Ministerisch sind wir bei uns zu Lande noch beträchtlich weit entfernt. In offiziellen preußischen Kreisen gilt ja jede Kritik in militärischen Angelegenheiten, besonders wenn sie von sozialdemokratischer Seite geübt wird, als Entweihung eines Heiligtums. Mehr noch. Gerade die für die Armee verantwortlichen Personen fühlen den Beruf in sich auf den politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie ein gutes Teil Mühe und Zeit zu verwenden. Es zeugt für den objektiven Sinn in den Reihen unserer Partei, daß es auf unserer Seite bei alledem nicht an sachlicher Auffassung der bestehenden Zustände gefehlt hat. Im Mai 1907 erregte eine Art Erklärung Aufsehen, die Bebel einem Interviewer des *Matin* überreicht hatte. Es heißt darin, daß die Sozialdemokratie zwar die erklärte Feindin des gegenwärtigen Militärsystems sei, daß sie aber doch eine militärische Organisation in den jetzt bestehenden Staaten so lange für notwendig halte, bis alle zivilisierten Nationen nicht Vereinbarungen und Einrichtungen getroffen hätten, die ein für allemal Kriege unmöglich machten. Auch diese Anschauung stieß noch hier und da in der Partei auf Widerspruch und ebenso jenes zur selben Zeit von Noske im Reichstag gesprochene Wort, daß der deutsche Soldat im Krieg die beste Waffe haben müsse, und daß die Unterordnung in militärischer Hinsicht eine Selbstverständlichkeit sei, sobald die Interessen der Gesamtheit in Frage kämen. Im Verlauf weiterer Jahre traten dann gerade auf radikalpartei-genössischer Seite in der Stellung zur Militärfrage gewisse Wandlungen ein. Vor bald Jahresfrist wurde zwischen K. Kautsky und Dr. Lensch ein merkwürdiger Streit ausgefochten, in den dann ein Schweizer Parteigenosse, Robert Grimm, in der *Neuen Zeit* mit einem gegen die schweizerische Miliz und ihr arbeiterfeindliches Verhalten gerichteten Artikel eingriff. Was weiter in diesem Jahr in den Erörterungen über die neue Militärvorlage in den Reihen unserer Partei geschah, ist wohl in aller Erinnerung, zumal diese Auseinandersetzungen<sup>1)</sup> in unserer Presse noch fortgesetzt werden.


Diese beachtenswerten Erscheinungen lehren, daß es bisher nicht so sehr Schuld der Sozialdemokratie als Schuld ihrer Gegner in der Regierung, der Armee und den herrschenden Parteien war, wenn in unseren Reihen, soweit

<sup>1)</sup> Siehe darüber Schippel *Ein rüstungspolitisches Aktionsprogramm?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 461 ff.

die Würdigung bestehender Zustände in Betracht kommt, noch nicht weitere Fortschritte gemacht wurden. Solche Fortschritte und Wandlungen scheinen eben den Feinden unserer Partei gar nicht erwünscht zu sein, offenbar weil sie darin eine Verminderung ihrer Macht erblicken. Und doch steht auch in dieser Hinsicht die Entwicklung nicht still. Man wird sich damit abfinden müssen, daß die Demokratisierung der Armee Fortschritte macht, in dem Maß wie sie sich weiter zum wirklichen Volk in Waffen entwickelt und wie die Sozialdemokratie an Ausbreitung und Bedeutung gewinnt. Es ist ein Unding, daß eine solche Armee auf den *inneren Feind* scharf gemacht werden kann. Je mehr das Ideal der Reaktionäre aber verblaßt, desto ruhiger kann die Sozialdemokratie der Entwicklung unserer Militärverhältnisse entgegensetzen, desto belangloser wird auch die Frage, ob ein stehendes Heer oder eine Miliz die beste Gewähr für die Vaterlandsverteidigung biete. Denn wer könnte wohl die Frage beantworten, wo bei entsprechend verkürzter Dienstzeit und bei einer im modernen Sinn demokratisierten Armee die Grenzlinie ist, die das stehende Heer von der Miliz noch unterscheidet?

XX  
**HILTGART VIELHABER · SÖREN AABY KIERKEGAARD**

„N jeder Generation muß ein Individuum geopfert werden, damit die ganze Menschheit einen Schritt vorwärts komme.“  
**KIERKEGAARD**

 M 5. Mai wurden es 100 Jahre, daß der schwermütige und tief-sinnige Denker Kierkegaard geboren wurde. Jahrzehntelang hat er für Deutschland kaum existiert: weder für die theologischen noch für die hauptsächlich ästhetisch orientierten Kreise. Der beste Beweis dafür ist, daß seinem 1861 veröffentlichten Buch *Christentum und Kirche*, das eindringlich und aufreizend genug zu den Lesern spricht, erst 1869 sein *Zur Selbstprüfung der Gegenwart* empfohlen folgte. Seitdem sich dann Albert Bärthold um die Mitte der siebziger Jahre an die Übersetzung einiger seiner Werke begab, ist das Interesse in theologischen Kreisen gerade bei den feinsten und tiefsten Köpfen niemals mehr abgebrochen, und Ketels, Dorner, Schrempf und Gottsched arbeiten seit Jahren schon daran den Manen des großen Dänen den ihnen gebührenden Ehrenplatz zu erringen. Neben den ausschließlich religiösen Schriften wurden durch das lebhafteste Interesse, das Georg Brandes für nordische Literatur bei uns erweckt hatte, mit den Werken Jacobsens auch die Kierkegaards übertragen. *Entweder—Oder*, 1885, die *Stadien auf dem Lebensweg*, 1886 deutsch herausgegeben, ließen manchen Leser verwundert aufhorchen. Aber neben der künstlerischen Kultur war der Sinn für die (in diesen beiden Büchern oftmals sophistisch wirkende) Dialektik so gering entwickelt bei uns, daß sie doch von nur wenigen verstanden und gewürdigt werden konnten. Die meisten ließen sich rein von der subtilen Prägnanz der Sprache fangen-nehmen. Dennoch wurde manchem Leser klar, daß es sich hier nicht allein um einen Sprachkünstler handelte, sondern daß eine verzehrende religiöse Leidenschaft der treibende Geist dieser Bücher war. Und gerade aus dem letzten Teil der *Stadien* ergaben sich Probleme, auf deren Lösung durch Leben und Autorschaft Kierkegaards man gespannt war.

Der Tod der Frau Regine Schlegel, die als Regine Olsen einstmals die Braut Sören Kierkegaards gewesen, machte seine Briefe an die Braut und alle sie angehenden Schriften und Tagebuchblätter frei. Es erschienen Sören Kierkegaards *Verhältnis zu seiner Braut* im Inselverlag, Sören Kierkegaard und sein *Verhältnis zu ihr* bei Axel Juncker. Der Verlag Eugen Diederichs veröffentlichte das *Buch des Richters*, Auszüge aus dem Tagebuch Kierkegaards. Und es hätte kein anderes Werk den Boden für eine Gesamtausgabe der Werke Kierkegaards<sup>1)</sup> besser vorbereiten können als dieser kurze Auszug: in allem, was er erraten läßt, in allem, was er verbirgt.

Sören Aaby Kierkegaard war der Sohn des reichen Strumpfwarenhändlers Michael Pedersen Kierkegaard in Kopenhagen. 1813 war das Jahr der schlechten Geldgeschäfte, »wo so viele andere ungültige Zettel in Zirkulation gesetzt wurden. Und mit solch einem Zettel scheint meine Existenz am besten verglichen werden zu können. Es ist etwas an mir, als wäre ich etwas Großes, aber wegen der schlechten Konjunktur gelte ich nur wenig.« Die Konjunktur war nach normalen Begriffen wirklich ungünstig. Der Vater, in zweiter Ehe mit seiner frühern Haushälterin verheiratet (also ähnliche Bedingungen wie bei Strindberg), ist 59 Jahre bei der Geburt dieses Knaben. Er widmet ihm die innigste Liebe — die aber mit der ganzen verzweifelten Schwermut, mit der ganzen Last des christlichen Verantwortungsgefühls beladen ist. Denn Michael Pedersen stammt, wie seine Frau, aus der jütischen Heide, aus jener unbeschreiblich trübseligen Gegend, wo der Erdboden nur nach mühevолlem Ringen den notwendigen Bedarf für das tägliche Leben abwirft, wo die Einsamkeit über endlosen, öden Flächen lagert, wo Entsagung und Verzicht von der Wiege bis zum Grab die Sehnsucht nach der Herrlichkeit des Jenseits doppelt inbrünstig gestalten. So fand der Pietismus, der im 2. Drittel des 18. Jahrhunderts in diese Gegend getragen wurde, gläubige Aufnahme. Die Unfruchtbarkeit der Heide sprach überzeugend für die Unzulänglichkeit dieses Lebens. An Leid und Entsagung gewöhnt, begeisterte man sich für den, der durch Leid und Entsagung zum Gott geworden. Der *Mann der Schmerzen*, die Andacht zu den Wundmalen Christi beherrschte hier die Gemüter; so daß die Kinder schon »verzweifelten, weinten und wünschten, daß sie nicht geboren wären«. Von Hunger geplagt und von Kälte geschüttelt, hatte einst als kleiner Hirtenknabe Kierkegaards Vater Gott geflucht. Nun hat er äußerlich nicht Gottes Strafe erfahren. Er wurde ein reicher Mann, und scheinbar glückte ihm alles im Leben. Aber innerlich steht sein ganzes Dasein im Bann dieses Fluches. Sein Sohn Sören erlebt durch ihn das »Erdbeben«, und seine *Psychologie der Sünde* in dem *Begriff der Angst*, seine Definitionen der *Verzweiflung* in der *Krankheit zum Tode* sind nur durch das Nacherleben von Schuld und Reue des Vaters erklärbar.

Den pietistischen Überlegungen gemäß suchte Michael Pedersen seinem Sohn den Gehorsam als die Grundbedingung der Gotteskindschaft einzu-

<sup>1)</sup> Diese Gesamtausgabe wird in bester deutscher, unverkürzter Übertragung von den berufensten Kennern Kierkegaards, von Schrempf, Gottsched, Ketels, bei Diederichs in Jena besorgt. Seit dem Beginn ihres Erscheinens, 1909, wirbt sie in weiten Kreisen Menschen, die die einsame Größe und die Bedeutung von Kierkegaards Kampf auch für unsere Zeit verstehen und lernen. Zur Einführung hat O. P. Monrad eine Biographie verfaßt, die ein annäherndes Bild seiner Entwicklung gewinnen läßt; besonders im Zusammenhang mit den älteren Arbeiten Höfdingers, Brandes' und vor allem Schrempfs, der aus verwandter Natur heraus Kierkegaard intuitiv am innerlichsten versteht.

pflanzen. Die tiefe Ehrfurcht vor der Autorität war es vielleicht, die Kierkegaard so lange vor dem Äußersten bewahrte, die ihn immer wieder zur Analyse des Christseins, zum Bekenntnis zwang, ehe die Überzeugung, daß er nun handeln müsse, ihn zum direkten Angriff auf Staatskirche und Staatschristentum herausforderte. Einen Beweis, wie der Vater die Phantasie des Kindes zu übergroßer Anspannung erzog, gibt Kierkegaards Erzählung von den seltsamen Spaziergängen, die sie innerhalb ihrer vier Wände zusammen machten. Sein Vater hielt ihn an der Hand, wie auf der Straße, und abwechselnd machten sie einander auf alles aufmerksam, was sie zu sehen, zu beobachten glaubten. Sie grüßten Bekannte und versetzten sich so völlig in das Milieu sonstiger Spazierwege, daß von der übergroßen sinnlich-intellektuellen Anstrengung nach einer halben Stunde der kleine Sören schon ermüdet war.

Die Schulzeit bot nichts Bemerkenswerthes. Sörens Talent wurde als Tatsache hingenommen. Monrad betont, daß Kierkegaards religiöse Eigenart sich wenigstens so viel Achtung unter den Mitschülern erwarb, daß niemand ihn deswegen zu necken wagte. Vielleicht hielt auch schon damals die Vorstufe jener Ironie, die ihn später gegen so vieles wappnen mußte, die Ängstlichen und Unbeholfenen fern. Im Jahr 1830 bezieht der 17jährige Sören die Universität. Er soll nach des Vaters Wunsch Theologie studieren. Aber ihm behagte nicht die »Bewirtung am bestimmten Tisch, wo man im voraus weiß, welche Gäste man trifft und welche Gerichte man jeden Tag der Woche bekommt«. Er mußte sich nach allen Seiten hin ausdehnen, in allen Wissenschaften das suchen, was ihn befruchten konnte, was der zitternden Beweglichkeit seines Geistes die Resonanz, die Ahnung eines Genügens gab. So ertrank er beinahe in der Überfülle. Sein Vater klagte, daß das Geld dem Sohn zu reichlich zuflösse; und wagte doch nicht ihn darum kürzer zu halten.

Dann kam das »Erdbeben«. Der Fluch, der auf dem Leben des Vaters lastete, ward dem Sohn zum Erlebnis. Des Vaters Ausspruch »Du gehst in stiller Verzweiflung«, den er hin und wieder vernommen, ward ihm urplötzlich in seiner furchtbaren Bedeutung klar. Zwar erscheint, ganz eine Frucht seiner vielseitigen ästhetischen Studien, erst noch sein Buch *Aus den Papieren eines noch Lebenden, gegen seinen Willen herausgegeben*, das sich mit bitterer Schärfe gegen Andersens Roman *Nur ein Geiger* (>dem die Lebensanschauung fehlt<) wendet. Aber als 1838 der Vater stirbt, packt ihn die Verantwortung. »Er ist nicht von mir sondern für mich gestorben; auf daß aus mir, wenn möglich, doch noch etwas werden könne.« Alles tritt zurück. Sören erkennt die Pflicht gegen den Verstorbenen als die Aufgabe seines eigenen Lebens. 1840 besteht er sein Examen. Seine Magisterdissertation *Über den Begriff der Ironie, mit beständiger Rücksicht auf Sokrates* finden wir nachher erweitert und vertieft in den *Philosophischen Brocken* wieder. Er, der Ironiker κατ' ἐξοχήν, macht hier die strenge Unterscheidung zwischen der romantischen Ironie, die sich in der Endlichkeit, im ironischen Moment, im Witz begnüge, und der Ironie des Sokrates, die aus dem Vergleich des Endlichen mit dem Unendlichen entsprang, die das Endliche mit der schwermütigen Überlegenheit dessen ironisierte, der das Unendliche begriffen hatte. Es ist nur noch der kleine Schritt von dem Erkennen des

Sokrates bis zum Erkennen des Christen und seiner Verantwortlichkeit dem Endlichen und Unendlichen gegenüber. Und *Furcht und Zittern*, der *Begriff der Angst*, die *Verzweiflung aus Mangel an Verzweiflung*, dies genialste Kapitel aus der *Krankheit zum Tode*, sind schon *in nuce* vorhanden.

1840 ist es auch, daß Kierkegaard nach bestandnem Examen zuerst die jütische Heide besucht. Hier erst wird ihm das Wesen des Vaters ganz verständlich. Der ungeheure Ernst dieser Natur mutet ihn heimatlich, gleichsam befreiend an. »Die Heide muß zur Entwicklung starker Geister gerade geeignet sein, hier liegt alles nackt und entschleiert vor Gott . . . Hier muß sich das Bewußtsein bestimmt und streng um sich selbst zusammenschließen.« Hier, in der Heimat des Vaters, in der Heimat seiner eigenen Seele, hält er seine erste Predigt.

Bald nach der Rückkehr nach Kopenhagen erfolgt seine Verlobung mit Regine Olsen. Lange hat er gekämpft. Immer wieder ist ihm die Vorstellung, daß er der einzelne sei, vor Augen getreten. Eine physische Abnormität (worin sie bestand, kann man nur vermuten, Genaueres ist darüber nicht bekannt<sup>2)</sup>), die ihn immer und immer wieder quälte, hätte ihn vielleicht zurückhalten sollen. Daß er trotzdem der Versuchung unterlag und sich von der holdseligen Heiterkeit, die das Jugendbild Regine Olsens zeigt, gefangen nehmen ließ, ist zu verständlich. Vielleicht reizte es ihn auch, sowenig er ihre Natur vergewaltigen wollte, dennoch in diesem harmlos frohen, von religiösen Skrupeln unberührten Mädchen eine Ahnung jener Kämpfe, die ihn damals schon durchtobten, zu erwecken. Allein gleich nach der Verlobung erkannte er seinen Mißgriff. »Darf ein Grenzsoldat verheiratet sein?« Mehr noch, sie konnte seine Schwermut nicht lösen. »Ihr eigentliches Streben ging auf ein Glänzen in irgendeinem Sinn hinaus.« Und er fühlte stärker und stärker das Vermächtnis des Vaters über sich kommen. »Aber wenn Ernst damit gemacht wäre, daß ich mich entweder in eine unbedeutende Stellung zurückgezogen hätte oder in wirkliches und in christliches Leiden hinausgesteuert wäre, wo keine Ehre oder Ansehen zu gewinnen ist: dann hätte sie wohl den Humor verloren. Und ich — ja, ich wäre nie ich selbst geworden.« So wird Kierkegaard nach heißem Kampf, nachdem er sie umsonst, um ihres Rufes willen, zur Lösung des Verhältnisses bestimmen wollte, selbst gezwungen ihr den Scheidebrief zu schreiben. Ihr Leid, ihre Verzweiflung sind im Augenblick fast zu viel für ihn. Aber er bleibt fest. Zwei Jahre darauf wird Regine Frau Schlegel. Er fühlt sich trotz allem immer und ewig als ihr Bräutigam, und bis zu dem letzten jähen Ausbruch zieht die Erinnerung an die Geliebte mehr oder weniger deutlich durch alle seine Schriften.

Mit der Lösung von der Braut hat Kierkegaard sich in die absolute Einsamkeit, die Einzelheit begeben. Er hat sich selbst gewählt (obwohl er es selbst erst später von sich sagt, als er von den ästhetischen Studien fort sich völlig zu den religiösen wendet). Er reist nach Berlin, hört hier Schelling und Trendelenburg. Und so stark er sich später oft gegen das »Mediieren« von Hegel ausläßt, Schellings Definition der *Wirklichkeit* bringt ihn noch mehr in Harnisch. Wer sich mit der spielenden Leichtigkeit Kierkegaards in alle Formen

<sup>2)</sup> Rasmussen sucht zu beweisen, daß Kierkegaard wie Paulus und viele religiöse Fanatiker Epileptiker gewesen sei.

der *Möglichkeit* hinausschwingen konnte, mußte diese Auffassung Schellings, als materialistisch, aus dem Innersten heraus ablehnen. »Wer von der Möglichkeit gebildet wurde, der wird von der Unendlichkeit gebildet.« Unendliche Möglichkeiten ringen in ihm nach Ausdruck. In einem Brief an Boesen, seinen Freund, schreibt er: »Ich brauche eine Stimme, durchdringend wie der Blick des Lynkeus, erschreckend wie das Seufzen des Giganten, ausdauernd wie ein Naturlaut, mit einem Umfang, moduliert vom tiefsten Baß, von dem heilig-leisesten Flüstern bis zur feuersprühenden Energie der Raserei. Sie ist mir nötig, um Luft zu bekommen, um das aussprechen zu können, was mir am Herzen liegt . . .«

Am 23. Februar 1843 erscheint Kierkegaards gewaltiges Buch *Entweder — Oder, ein Lebensfragment, herausgegeben von Victor Eremita*. Kierkegaard ist Virtuose in der Wahl immer neuer Pseudonyme bei Herausgabe seiner Schriften, und es wäre eines eingehenden Studiums wert die Bedeutung und die Beziehungen von *Eremita* zu *Konstantin Konstantius*, von *Frater taciturnus* zu dem am sympathischsten interpretierten *Johannes de Silentio*, den *Climacus* und *Anticlimacus* festzustellen. *Entweder — Oder* wie die 1845 folgenden, fast als Fortsetzung zu betrachtenden *Stadien auf dem Lebensweg* sind nun Kierkegaards ästhetische Schriften. Zwar kommt er schon in dem ersten Buch zu der Grundforderung: Entweder ethisch oder ästhetisch. Zwar klingt als Unterton auch hier schon immer wieder das Religiöse hindurch. Aber es ist noch nicht spezifisch christlich formuliert. Von alledem, was Kierkegaard in seiner sensitiven Art genossen, durchdacht und dann in der spätern Entwicklung hinter sich gelassen hat, reden hier das *Tagebuch des Verführers*, die *Stadien des Unmittelbar-Erotischen oder des Musikalisch-Erotischen*; und trotz anderer Ausgangspunkte auf das stärkste an Nietzsches *Geburt der Tragödie* erinnernd, der *Reflex des Antik-Tragischen in dem Modern-Tragischen*. Auch die späteren Ausführungen über die antike und die romantische Ironie in den *Philosophischen Brocken* werden hier schon angedeutet. War das *Tagebuch des Verführers* ganz darauf angelegt alle, vor allem die einstige Braut, über sich irrezuführen und von sich abzustoßen, so mußte der Aufsatz *Das ästhetische Recht der Ehe*, in dieser Formulierung und gerade von ihm verfaßt, sein Bild im Andenken der Braut völlig zerstören. Und doch auf das Innerste verweisend, die letzte Abhandlung des Buches *Das Erbauliche in dem Gedanken, daß wir gegen Gott allezeit unrecht haben*.

Im selben Jahr 1843, noch nicht einen Monat später, kommt (gleichsam als Nachtrag für *Entweder—Oder*) die *Wiederholung* heraus, im Oktober dann das ergreifend eindringliche *Furcht und Zittern*. Macht Kierkegaard in der *Wiederholung* das Experiment der Wiederaufnahme des einst Gelebten und Empfundenen, immer noch im Rückblick auf das Erlebnis mit seiner Braut, so wendet er sich in *Furcht und Zittern* zu der leidenschaftlichen Überzeugung des »Glaubenmüssens« zurück. Der Untertitel *Dialektische Lyrik* hat wohl nicht besser gewählt werden können. Denn wer entzöge sich dem erschütternden Eindruck der viermal variierten lyrischen Schilderung von Abrahams Opfergang mit jener Quintessenz: Herr, ich danke dir; es ist doch besser, er, Isaak, glaubt, »ich wäre ein Unmensch, als daß er den Glauben an dich verlieren sollte«. Dann die *Lobrede auf Abraham*, dessen uner-

schütterlicher Glaube, mit der leidvollen Verantwortlichkeit auch für sein Kind, ihn an den eigenen Vater mahnt.

1844 *Philosophische Brocken*, wo Kierkegaard methodisch von Hegel beeinflußt sich dennoch in den Schlußfolgerungen wieder gegen ihn wendet. *Der Begriff der Angst*, mit jener tiefsinnigen Erörterung über die Sünde. Sie ist nicht — und hat somit mit der Ethik nichts zu schaffen. Aber dadurch, daß sie aus dem Bereich der Ethik ausgeschlossen wird, wird sie vorausgesetzt. Die Angst erklärt Kierkegaard als das Grauen vor der Sünde. Die Sünde ist als Widerspiel für die Erlösung nötig. Sie kann aber auch nicht zur Erlösung sondern zur »Krankheit zum Tode«, zur ewigen Verdammnis führen. Bei aller religiösen Inbrunst, ja selbst bei der immer eindringlicher werdenden Erkenntnis, daß in jeder Generation ein Individuum geopfert werden müsse, damit die ganze Menschheit einen Schritt vorwärts komme, fehlt noch die verzehrende Schmerzlichkeit der letzten Jahre. Es erscheinen, neben verschiedenen *Erbaulichen Reden*, die *Stadien auf dem Lebensweg*, 1845, mit jenem dem Plato nachgebildeten Gastmahl *In vino veritas*, *Von dem Unterschied des Ästhetischen und des Religiösen*, *Verschiedenes vom Ehestand und den Einwänden dagegen* und mit jenem poetischsten Vorwort, das Kierkegaard je geschrieben hat, versehen, *Schuldig oder Nichtschuldig*. Die Aufzeichnungen des Morgens beginnen »Heut vor einem Jahr«, und alles ist Rückerinnerung an die Brautzeit. In den Aufzeichnungen um Mitternacht ist er er selbst, der in leidvoller Reflexion mit dem Vergangenen fertig zu werden und es nur als Stadium in seiner Entwicklung einzustellen sucht.

Die ungeheure Produktivität Kierkegaards hatte das Interesse des *Korsaren*, eines Witzblattes, das seit Beginn der vierziger Jahre in Kopenhagen erschien, auf ihn gelenkt. Der Herausgeber, der sonst mit großer Schärfe alles herunterriß, was faul im Staate Dänemark war, sprach von Kierkegaard, dem *Victor Eremita*, mit lobender Anerkennung. Das machte Kierkegaard mißtrauisch. Als dann ein Mitarbeiter des *Korsaren*, freilich in einer andern Zeitschrift, die *Stadien auf dem Lebensweg* absprechend beurteilte, ergriff Kierkegaard die Gelegenheit sich mit aller Schärfe gegen den *Korsaren* auszusprechen. Dieser antwortete mit einem Artikel, der nicht nur die schriftstellerische Tätigkeit sondern auch äußere Eigenheiten der Persönlichkeit Kierkegaards lächerlich machte. Nun war Kierkegaard im Feuer. Die Demütigung, diese Schmach, war ein neuer Fingerzeig Gottes, der ihn wirklich zum Nachempfinden seines Leidens erwählt hatte. Die Vorstellung von der »Gleichzeitigkeit« mit Christus vertieft sich. Die Nachfolge Christi verlangt immer eindringlicher das Aufsichnehmen seines Kreuzes. Das Bild des Heilands in Not und Elend und das Bild der sorglosen Lebensführung bei der Geistlichkeit Dänemarks treten immer näher aneinander und reizen ihn auf. Das Jahr 1848 geht auch an ihm nicht spurlos vorüber. Er verliert einen Teil seines Vermögens; das furchtbare Gespenst der Armut, doppelt grausam bei seinen Bedürfnissen, seiner körperlichen Zartheit, steigt vor ihm auf. Er mietet eine kleinere Wohnung. Nach der *Abschließenden unwissenschaftlichen Nachschrift* und den *Taten der Liebe*, den *Erbaulichen Reden* und den *Christlichen Reden*, nach *Seht die Lilien auf dem Felde* erscheint im Juli 1849 *Die Krankheit zum Tode*. Hat Kierkegaard in den *Lilien auf dem Felde* von der schweren Kunst des »Stillwerdens« vor Gott

gesprochen, so wirkt die Forderung der Verzweiflung als der Vorbedingung zum Christsein besonders erschütternd. Verzweiflung aus Mangel an Verzweiflung ist der Zustand außerhalb der Gnade, entweder das Stumpfsein von Natur oder das Aufhören aller Entwicklungsmöglichkeit. Noch einschneidender wirkt ein Jahr darauf die *Einübung im Christentum*. Hier sagt Kierkegaard sich endgültig und mit voller Energie von jeder »Mediation«, von jeglichem Kompromiß zwischen menschlich angenehmem und christlich verantwortungsvollem Leben los. Er tritt für die Gleichzeitigkeit mit Christus ein, wenigstens wenn man sich mit Recht einen Christen nennen will.

Nun kommt das letzte hinzu, um den Vulkan zum Ausbruch zu bringen. Kierkegaards Vater, der einsame und schwermütige Michael Pedersen, hatte schon die Predigten des Bischofs Mynster besucht. Er kannte ihn auch sonst, und wenn auch das verschlossene Temperament des jütischen Bauern ihn hinderte seinen Gram und seine Reue vor diesem Mann zu erzählen, so war er es doch, zu dem er sich hielt, in dessen Verehrung er seinen Sohn Sören erzogen hatte. Kierkegaard selbst, so fern er innerlich der weltgewandten Gottseligkeit des Bischofs Mynster stand, hielt viel von diesem Prediger seines Vaters. Sein Urteil über seine Schriften machte ihn nachdenklich. Die Unzufriedenheit Mynsters mit der *Einübung im Christentum* (sehr erklärlich von seinem Standpunkt aus) kränkte ihn tief. Er hatte ja nicht hoffen können, daß der alte Bischof nun seinen Lebenswandel ändern würde, daß er vom Kirchenfürsten zum Nachfolger Christi in Not und Elend würde. Aber er hätte doch anerkennen können, daß er im Unrecht war, daß er dem christlichen Ideal nicht nahestand. Mynster starb. Martensen, durch seine Dogmatik, die im Jahr zuvor erschienen war, rühmlich bekannt geworden, hielt die Gedächtnisrede. Und darin spricht er von Mynster als von einem »Glaubenszeugen«. Das Wort schlägt ein: Mynster ein Glaubenszeuge? Steht es so um das Christentum? Gab es nicht einstmals Glaubenszeugen, die Leben, Gut und Habe, die Ehre unter den Menschen und alles, was sie überkommen und erworben hatten, ihrem Glauben an Christo zum Opfer brachten? Ein Jahr lang fast hält Kierkegaard den Feuerbrand zurück. Noch wartet er, bis Martensen die Stelle des alten Bischofs erhält, für die er in Aussicht genommen war (er, Kierkegaard, wollte ihn nicht schädigen). Noch sammelt er Kraft zu dem gewaltigen Kampf. Dann bricht er los. Erst geht es nur gegen Mynster, den »Glaubenszeugen«. Aber dann, als Martensen sich verteidigen läßt, darauf sich selbst verteidigt und mit der ganzen Suffisance des kirchlich-christlich Beamten von der Schriftstellerei Kierkegaards spricht als von einem Unwesentlichen, das er für sich nicht in Betracht zöge, da rast er los. Schlag für Schlag fällt nun gegen Staat und Staatskirche, die im schreienden Gegensatz zum Evangelium, zur Idee Christi steht.

Jetzt ist für Kierkegaard der Augenblick gekommen. Ihm, dem der »Augenblick« den Punkt bedeutet, in dem das Unendliche sich im Endlichen offenbart. Er nimmt seine Mission der Ewigkeit gegenüber auf sich. Er begründet das Organ *Der Augenblick*. Und nun erscheinen die 9 Nummern der Anklage gegen die Christenheit: *Ist es vom Staat (dem christlichen Staat!) verantwortlich, daß er das Christentum womöglich unmöglich*




*macht?, Nimm ein Brechmittel!, Die Bequemlichkeit und die Sorge für ein ewiges Leben, Das Menschliche protegirt das Göttliche, Lobrede auf das Menschengeschlecht oder Beweis, daß das Neue Testament nicht mehr Wahrheit ist, Ist es, christlich verstanden, verantwortlich von dem Staat einen Teil der studierenden Jugend zu verführen?, Das Christentum des Neuen Testaments das Christentum der Christenheit, Menschentfischerei, Was man so einen Christen nennt, Die Konfirmation und Trauung: ein christliches Komödienspiel, wenn nicht noch Schlimmeres, Werde ein Schwätzer, und sieh, alle Schwierigkeiten verschwinden. Sein absoluter Wille zur Redlichkeit bringt ihn zu dem Bekenntnis: »Und sollte ich selbst Unrecht haben, ich kann nicht anders.«*

Diese aus Gram und Ingrim, aus Liebe und Verzweiflung gezeugten Aufsätze haben alle psychischen und physischen Kräfte Kierkegaards so aufgebraucht, daß er zusammenbricht. Buchstäblich: Am 2. Oktober sank er auf der Straße plötzlich zu Boden. Man brachte ihn nach einem Krankenhaus, wo er am 11. November 1855 starb. Auf die Frage, ob er nicht das Abendmahl nehmen wollte, antwortete er: »Ja, aber nicht von einem Geistlichen.«

Und das trifft seine letzte Entwicklung wohl im Wesentlichen. Durch die pietistischen Voraussetzungen des Vaters, aus Anlage und ethischen Bedürfnissen ein Christ, war er durch seine unerbittliche Wahrhaftigkeit allmählich ganz aus den Schranken der offiziellen Kirche herausgewachsen. So führt ein direkter Weg von ihm zu Nietzsche hinüber. So wirken neben den ästhetischen auch seine religiösen Schriften heute noch fort, und gerade auf unsere Generation.

XX  
**BENNO CHAJES · IST DER IMPFZWANG NOTWENDIG?**

 EIT über einem Jahrzehnt hat sich der deutsche Reichstag mit den verschiedenen Petitionen der Impfgegner zu beschäftigen, die auf eine Abänderung des seit 1874 bestehenden Impfgesetzes hinzielen. Durch eine rührige Agitation, die in den letzten Jahren an Lebhaftigkeit noch gewonnen hat, wird, wenigstens in einzelnen Gegenden Deutschlands, eine Bewegung inszeniert, die eine Aufhebung des heute bestehenden Impfwangs bezweckt. Mit umfangreichen Flug- und Propagandaschriften, die eine Fülle von angeblich beweiskräftigem Material bringen, werden die beteiligten Kreise überschüttet, mit schriftlichen Anträgen zur Verpflichtung auf bestimmte Forderungen der Impfgegner werden die Reichstagskandidaten vor den Wahlen bedrängt, und ihre Wahl wird, wenigstens was die Stimmenabgabe der Impfgegner betrifft, von einer befriedigenden Antwort auf diese Fragen abhängig gemacht. Es ist daher nötig, daß man daran denkt den Gefahren zu begegnen, die dadurch der Volksgesundheit erwachsen könnten. Man braucht dazu nicht an dieser Stelle die Schutzpockenimpfung mit ihren Folgeerscheinungen, ihrer Beeinflussung der Volksgesundheit usw. in allen ihren Einzelheiten ausführlich zu besprechen. Dies hat bereits Professor Martin Kirchner in seinem Büchlein *Schutzpocken-*

impfung und Impfwang in mustergültiger Weise getan. Wenige Tatsachen und Überlegungen werden hier genügen, um die springenden Punkte der Impffrage für jeden Unbefangenen überzeugend hervorzuheben.

Glücklicherweise ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß für Deutschland die Pockenkrankheit kaum mehr existiert. Selbst ganze Generationen jüngerer Ärzte haben nur ausnahmsweise vereinzelte Fälle von schwarzen Pocken in den Kliniken und Krankenhäusern zu sehen bekommen, und vielleicht ist gerade die nur legendäre Kenntnis dieser furchtbaren Seuche unter der Bevölkerung mit daran schuld, daß gegen die wirksamste Schutzmaßnahme, die es gegen diese Krankheit gibt, Sturm gelaufen wird. Einige Zahlen mögen den Umfang der Pockenerscheinungen in den verschiedenen Ländern anzeigen:

Von je 100 000 Einwohnern starben jährlich an Pocken		
Land	1862 bis 1876	1882 bis 1896
Preußen und Bayern	51,6	0,7
Österreich	75,2	38,6
Belgien	79,5	18,2
England	25,3	2,9

Hierzu sei bemerkt, daß in Österreich und Belgien kein Impfwang besteht, daß dort nur ein indirekter Impfwang in gewisser Weise vorhanden ist, und daß in England die sogenannte *Gewissensklausel* gilt; diese bedeutet, daß von der vorschriftsmäßigen Impfung des Kindes, die bis zum Ablauf des 6. Lebensmonats erfolgt sein muß, Abstand genommen werden darf, wenn der Vater oder Vormund des Kindes in dessen ersten 4 Lebensmonaten die Erklärung abgibt, daß nach seiner gewissenhaften Überzeugung die Impfung der Gesundheit des Kindes schädlich sein würde.

Schon aus den vorstehenden Zahlen geht jedoch hervor, daß die Impfung die Gefahren der Pockenerkrankung um so mehr eindämmt, je strenger die Impfgesetze sind. Nun brauchen die nackten Zahlen nicht durchaus beweiskräftig für die Wirksamkeit der Schutzimpfung zu sein. Es wäre denkbar, daß die Errungenschaften der modernen Hygiene, die bessere und wirksamere Isolierung der Pockenkranken usw., allein geeignet sind eine Verminderung der Pockenmorbidity respektive -mortalität zu bedingen. Indes, ganz abgesehen davon, daß in Ländern, in denen die hygienischen Zustände durchaus nicht auf der Höhe sind, die Schutzpockenimpfung aber streng durchgeführt wird, die Pockenerkrankungsfälle erheblich abgenommen, in Ländern mit relativ guten hygienischen Verhältnissen, aber laxer Schutzimpfung dagegen zugenommen respektive nicht abgenommen haben, widerlegen die beiden folgenden Zusammenstellungen aus der Statistik der preußischen Armee am stärksten diese Annahme.

Von je 100 000 Einwohnern starben an den Pocken in Preußen		
Jahr	Zivilbevölkerung	Armee
1832	30,3	66,7
1833	60,1	75,0
1834	49,1	28,1

Im Jahr 1834 wurde die Impfung im preußischen Heer eingeführt. Nunmehr lauten die Zahlen wie folgt:

Jahr	Zivilbevölkerung	Armee
1835	27,1	3,5
1836	18,8	6,4
1837	15,3	2,4

Die Pockensterblichkeit in der Armee sank dann immer mehr und betrug in den folgenden 30 Jahren im Durchschnitt kaum über 0,8 pro 100 000 Einwohner. Es machte sich aber auch schon durch die damals noch auf das Heer beschränkte Impfung eine erhebliche Abnahme der Pockentodesfälle in der Zivilbevölkerung bemerkbar. Diese zeigte sich mit noch größerer Deutlichkeit, nachdem 1874 das Reichsimpfgesetz erlassen worden war. Die Zahl der Todesfälle an Pocken betrug in den Jahren 1874, 1875, 1876, 1877 in der Zivilbevölkerung 9,5, 3,6, 3,1 und 0,3, im Heer 0,4, 0, 0, 0 pro 100 000 Einwohner, steigt hierauf in den Jahren 1882 und 1883 auf 3,6 respektive 2,0, um dann auch in der Zivilbevölkerung seit 1886 dauernd unter 1 zu bleiben. Man wird ohne weiteres zugeben, daß um das Jahr 1835 von den Errungenschaften der modernen Hygiene wohl kaum die Rede sein konnte, daß damit sich jener Einwurf als hinfällig herausstellt.

Ist aber einmal eine Pockenepidemie ausgebrochen, so ist die Gefährdung der geimpften Personen bei weitem geringer als die der ungeimpften. In den Jahren 1906 bis 1908 erkrankten im Deutschen Reich insgesamt 1035 Personen an Pocken. Von diesen starben 176, das heißt 17 % (in früheren Jahren, vor der obligatorischen Einführung der Impfung, hatte die Pockensterblichkeit 40 bis 50 % betragen). Und zwar waren von den 176 Personen, die den Pocken in den Jahren 1906 bis 1908 erlagen, 23 = 6,48 % wieder geimpft, 30 = 10,75 % einmal geimpft und 73 = 38,4 % ungeimpft. Ebenso nahm die Krankheit viel öfter bei den wiedergeimpften und geimpften als bei den ungeimpften Patienten einen leichten Verlauf. Von den 1035 an den Pocken erkrankten Personen waren 695 = 67,1 % Ausländer, und zwar erkrankten diese unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland, so daß die Krankheit (gewöhnlich handelte es sich um ausländische Arbeiter respektive Auswanderer, zumeist Russen) aus der Heimat mitgebracht war.

Man darf weiter nicht vergessen, daß in Deutschland eine erhebliche Anzahl von Kindern, und zwar über 12,2 %, auf Grund einer Befreiung infolge eines ärztlichen Attestes nicht geimpft wurde, während über 2 % (im Jahr 1903 1,99, 1905 2,07, 1907 gar 2,14 % sich der Impfung entzogen) und über 0,9 % (im Jahr 1907 0,95 %) nicht auffindbar waren. Auch die Wiederimpfung ist bei einer Anzahl von Kindern unterblieben. Naturgemäß ist diese Zahl infolge des Schulzwangs gering. Es wurden zum Beispiel 1907 2,51 % der Wiederimpflinge nicht revakziniert, davon 1,36 % infolge Befreiung durch ärztliches Attest, 0,53 % wegen Aufhören des Besuchs einer die Impfpflicht verlangenden Lehranstalt, 0,42 % wurden gesetzwidrig der Impfung entzogen und 0,21 % waren nicht auffindbar. Es ist klar, daß ein derartiger Prozentsatz von nicht geimpften Individuen für die Ausbreitung kleinerer Pockenepidemien einen geeigneten Nährboden bietet. Wenn nun ferner gesagt wird, daß die Dauer des durch die Impfung gewährten Schutzes auf eine Reihe von Jahren beschränkt ist, so ist das zuzugeben;

es hat sich aber gezeigt, daß einerseits der Impfwang in der Weise wie er in Deutschland besteht genügt, um die Pockengefahr zu beseitigen, andererseits, falls die Schutzkraft in seltenen Fällen nicht genügt, die Erkrankung einen erheblich leichtern und ungefährlicheren Verlauf nimmt. Auch sind in einer Reihe von Bundesstaaten beim Ausbruch einer Pockenepidemie Zwangsimpfungen zulässig.

Welches sind nun eigentlich die *Schädigungen* der Impfung? Eine der Hauptanklagen, die die Impfgegner gegen die Impfung erheben, ist die, daß durch die Impfung häufig Krankheiten verbreitet werden respektive entstehen. Solange es möglich war menschliche Lympe zu gebrauchen, das heißt ein Individuum mit der Lympe von anderen geimpften Menschen von Arm zu Arm zu impfen, war die Möglichkeit der Übertragung von Infektionskrankheiten zweifellos gegeben. Trotz der genauesten Untersuchung mag es vor einigen Jahrzehnten bisweilen unmöglich gewesen sein gewisse Erkrankungen, beispielsweise die Syphilis, im Latenzstadium zu erkennen und ihre Übertragung zu vermeiden; doch sind diese Fälle auch damals außerordentlich selten gewesen. So sind in Deutschland seit Erlaß des Impfgesetzes nur 19 Erkrankungen bekannt geworden, in denen auf diesem Weg eine Syphilisübertragung stattgefunden hat; es ist natürlich auch möglich, daß andere nicht bekannt geworden sind. Seitdem jedoch die Schutzpockenimpfung nur mit tierischer Lympe geschieht, die in staatlichen respektive staatlich streng kontrollierten Privatanstalten gewonnen wird, ist eine derartige Übertragung völlig ausgeschlossen. Was die Übertragung von Tuberkulose und Skrofulose anlangt, so erübrigt sich eine ausführliche Widerlegung dieser fälschlichen Annahme. Bei der überaus strengen Kontrolle und Beobachtung der zur Lympegewinnung benutzten Kälber ist nach dem heutigen Stand der Wissenschaft eine Übertragung der Schwindsucht oder Skrophulose unmöglich; ganz abgesehen davon, daß die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen überhaupt in dauernder Abnahme begriffen ist, und gerade von der Sozialdemokratie mit Recht auf die sozialen Ursachen der Verbreitung der Tuberkulose mit Nachdruck hingewiesen wird. Auf den Vorwurf der Übertragung von Diphtherie, Genickstarre usw. braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden; auch hierbei ist die völlige Unrichtigkeit dieser Behauptungen durch die Forschungen der modernen Bakteriologie einwandfrei nachgewiesen worden.

Dabei soll freilich nicht geleugnet werden, daß tatsächlich eine Reihe von Schädigungen durch die Impfung hervorgerufen werden kann. Es sei hier aber ausdrücklich betont, daß sich alle diese Schädigungen vermeiden lassen, und daß sie auch stets vermieden werden, wenn alle gesetzlichen Vorschriften befolgt werden. Gewiß ist es möglich, daß bei Anhäufung von Kindern, wie sie bei den Impfterminen unvermeidlich ist, die Möglichkeit einer Übertragung von Infektionskrankheiten gegeben ist. Wollte man aber deshalb die Impfung abschaffen, so müßte man in gleicher Weise den Schulzwang sowie jegliche Anhäufung von Menschen bekämpfen. Nicht ganz ausgeschlossen ist es ferner, daß Infektionen, zum Beispiel Wundrösen, Zellgewebeentzündungen, ja bisweilen auch Blutvergiftungen, im Anschluß an die Impfung auftreten. Zeigen sich diese Erscheinungen sehr bald nach einem Impftermin bei einer Reihe von Impfungen, so wird die Ursache möglicherweise in einer fehlerhaften Ausübung des Impfgeschäfts, beispielsweise

mangelhafter Desinfektion der Impfinstrumente usw., zu suchen sein, und dann wird es sich bestimmt um einen Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften handeln. Zum Glück sind derartige Fälle außerordentlich selten, und sowenig wie es einem vernünftigen Menschen einfallen wird sich nur aus dem Grund nicht operieren zu lassen, weil der Operateur möglicherweise einen Fehler machen kann, ebensowenig ist es berechtigt aus diesem Grund die Impfung zu bekämpfen.

Viel häufiger dagegen sind Störungen des Impfverlaufs respektive Infektionen, die erst 5 Tage oder später nach der Impfung beobachtet werden. In diesem Fall liegt aber *stets* ein Verschulden, ungenügende Vorsicht der Eltern oder der Pflegepersonen des Impflings, vor. Wird das von impfgegnerischer Seite, zum Beispiel in dem weit verbreiteten Werk von Bilz, empfohlene Ausaugen der Impfwunde befolgt, dann darf man sich natürlich nicht wundern, wenn Impfschädigungen entstehen. Diese fallen aber dann den gesundheitsschädigenden Ratschlägen der Impfgegner zur Last. Eine andere Art von Impfschädigungen besteht darin, daß Kinder und Erwachsene von den Impfpocken aus die Lymphe auf andere Stellen ihres eigenen oder den Körper eines andern übertragen und so zu manchmal beträchtlichen Ausdehnungen der Vakzinationserscheinungen Veranlassung geben. Wenn zum Beispiel Pockenbildungen auf der Hornhaut auftreten, kann das Sehvermögen dauernd geschädigt werden usw. Aber diese Komplikationen sind die Folge einer mangelnden Vorsicht und Unkenntnis der Mütter und Pflegemütter. Wird jede Impfstelle genau so angesehen und so sauber und abgeschlossen gehalten wie eine andere Operationswunde, dann sind derartige Zufälle unmöglich. Jedenfalls darf man auch für solche Vorkommnisse nicht die Impfung als solche verantwortlich machen.

Damit wären die Einwände der Impfgegner gegen den Impfwang erschöpft. Behauptungen wie die, daß unsere Statistiken usw. falsch und unzuverlässig sind, daß Schädigungen von etwaigen Pocken usw. verschwiegen werden, braucht man nicht zu widerlegen, da sie nur durch Phrasen, nicht aber durch Tatsachen begründet sind. Wie es mit den angeblichen *Tatsachen* bestellt ist, die von impfgegnerischer Seite ins Feld geführt werden, zeigt beispielsweise eine Broschüre *Der Impffriedhof* des bekannten Impfgegners Hugo Wegener. Die Kritiklosigkeit, mit der dort Dinge mit der Impfung in Zusammenhang gebracht werden, die nichts mit ihr zu tun haben, muß jedem denkenden Menschen die Augen öffnen. So wird unter Nummer 87 folgender Fall angeführt, der als ein *typisches* Beispiel für die Art des beweiskräftigen *Materials* wiedergegeben sei: »Kind L. V. geboren am 20. Juni 1910, geimpft Anfang Mai 1911 ohne Erfolg. Anfang August des selben Jahres kam ein Ausschlag zum Vorschein, der Anfang September noch stark eiterte und entsetzlich aussah.« Wenn man so die Schädigungen der Impfung beweist, kann man allerdings nicht nur 36 000 sondern unendlich viele *Impfschäden* nachweisen oder mit dem gleichen Recht die Impfung als die Quelle sämtlicher hygienischer und sozialer Schäden ansprechen. Es ist bei dieser Art der Agitation gegen den Impfwang unmöglich die Impfgegner von ihrem Standpunkt durch Widerlegung ihrer Behauptungen abzubringen. Wären sie Gründen zugänglich, so hätte Kirchner in seinem oben erwähnten Büchlein diese Aufgabe erfüllt. Es ist daher auch ein Nonsens die Impffrage in einer paritätisch von Impfgegnern und -anhängern

zusammengesetzten Kommission entscheiden zu wollen; der Erfolg dieser Kommissionsarbeit würde der des Hornberger Schießens sein. Es wäre zu wünschen, daß alle Abgeordneten unserer Partei, wie Bebel, die impfgegnerischen Anforderungen vor den Wahlen glatt abwiesen.

Solange nur agitatorische Scheingründe in Wort und Schrift von den Impfgegnern ins Feld geführt werden, nicht aber Tatsachen, die vor der Kritik der Wissenschaft bestehen, so lange wäre es ein Verbrechen an der Volksgesundheit an dem heute bestehenden Impfwang rütteln zu wollen. Die Einführung der Gewissensklausel wie in England würde die erste Bresche in den Schutzwall schlagen, den uns der Impfwang gewährt, und hier heißt es keine falsche Nachgiebigkeit zeigen. Gerade vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei ist ein strenger Impfwang ohne Rücksicht auf die Interessen und andersgearteten Anschauungen einzelner durchaus zu fordern, wenn das Wohl der Gesamtheit dadurch gewahrt wird.

XX  
**RUDOLF WISELL • DIE BEDEUTUNG DER LAND-  
 WIRTSCHAFTLICHEN UNFALLVERSICHERUNG  
 FÜR DIE UNTERNEHMER**



Bei der Unfallversicherung denkt man gewöhnlich nur an die Versicherung der Arbeiter. Und doch ist sie das nur zum Teil. Denn die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist, wie sich durch Zahlen am sichersten nachweisen läßt, für weite Gebiete Deutschlands nur in verschwindendem Maß Arbeiter-, zum weitaus größten Teil dagegen Unternehmerversicherung. Bis über 70 und 80 % der Unfälle treffen auf die landwirtschaftlichen Unternehmer, auf deren Ehefrauen oder sonstige Familienangehörige. Diese Tatsache dürfte sicher nicht genügend bekannt sein, wenigstens wird sie bei der Erörterung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in unseren Parteizeitungen und -zeitschriften kaum jemals erwähnt. Das ist erklärlich. Denn die amtliche Statistik gibt nur die Zahl der angemeldeten und der entschädigten Unfälle, nicht ihre Verteilung an. Wie sich diese Unfälle auf die versicherten Unternehmer und Arbeiter verteilen, ist nur aus den Jahresberichten der einzelnen Berufsgenossenschaften zu entnehmen. Und auch das nicht überall; denn eine Reihe von Berufsgenossenschaften übergibt in ihren Berichten diesen Punkt. Vor dem Jahr 1903 finden wir Angaben über die prozentuale Beteiligung von Unternehmern und deren Angehörigen an den Unfallentschädigungen nur in 8 Berufsgenossenschaftsberichten. Die Mehrzahl der Berichte enthält erst seit diesem Jahr Mitteilungen darüber. Die nachstehende Tabelle beginnt deshalb erst mit dem Jahr 1903. Sie geht bis 1911, umfaßt also einen Zeitraum von 8 Jahren. Für 1912 liegen die Berichte noch nicht vor. Die Zahlen geben die in dem betreffenden Jahr zum erstenmal entschädigten Unfälle an. Wo nicht diese, sondern die gemeldeten Unfälle angeführt sind, ist das besonders bemerkt.

Die Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer gründet sich auf 2 Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft: auf § 1 Absatz 5 und auf § 4 Absatz 1. Sie lauten:

»Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen zu bestimmen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer der ... Betriebe versichert, oder Familienangehörige, welche in dem Betrieb des Familienhaupts beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.«

»Durch Statut kann die Versicherungspflicht auf Betriebsunternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, oder welche nicht regelmäßig mehr als 2 Lohnarbeiter beschäftigen, ... erstreckt werden.«

Die gleichen Bestimmungen enthalten die §§ 925 und 1034 der Reichsversicherungsordnung. Auf Grund der hiernach erlassenen landesgesetzlichen oder satzungsgemäßen Vorschriften ist die Zwangsversicherung der landwirtschaftlichen Unternehmer bis zu gewissen, meist durch die Einkommenshöhe bestimmten Grenzen in ganz Deutschland bis auf Mecklenburg-Schwerin und Bremen durchgeführt. Außer dieser Zwangsversicherung, die sich auch auf die Ehefrauen erstreckt, ist nach § 927 der Reichsversicherungsordnung den Betriebsunternehmern die Berechtigung zur freiwilligen Versicherung gegeben, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt oder wenn sie nicht regelmäßig mehr als 2 Lohnarbeiter beschäftigen. Nach den Satzungen der Berufsgenossenschaft können sie zur Selbstversicherung auch dann zugelassen werden, wenn sie mehr als 3000 Mark Jahresarbeitsverdienst besitzen oder (§ 927 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung) regelmäßig wenigstens 3 Versicherungspflichtige gegen Entgelt beschäftigen.

Die nachfolgende Übersicht zählt nun, in der Reihenfolge, wie sie in der amtlichen Statistik üblich ist, die einzelnen Berufsgenossenschaften auf und gibt für jede von ihnen in Zeile a) die Zahl der im Lauf des Jahres entschädigten Unfälle, in Zeile b) die Zahl der hiervon auf Unternehmer und deren Familienangehörige entfallenden Unfälle und in Zeile c) den prozentualen Anteil der Unternehmer, der sich daraus ergibt. Die Angaben unter b) und c) sind, wie nochmals betont werden soll, in der amtlichen Statistik nicht enthalten. Sie können nur in den Jahresberichten der Berufsgenossenschaften nachgelesen werden. Zum Verständnis der Tabelle sei noch bemerkt: Die Bezirke sind hier so verstanden wie sie für die Berufsgenossenschaften abgegrenzt sind; ihre Grenzen fallen, wie bekannt, nicht immer mit denen der politischen Bezirke des gleichen Namens zusammen. Die Begrenzung der Zwangsversicherung ist in der Regel durch Zahlen kenntlich gemacht, die dem Namen des Bezirks der betreffenden Berufsgenossenschaften angefügt sind, und die in Mark den Höchstbetrag des aus der Land- und Forstwirtschaft sowie aus den mitversicherten Nebenbezügen fließenden Reineinkommens angeben, bis zu dem die Zwangsversicherung der Unternehmer begründet ist. Wo noch eine Zahl in Klammern danebengesetzt ist, ist die Zwangsversicherung an die weitere Voraussetzung gebunden, daß das gesamte, auch aus anderen Quellen fließende Einkommen den in der Klammer angegebenen Betrag, der gleichfalls Mark bedeutet, nicht übersteigt. Wo andere Normen existieren, sind diese an Stelle jener Zahlen besonders angegeben. Die Bezirke derjenigen Berufsgenossenschaften, in denen alle Unternehmer zwangsversichert sind, sind durch ein hinter den Namen gesetztes Sternchen (\*) gekennzeichnet. Bei der schlesischen Berufsgenossenschaft ist vom Jahr 1905 ab die Zahl der entschädigten Familienangehörigen in der Zeile b) nicht enthalten, da sie mit der der entschädigten Arbeiter zusammengefaßt ist.

Laufende Nummer	Bezirk der Berufs- genossenschaft nebst Zwangsversicherungs- grenze	Anzahl der erstmalig entschädigten (bei Nummer 41 und 46: der gemeldeten) Unfälle										
		1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911		
1	Ostpreußen 1500 (2000)	a)	3286	3549	3883	3384	3209	2823	2383	2209	2319	
		b)	1166	1329	1428	1272	1166	952	784	711	756	
		c)	35,45	37,45	36,77	37,88	36,33	33,72	32,90	32,18	32,68	
2	Westpreußen 3000	a)	2257	2101	2263	1772	2047	1931	1848	1683	1733	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
3	Brandenburg 1500 (3000)	a)	3555	4124	3282	3138	2825	2949	2842	2688	2439	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
4	Pommern 1500	a)	2144	2206	2306	2140	2201	2270	2173	1913	1824	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
5	Posen 1500 (2500)	a)	2058	2209	2134	1991	2017	1936	1861	1646	1565	
		b)	728	785	801	678	704	675	540	551	?	
		c)	35,10	35,53	37,53	34,05	34,90	34,91	29,01	33,47	?	
6	Schlesien 2000	a)	5409	5699	5044	4685	5161	4936	4810	4600	4354	
		b)	2509	2750	2393	2093	2252	2300	2229	2059	1923	
		c)	46,38	48,25	47,94	44,67	43,63	46,59	46,35	44,76	44,19	
7	Provinz Sachsen 900 (3000)	a)	2216	2282	2037	2024	2253	2167	2076	1975	1857	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
8	Schleswig-Holstein 2000 (2000)	a)	1699	1861	1787	1697	1747	1681	1557	1230	1376	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
9	Hannover 900 (gesamtes Reinein- kommen muß mehr als das Doppelte betragen)	a)	2443	2720	2590	2413	2258	2027	2105	1871	1823	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
10	Westfalen 3000	a)	2637	2582	2767	2616	2573	2396	2153	2020	1533	
		b)	Vorher nicht angegeben							1388	1315	1034
		c)										
11	Hessen-Nassau 2000 (3000)	a)	3314	3306	3502	3066	2950	2822	2671	2096	2169	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
12	Rheinland 1500 (3000)	a)	4114	4351	4383	3874	3544	2909	3364	2950	2750	
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben									
		c)										
13	Oberbayern *	a)	1752	1996	1856	1829	1755	1843	1884	1727	1802	
		b)	?	1262	1205	1181	1087	1173	1160	1042	?	
		c)	?	63,21	64,92	64,52	61,93	63,61	61,56	60,33	?	
14	Niederbayern *	a)	2116	2069	2353	2062	2049	2030	2319	2064	1815	
		b)	1460	1402	1596	1437	1433	1430	1592	1439	1214	
		c)	69,00	69,78	67,83	69,69	69,94	70,44	68,65	69,72	66,89	
15	Pfalz *	a)	793	953	1106	955	1011	1257	1258	1191	1303	
		b)	Vorher nicht angegeben				812	852	1075	1063	982	1085
		c)									85,03	84,27



Laufende Nummer	Bezirk der Berufs- genossenschaft nebst Zwangsversicherungsgrenze	Anzahl der erstmalig entschädigten (bei Nummer 41 und 46: der gemeldeten) Unfälle								
		1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
16	Oberpfalz und Regensburg*	a) 990 b) ? c) ?	927 ? ?	963 693 71,96	978 734 77,69	1079 826 76,56	1110 809 72,88	1049 784 74,74	970 705 72,68	902 649 71,95
17	Oberfranken*	a) 951 b) ? c) ?	1009 797 79,02	1066 874 81,99	965 772 80,00	1061 860 81,05	1013 817 80,65	1040 844 81,16	1044 835 79,98	1121 903 80,55
18	Mittelfranken*	a) 1298 b) 998 c) 76,88	1333 1037 77,79	1502 1134 75,50	1355 1056 77,94	1420 1096 77,18	1384 1076 77,75	1272 1000 78,62	1159 893 77,45	1284 905 76,44
19	Unterfranken und Aschaffenburg*	a) 1108 b) ? c) ?	1265 1042 82,37	1795 1485 82,74	1757 1490 80,24	1521 1297 85,27	1514 1188 78,47	1635 1340 81,95	1626 1301 80,01	1498 1165 77,77
20	Schwaben und Neuburg*	a) 1613 b) 1301 c) 80,66	1517 1142 75,28	1540 1127 73,18	1418 1089 76,80	1440 1091 75,76	1604 1197 74,62	1519 1078 75,97	1371 1017 74,18	1256 949 75,56
21	Königreich Sachsen*	a) 2237 b) } c) }	2803 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	2634	2736	2956	2990	3041	2981	3105
22	Neckarkreis*	a) 1208 b) 1007 c) 83,36	1444 1210 83,79	1489 1226 82,33	1282 1037 80,89	1432 1174 81,98	1438 1153 80,18	1444 1207 83,59	1541 1260 81,76	1430 1182 82,65
23	Schwarzwaldkreis*	a) 1186 b) 1016 c) 85,66	1021 845 82,76	1252 1012 80,83	1101 904 82,11	1063 884 83,16	1088 875 80,42	1153 953 82,65	1028 854 83,06	1100 915 83,18
24	Jagstkreis*	a) 774 b) 610 c) 78,81	843 658 78,05	860 682 79,30	866 661 76,33	968 743 76,75	920 736 80,00	1088 848 77,94	1066 847 79,44	997 782 77,33
25	Donaukreis*	a) 1024 b) 686 c) 66,99	1085 753 69,40	986 669 67,73	1160 776 66,89	1064 731 68,70	1069 705 65,94	1468 1020 69,05	1054 756 71,72	1095 785 71,68
26	Baden*	a) 3037 b) 2391 c) 78,72	3236 2580 79,72	3474 2805 80,74	3491 2788 79,87	3405 2715 79,73	4089 3320 81,19	4093 3294 80,47	3859 3126 81,00	3907 3056 75,65
27	Hessen*	a) 1223 b) } c) }	1427 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	1308	1410	1580	1705	1837	1785	1962
28	Mecklenburg-Schwerin Zwangsversicherung besteht nicht	a) 777 b) } c) }	745 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	684	571	736	637	658	578	543
29	Weimar 600 (1000)	a) 547 b) 378 c) 69,10	533 361 67,73	447 305 68,23	448 293 65,39	431 294 68,21	400 269 67,25	312 215 68,90	331 219 66,16	336 227 67,56
30	Mecklenburg-Strelitz 200	a) 119 b) 25 c) 21,00	123 11 9,00	107 15 14,00	105 20 20,00	105 17 16,00	102 21 21,00	88 16 18,00	88 17 19,00	88 17 20,00
31	Oldenburg — (2000)	a) 372 b) 246 c) 66,12	380 269 70,78	346 243 70,23	340 244 71,76	343 239 69,28	337 220 68,24	304 187 61,51	292 205 70,20	326 ? ?

Laufende Nummer	Bezirk der Berufs- genossenschaft nebst Zwangsversicherungs- grenze	Anzahl der erstmalig entschädigten (bei Nummer 41 und 46: der gemeldeten) Unfälle									
		1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	
32	Braunschweig 1000 (1500)	a) 250 b) 65 c) 26,00	344 99 28,77	252 80 31,74	274 74 27,00	294 83 28,23	312 77 24,68	256 66 25,78	262 71 27,06	303 ? ?	
33	Meiningen	a) 375 b) ? c) ?	415 311 74,94	386 303 78,49	365 288 78,90	480 371 77,29	406 318 78,32	353 265 75,07	392 303 77,30	400 ? ?	
34	Altenburg 1500 (3000)	a) 129 b) ) c) )	123 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	109	111	119	118	96	106	108	
35	Koburg 1500	a) 48 b) ) c) )	79 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	76	62	66	55	67	61	49	
36	Gotha 1000	a) 393 b) 221 c) 56,23	408 247 60,53	395 228 60,80	481 271 56,34	420 250 59,52	431 272 63,10	409 223 54,52	405 228 56,29	400 210 50,25	
37	Anhalt 900 (gesamtes Reinein- kommen muß mehr als das Doppelte betragen)	a) 139 b) ) c) )	125 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	130	143	137	125	137	132	119	
38	Rudolstadt 1500 (3000)	a) 114 b) ) c) )	114 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	88	106	113	109	118	117	101	
39	Schwarzburg-Sonders- hausen — (2000)	a) 61 b) ) c) )	114 Die Jahresberichte enthalten keine Angaben	81	50	62	62	56	75	72	
40	Reuß ältere Linie (Zwangsversicherung, wenn nicht mehr als 175 Grundsteuereinheiten auf den bewirtschafteten Grundstücken haften)	a) ) b) ) c) )	Die Zahl der entschädigten Unfälle ist zu klein, als daß daraus Schlüsse gezogen werden könnten; die Berichte enthalten auch keine Angaben über die Zahl der entschädigten Unternehmer								
41	Reuß jüngere Linie 2000 (3000)	a) 252 b) 104 c) 41,27	192 139 47,60	286 137 47,90	290 136 46,90	268 155 57,82	272 144 52,94	266 145 54,60	260 143 55,00	241 134 55,60	
42	Schaumburg-Lippe (Zwangsversicherung bei Betrieben von nicht mehr als 1500 Arbeits- tagen)	a) ) b) ) c) )	Wie bei Nummer 40								
43	Lippe 2000 (3000)	a) 82 b) ) c) )	97 Vorher nicht angegeben	115	92	107	92	125 40	97 46	94 41	
44	Bremen	a) ) b) ) c) )	Wie bei Nummer 40								
45	Hamburg	a) ) b) ) c) )	Wie bei Nummer 40								

Laufende Nummer	Bezirk der Berufs- genossenschaft nebst Zwangsversicherungs- grenze	Anzahl der erstmalig entschädigten (bei Nummer 41 und 46: der gemeldeten) Unfälle									
			1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
46	Unterelsaß 2000 Bruttoeinkommen	a)	1826	2139	2299	2081	2148	2143	1844	1633	1160
		b)	?	1511	1636	1264	1550	1559	1312	1194	?
		c)	?	67,37	71,16	60,74	72,16	72,75	71,14	73,11	?
47	Oberelsaß — (1000)	a)	521	514	665	550	587	598	604	596	625
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben								
		c)									
48	Lothringen (Zwangsversicherung, wenn die Grundstücke mit höchstens 1050 Mark Reinertrag zur Grund- steuer veranlagt sind)	a)	448	516	644	563	549	547	500	578	596
		b)	Die Jahresberichte enthalten keine Angaben								
		c)									

Aus der Übersicht lassen sich einige überaus wichtige Schlußfolgerungen ziehen.

Naturgemäß kann in den einzelnen Teilen Deutschlands die prozentuale Verteilung der Unfälle auf Unternehmer und Arbeiter schon deshalb keine gleichmäßige sein, weil die Versicherungspflicht der Unternehmer nicht überall bis zur gleichen Einkommenshöhe geht, vielmehr zwischen 600 Mark (Sachsen-Weimar) und 3000 Mark (Westpreußen, Westfalen, Sachsen-Anhalt) schwankt. Mehr noch hängt die Höhe des Unternehmeranteils von der Größe des landwirtschaftlichen Betriebs ab. In Gegenden mit überwiegendem Klein- und Mittelbesitz ist dieser Anteil natürlich relativ groß. So ist bei den süddeutschen Berufsgenossenschaften der prozentuale Anteil der Unternehmer nicht nur wegen der dort bestehenden Ausdehnung der Zwangsversicherung auf sämtliche Unternehmer so hoch sondern vor allem auch wegen des dort überall überwiegenden Kleinbesitzes. Der Hauptsache nach besorgt dort der Besitzer mit seinen Familienangehörigen den landwirtschaftlichen Betrieb allein. Wie die Statistik zeigt, entfällt deshalb dort der größere Teil der entschädigten Unfälle und damit auch der Hauptanteil an den gezahlten Entschädigungen auf die Unternehmer selbst. Das eine folgt aus dem andern. Wenn sich auch der Anteil an den Entschädigungen nicht ganz genau mit der prozentualen Verteilung der Unfälle auf Unternehmer und Arbeiter decken wird, so ist doch eine Verschiebung dieses Unternehmeranteils nach oben oder nach unten nur in engen Grenzen möglich, zumal gegenwärtig auch die Unternehmerentschädigungen nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst der Arbeiter berechnet werden.

Wo vereinzelt noch eine Entschädigung nach dem landwirtschaftlichen Einkommen vorgesehen war, haben die Berufsgenossenschaften diese Bestimmung bald aufgehoben. Der Bericht der brandenburgischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1904 sagt darüber:

»Die Wirkung der neuen statutarischen Vorschriften über die Entschädigung auch der zwangsversicherten Unternehmer und deren Ehefrauen nicht nach dem landwirtschaftlichen Reineinkommen sondern nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter macht sich bereits jetzt ... günstig bemerkbar. ... Es steht zu erwarten, daß das langsamere Anwachsen der

Entschädigungsbeträge auch im neuen Etatsjahr anhalten wird, je mehr eine Minderung beziehentlich Aufhebung der den Unternehmern unter der Herrschaft des früheren Statuts bewilligten hohen Renten eintritt.»

Ebenso sagt der Bericht für das Jahr 1905:

»Die Wirkung der neuen statutarischen Vorschriften über die Entschädigung auch der zwangsversicherten Unternehmer und deren Ehefrauen nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter ist sehr bemerkbar hervorgetreten, insofern die neuen Unfälle von Unternehmern nicht mehr die frühere hohe Belastung mit sich brachten, während die aus den Jahren 1902 und 1903 zu zahlenden höheren Renten aufgehoben oder gemindert werden konnten.«

Endlich aber ergibt sich aus der Tabelle, daß in allen norddeutschen Berufsgenossenschaften, so in den 11 preußischen, in der mecklenburg-schwedischen und der oldenburgischen, seit 1904 bis 1905 die Zahl der entschädigten Unfälle außerordentlich stark gesunken ist. Diese Abnahme ist so augenfällig, und sie steht so sehr im Widerspruch zu der von den süddeutschen Berufsgenossenschaften geübten Rentenfeststellung, daß hier nicht nur ein Zufall vorliegen kann; die Erklärung liegt vielmehr in der Tendenz dieser Berufsgenossenschaften die Unfallversicherungslasten mehr und mehr herabzumindern. Die Jahresberichte der brandenburgischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft lassen klar diese oft erörterte Tendenz erkennen. So sagt der Bericht für das Jahr 1908:

»Dem Grundsatz der Unerheblichkeit geringfügiger Verletzungen, die eine Erwerbsstörung von wirtschaftlicher Bedeutung für den Verletzten nicht bedingen, und mit denen ein Lohnausfall nicht verbunden ist, hat das Reichsversicherungsamt auch im Berichtsjahr Rechnung getragen, ebenso dem Gesichtspunkt der *Übung und der Gewöhnung an den Verletzungszustand*. In dem Bericht über das Ergebnis der örtlichen Erhebungen hebt das Reichsversicherungsamt besonders hervor, daß Verluste von selbst mehr als einem Finger, Steifigkeit mehrerer Fingergelenke sowie Verkürzung gebrochener Knochen, auch wenn sie anfangs durch eine Rente abgegolten werden mußten, in der Regel schon nach kurzer Zeit, oft schon einem Jahr oder weniger, einen wirtschaftlich fühlbaren Ausfall an der Erwerbsfähigkeit selbst bei den auf Lohnarbeit in fremden Betrieben angewiesenen Versicherten, noch weniger aber bei den selbstversicherten, hauptsächlich in ihrem Betrieb tätigen kleinen Unternehmern und deren Ehegatten zweifellos nicht mehr bedingen. Den Sektionen kann deshalb nur stets von neuem dringend empfohlen werden bei den Nachuntersuchungen genaue Erhebungen über das tatsächliche Verhalten der Verletzten im wirtschaftlichen Leben anzustellen. Durch Anfragen bei den Arbeitgebern, den Vertrauensmännern, Amts- oder Gemeindevorstehern wird zu ermitteln sein, welche Arbeiten der Verletzte in der letzten Zeit ausgeführt, ob er gepflügt, geeggt, Dung, Holz usw. geladen und gefahren, gemäht, gemolken, gefüttert, Häcksel geschnitten hat, ob und inwiefern er dabei erkennbar erheblich weniger geleistet hat als früher oder als ein gesunder gleichartiger und gleichaltiger Arbeiter beziehungsweise Unternehmer, ob als Ursache dafür die Unfallfolgen erkennbar waren, wie sein Lohnverdienst als Arbeiter tatsächlich gewesen ist, wieviel eine nicht mit den Unfallfolgen behaftete Person verdient haben würde usw. Werden alle diese Momente ausreichend und einwandfrei festgestellt und bei der Bemessung der Unfallentschädigung berücksichtigt, so dürfte damit einem weiteren erheblichen Anwachsen der Rentenlast vorgebeugt werden. Hierzu sei auf einen Fall der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts hingewiesen, in welchem durch Rekursentscheidung vom 6. November 1908 die einer Häuslerwitwe für eine Augenverletzung gewährte Rente von 25 % der Vollrente aufgehoben wurde, weil die Verletzte, obgleich das Sehvermögen auf dem verletzten Auge durch die infolge des Unfalls zurückgebliebene Hornhautnarbe noch herabgesetzt war, immerhin ein nicht unerhebliches Sehvermögen (Finger auf 3 Meter) behalten und sich an den veränderten Gesamtzustand in den seit dem Unfall verflossenen mehr als 6 Jahren so vollständig gewöhnt hatte, daß sie der Zustand der Augen nicht hinderte alle landwirtschaftlichen Arbeiten, zu denen sie bei ihrem Lebensalter überhaupt fähig war, auszuführen, so daß eine auf die Augenverletzung zurückzuführende wirtschaftlich meßbare Beschränkung der Erwerbsfähigkeit nicht mehr vorlag.«

Die hier zutage tretenden Grundsätze der Berufsgenossenschaft sind natürlich auch bei der erstmaligen Rentenfestsetzung angewandt worden. Sie führten zu dem Resultat, daß fast andauernd ein Sinken der Gesamtausgaben eintritt. Werden zum Beispiel die Ausgaben nach 3 Perioden gegliedert, so beträgt die Zunahme durchschnittlich in den Jahren 1889 bis 1897 140 964,50 Mark, in den Jahren 1898 bis 1904 169 789,49 Mark, während sich in den Jahren 1905 bis 1911 eine durchschnittliche Abnahme von 4459,79 Mark ergibt.

Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob sich nicht auch bei manchen süddeutschen Berufsgenossenschaften in den letzten Jahren das im Norden übliche rigorosere System der Rentenbestimmung durchzusetzen beginnt. Sollte das der Fall sein, so hätten also dort vorwiegend die von Unfällen betroffenen Unternehmer darunter zu leiden. Diese Tatsache scheint mir von erheblicher Bedeutung. Man kann den landwirtschaftlichen Unternehmern an der Hand der statistischen Zahlen zeigen, wie die in den Berufsgenossenschaften ausschlaggebenden Großunternehmer (die Verwaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erfolgt in Preußen zum Beispiel durch die Kreiskommunalverwaltung, deren Vorsitzender der Landrat oder sein Stellvertreter ist) weniger die Interessen der Kleinunternehmer wahrnehmen als vielmehr die Ausgaben für die Berufsgenossenschaft zu verringern trachten. Man sollte diesen Kleinunternehmern dabei auch sagen, daß, wenn erst die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung in Kraft tritt, sie nach § 176 das Recht haben, ihr freiwillig beizutreten, sofern sie regelmäßig nicht mehr als 2 Versicherungspflichtige beschäftigen, und ihr jährliches Gesamteinkommen 2500 Mark nicht übersteigt. Je mehr man sie an der Versicherung interessiert, desto mehr Verständnis werden sie auch für die Rückständigkeiten in der landwirtschaftlichen Versicherung gewinnen, und desto besser werden sie einsehen, daß ihre Interessen sich also in zahlreichen Punkten mit denen der Arbeiter decken.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Haas † Der am 8. Februar in Dresden verstorbene Generalanwalt des Reichsverbands deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, Geheimrat Wilhelm Haas, war eine der markantesten Persönlichkeiten, die die landwirtschaftliche, ja die deutsche Genossenschaftsbewegung überhaupt hervorgebracht hat. Haas wurde am 26. Oktober 1839 in Darmstadt geboren. Er war der Sohn eines Gymnasiallehrers. Er studierte Rechtswissenschaft und trat 1862 in den hessischen Staatsdienst, zunächst als Akzessit, später als Assessor. 1872 gründete er in Friedberg einen landwirtschaftlichen Konsumverein, des-

sen Direktor er wurde, und seitdem ist seine Lebensgeschichte unauflösbar mit der der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung verknüpft. Im Jahr darauf regte er bereits die Errichtung eines *Verbands der hessischen landwirtschaftlichen Konsumvereine* an, der ihn nach seiner Gründung zu seinem Präsidenten erwählte. Nachdem sich, angeregt durch das hessische Vorbild, Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre in den verschiedensten deutschen Bezirken eine Reihe selbständiger landwirtschaftlicher Verbände gebildet hatte, gründete Haas in Gemeinschaft mit den übrigen führenden Männern der Bewegung im Jahr 1883 in Hamburg die *Vereinigung deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften*, die im Jahr

1905 nach der Vereinigung mit den Verbänden Raiffeisenscher Organisation den Namen *Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften* annahm. Haas ist vom Tag der Gründung an bis zu seinem Tod ununterbrochen Leiter dieses Verbandes gewesen, den er zu der Höhe des nach Mitgliederzahl und Umsatz bedeutendsten Genossenschaftsverbands der Welt emporgeführt hat. Auch in anderer Hinsicht hat sich Haas um die Entwicklung, Klärung und Einigung des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens die größten Verdienste erworben. Nachdem er 1900 aus dem hessischen Staatsdienst ausgeschieden war, gehörte seine ganze Kraft der Förderung seines genossenschaftlichen Lebenswerks, das er 1907 durch die Errichtung eines internationalen Bundes der landwirtschaftlichen Genossenschaften krönte.

Gegenüber diesen Verdiensten darf freilich nicht vergessen werden, daß Haas ziemlich einseitiger Agrarier war und für die Arbeitergenossenschaftsbewegung und vor allen Dingen für die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der beiden großen Zweige der Genossenschaftsbewegung, des der ländlichen Produzenten und des der städtischen Konsumenten, leider so gut wie kein Verständnis gezeigt hat. Auf die Schultern des Verstorbenen war übrigens noch eine ganze Reihe anderer Ehrenämter gehäuft, von denen nur noch das eines Präsidenten des hessischen Landtags hier erwähnt sei, welches Amt er in den Jahren 1898 bis 1911 bekleidete.

×

**Frankreich:** So ist es denn Ereignis geworden, was alle guten französischen Genossenschaftler seit Jahren erstrebt haben, was immer wieder an den Schwierigkeiten, die der Sache selbst und dem französischen Temperament entsprangen, zu scheitern schien, was aber unter dem Zwang der praktischen Notwendigkeit sich doch einmal vollziehen mußte: die beiden französischen Genossenschaftsrichtungen, die *neutrale* und die *sozialistische* haben sich in einem großen Landesverband vereinigt. Dies geschah auf dem Kongreß, der am 29. und 30. Dezember 1912 in Tours stattfand, und der von 375 Delegierten, die 598 Genossenschaften vertraten, besucht war. Auch eine ziemlich starke ausländische Delegation war anwesend.

Nachdem in der Vormittagssitzung des 29. die üblichen Begrüßungsformalitäten

erledigt waren, trat der Kongreß am Nachmittag in die Beratung des von einer Kommission ausgearbeiteten Statutenentwurfs ein. Der für die neue Organisation vorgeschlagene Name *Fédération nationale des coopératives de consommation, organe d'émancipation des travailleurs* wurde debattelos angenommen. Auch der den Zweck des Verbandes formulierende Artikel fand einstimmige Annahme, nachdem er durch ein Amendement Albert Thomas' (Punkt 4 und 5) vervollständigt worden war. Die *Nationale Fédération* hat demnach zum Zweck »1. die Sammlung und Organisation der nach den Grundsätzen der Einigungserklärung konstituierten Konsumvereine zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen mit vereinten Mitteln und Kräften; 2. die Entwicklung und Wohlfahrt des Genossenschaftswesens in Frankreich; 3. die Wahrung der Konsumenteninteressen im allgemeinen; 4. die Ersetzung des gegenwärtigen Konkurrenz- und kapitalistischen Systems durch ein anderes, in dem die Produktion im Interesse der Gesamtheit der Konsumenten und nicht zum Zweck des Gewinnmachens organisiert ist; 5. die kollektive und allmähliche Aneignung der Austausch- und Produktionsmittel durch die vereinigten Konsumenten, um letzteren die Reichtümer zu sichern, welche sie geschaffen haben.«

Die einzelnen Aufgaben des Verbandes sind die üblichen der Zentralorganisationen: Presse, Statistik, Agitation, Auskunftserteilung, Pflege der Beziehungen zu anderen Verbänden usw. Eine lebhaft entwickelte sich erst bei Beratung des Artikels, der die Grundsätze für die Aufnahme von Vereinen festlegt, doch fand schließlich die Annahme der vorgeschlagenen Fassung statt. Demnach können dem Verband »alle Vereine beitreten, die auf dem Boden der Grundsätze stehen, die in der Einigungserklärung enthalten sind. Infolgedessen werden nicht aufgenommen Genossenschaften, die von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer politischen oder konfessionellen Organisation verlangen, ferner die Aktienkonsumvereine, die den Anteilbesitzern eine über einen bestimmten Zinsfuß hinausgehende Dividende bezahlen und die die Zahl der Mitglieder beschränken sowie den Mitgliedern nach Maßgabe ihrer Aktien Stimmrecht gewähren und die Generalversammlung nicht als oberstes Organ eingeführt haben.« Bemerkenswert ist, daß der wichtigste Passus dieses Ar-

tikels, nämlich der, der diejenigen Vereine ausschließt, die von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen oder religiösen Organisation fordern, debattelos zur Annahme gelangte. Hierin liegt ohne Zweifel eine Bestätigung des Sieges der neutralen Richtung. Daß es sich dabei nur um die politische Neutralität handelt, während man den wirtschaftlichen Sozialismus der Konsumvereine klar anzuerkennen sich nicht scheut, ist aus der oben wiedergegebenen Fassung des Zwecks des neuen Verbandes deutlich erkennbar. An die Verhandlungen des ersten Tags schloß sich der feierliche Empfang des Kongresses im Rathaus durch den Bürgermeister der Stadt.

Am nächsten Tag wurde die Statutenberatung fortgesetzt. Die meisten Artikel gelangten ohne Debatte zur Annahme. Über die Zusammensetzung des Verbandsvorstands wurde bestimmt, daß er aus Vertretern der Unterverbände und einem Zentralrat von 21 Mitgliedern bestehen solle, die der Kongreß zu wählen hat. Eine längere Diskussion knüpfte sich hingegen an die Frage des Verbandsbeitrags. Es wurde schließlich beschlossen, daß der Beitrag nach dem Umsatz bemessen werden und 3 Centimes für je 100 Francs Umsatz betragen solle. Dieser Beitragsansatz unterliegt aber der Revision durch die alljährlichen Genossenschaftskongresse. Entsprechend dem Beitrag wurde dann auch das Stimmrecht abgestuft: Auf je 100 Francs Beitrag, respektive den Bruchteil davon, soll eine Stimme in der Generalversammlung gewährt werden. Man erinnert sich, daß eine ähnliche, wenn auch stark modifizierte Regelung des Stimmrechts für den *Zentralverband deutscher Konsumvereine* sowie für die *Großeinkaufsgesellschaft* seinerzeit vom Genossenschaftstag zurückgewiesen wurde. Wie mir scheint, mit Unrecht: da dies doch eine Wahlentrechtung der Mitglieder der größeren Vereine bedeutet. Bemerkenswert ist ferner noch der Artikel 7, der auf Vorschlag des Direktors der *Großeinkaufsgesellschaft*, Héliers, bestimmt, daß die Konzentration der Kaufkraft der Konsumvereine und die Verwendung der vorhandenen Produktivkräfte in erster Linie der *Großeinkaufsgesellschaft* zufallen solle, und daß die Bezirksverbände nur dort, wo die *Großeinkaufsgesellschaft* kein Lager besitzt, den gemeinsamen Einkauf organisieren dürfen, dabei aber stets die Offerten der *Großeinkaufsgesellschaft* einzufordern

haben. Auch dürfen sie ohne Zustimmung der Zentralgesellschaft ihre selbstproduzierten Waren nicht außerhalb ihres Bezirks absetzen. Hierin spricht sich also ein starker Wille zur Konzentration aus. Nachdem die Wahlen zum Verbandsvorstand vorgenommen und eine Friedensresolution angenommen worden war, wurde der Kongreß geschlossen, der jedenfalls die weittragendsten Folgen für die Entwicklung der französischen Konsumvereinsbewegung haben wird.

Die Organe des neuen Verbandes haben sich bereits konstituiert. Die beiden Sekretäre der früheren Verbände behalten ihre Stellungen, wobei dem einen die eigentlichen Sekretariatsaufgaben, dem andern die Propaganda und die Redaktion der Verbandsorgane zugewiesen worden sind. Diese Organe sind *Le Bulletin de la Fédération nationale*, das Fachblatt, und *L'Action coopérative*, das der Propaganda dienende Blatt. Beide erscheinen monatlich. Ferner wurden mehrere Kommissionen gebildet: eine juristische Kommission unter Nast, eine Studienkommission unter Thomas, die die Beziehungen der Genossenschaftsbewegung zum gesamten Volksleben studieren, neue Anregungen geben soll usw., ferner ein statistisches und ein technisches Bureau. Der von manchen befürchtete starke Abfall früherer Verbandsvereine bei der Verschmelzung ist erfreulicherweise nicht eingetreten. Nur der Verband des Norddepartements hat den Beitritt abgelehnt, weil der neue Verband im Widerspruch zu den Grundauffassungen des Sozialismus stehe und vom Prinzip des Klassenkampfes abweiche. Doch werden auch diese Leuten hoffentlich bald Vernunft annehmen.

×  
**Partei,** Die ideelle Einheit, die die **Gewerkschaft,** 3 großen Zweige der **Arbeiterbewegung** im Hinblick auf das Ziel einer Emanzipierung der Arbeiterschaft und einer systematischen Ersetzung der privatkapitalistischen Produktionsweise durch eine sozialistische darstellen, soll jetzt in England auch zu einer praktischen werden. Wie den Lesern der *Sozialistischen Monatshelte* aus dem Artikel G. N. Barnes' (in diesem Band, pag. 273 ff.) bekannt ist, fanden am 8. und 22. Februar in Manchester und London Konferenzen von Vertretern der britischen Genossenschaften, Gewerkschaften und der Arbeiterpartei statt, die über die Frage eines engeren Zusammengehens der 3 Organisationen

zu beraten hatten. Die 1. Konferenz, deren Sitzungen geheim abgehalten wurden, nahm eine Resolution an, die ihrer Wichtigkeit halber hier noch einmal wiederholt sei. Sie lautet: »Die hier versammelte Konferenz der Vertreter der Genossenschaften, des parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften und der nationalen Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß es zur Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Volkes empfehlenswert wäre zu praktischen wie zu erzieherischen Zwecken ein engeres Zusammenwirken unter den 3 hier vertretenen Organisationen zu schaffen. Sie meint ferner, daß diese Konferenz sich vertagen solle, um jene 3 Organisationen instand zu setzen einer spätern Konferenz oder eventuell den Mitgliedschaften der hier vertretenen Organisationen geeignete Vorschläge zu machen.« Eine solche spätere Konferenz fand, wie erwähnt, am 22. Februar in London statt, auf der Barnes den 600 Delegierten seine Idee der Schaffung eines gemeinschaftlichen Komitees der 3 Organisationen vorlegte. Als Aufgaben für ein gemeinsames Vorgehen kommen demzufolge vor allem in Betracht: die Regelung der Arbeitsbedingungen in den Genossenschaften im gewerkschaftlichen Sinn, die Anlegung der Gewerkschaftsgelder in den Genossenschaften, die von den Gewerkschaften zu unterstützende stärkere Inangriffnahme der Eigenproduktion, endlich die gemeinsame Beratung gesetzgeberischer Maßnahmen mit der Arbeiterpartei zugunsten der wirtschaftlichen Organisationen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß mit diesem Plan, der übrigens auf Maxwell zurückgeht, die englische Genossenschaftsbewegung bis zu einem gewissen Grad ihrer alten Tradition absolutester Neutralität gegenüber den politischen Parteien untreu wird. Mit dem Hinweis auf die Erfolge, die mit dieser strikten Neutralität seither erzielt worden sind, ist das Projekt denn auch schon in den *Co-operative News* und anderweitig bekämpft worden. So natürlich ein Zusammengehen der 3 großen Bewegungen, dem sich in England übrigens keine gesetzlichen Schwierigkeiten entgegenstellen, an sich scheinen möchte, und so viel auf der Hand liegende Vorteile es verspricht, so darf doch die mögliche Wirkung einer zu engen Lierung mit einer bestimmten Partei auf die politisch anders gesinnten Mitglieder Massen nicht übersehen werden. Ein Zusammengehen von Gewerkschaften und Genossenschaf-

ten allein erweckt jedenfalls geringere Bedenken. Erfreulich an der ganzen Angelegenheit ist sicherlich, daß sie einer wieder mehr idealistischen Auffassung des Genossenschaftswesens entspringt, die sich gegen die überwuchende materialistische Auffassung, wie sie sich im Lauf der Zeit in den Konsumvereinen herangebildet hatte, wendet. Auf alle Fälle werden alle 3 Organisationen, vor allem aber die Genossenschaften, genau zu prüfen haben, ob bei dem neuen Vorgehen die Vorteile oder Nachteile überwiegen, ehe sie auf ihren Jahreskongressen dem Plan ihre Zustimmung geben.

× KurzeChronikDer 10. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine wird vom 16. bis zum 18. Juni 1913 im städtischen Ausstellungspalast zu Dresden stattfinden. × Mit bemerkenswerter Schnelligkeit hat das Sekretariat des Zentralverbands deutscher Konsumvereine die wichtigsten Ziffern für 1912 über die Entwicklung der Verbandsvereine zusammengestellt. Demnach erzielten sämtliche angeschlossenen Konsum-, Produktiv- und ähnliche Genossenschaften im Jahr 1912 einen Umsatz von 602 879 099 Mark gegen 506 011 287 Mark im Jahr vorher. Davon entfielen 571 214 179 (475 789 250) Mark auf den Umsatz im eigenen und 31 764 920 (30 222 037) Mark auf den im Lieferantengeschäft. Von den abgesetzten Waren entstammten für 103 956 053 (80 990 422) Mark eigenen Produktivwerkstätten. Eine wesentliche Vermehrung hat auch die Zahl der in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Personen gefunden; sie stieg in der Warenverteilung von 16 882 auf 20 119, in der Warenherstellung von 5057 auf 6292. Die spezifizierten Zahlen werden nach Erscheinen der offiziellen Verbandsstatistik hier wiedergegeben werden. × Die Zahl der Konsumvereine des Zentralverbands mit Millionenumsätzen ist von 43 im Jahr 1906 auf 63 im Jahr 1910 und 73 im Jahr 1912 gewachsen. An erster Stelle steht dabei der Konsumverein Leipzig-Plagwitz mit 23 983 213 und die Hamburger Produktion mit 21 710 679 Mark Umsatz. × Am 27. und 28. März fand in Hamburg die 2. Konferenz der Genossenschaftssekretäre statt, die von sämtlichen 17 Vereinen, die bis jetzt Sekretäre angestellt haben, beschickt war. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Fragen



der konsumgenossenschaftlichen Organisation und Agitation, der Abhaltung von Unterrichtskursen, der Einführung der Volksversicherung usw. und besichtigte sodann die Anlagen der Großeinkaufsgesellschaft und der Produktion, darunter auch das Gut Schwanheide. × Am 14. März eröffnete die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend in feierlicher Weise ihre 100. Verkaufsstelle. Die Genossenschaft zählt gegenwärtig 73 000 Mitglieder und ist damit in dieser Beziehung unter den Vereinen des Zentralverbands an die erste Stelle gerückt. Der Februarumsatz betrug 1,3 Millionen Mark; der voraussichtliche Jahresumsatz wird auf 15 Millionen Mark geschätzt. × Der Absatz der englischen Großeinkaufsgesellschaft an genossenschaftliche Organisationen anderer Länder erreichte 1912 die Höhe von 351 400 Mark gegen 331 060 im Vorjahr. Zum großen Teil handelt es sich dabei um den Export eigener Produkte. × Die irischen Molkereien der englischen Großeinkaufsgesellschaft wiesen 1912 abermals ein Defizit und zwar von 11 740 Mark auf. Es wurden im letzten Jahr wieder 4 Hilfsmolkereien aufgelöst, so daß sich gegenwärtig nur noch 4 Haupt- und 10 Hilfsmolkereien im Besitz der Großeinkaufsgesellschaft befinden. × Im Jahr 1911-1912 gab es in Belgien 205 Arbeiterkonsumvereine (gegen 205 im Vorjahr) mit 170 748 (157 478) Mitgliedern, einem Umsatz von 47 573 587 (44 900 000) Francs und einem Überschuß von 5 124 310 (4 250 223) Francs. Die größte belgische Konsumgenossenschaft, die *Maison du Peuple*, hatte bei 32 833 Mitgliedern einen Umsatz von 6 795 000 Francs und einen Überschuß von 756 800 Francs. Die zweitgrößte, der *Center Vooruit*, brachte es bei 9291 Mitgliedern auf einen Umsatz von 4,1 Millionen und einen Überschuß von 750 000 Francs. × In den Vereinigten Staaten ist jetzt ein Genossenschaftsbund im Entstehen begriffen, der den Namen *Co-operative Federation* tragen soll. Der Bund soll alle Arten von Genossenschaften umfassen und zu diesem Zweck in verschiedene Sektionen eingeteilt werden. × Der Vorstand des Zentralverbands österreichischer Konsumvereine plant die Errichtung von 4wöchigen Unterrichtskursen zur Ausbildung von Geschäftsführern. Der erste Kursus wird im September und Oktober in einer nordböhmisches Stadt abgehalten werden. × Die Deutsche

Gartenstadtgesellschaft unternimmt vom 17. bis zum 27. August wieder eine Studienreise nach England zum Besuch der dortigen Gartenstadtsiedlungen. Der Preis stellt sich für die Teilnehmer auf 300 Mark.

### Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Erbrecht des Staates** Die Reichsregierung hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über das

Erbrecht des Staates vorgelegt. Danach soll der Fiskus als gesetzlicher Erbe auftreten, sofern nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs Abkömmlinge von Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der 4. Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen zur gesetzlichen Erbfolge berufen sind. Materiell deckt sich der Entwurf mit der Gesetzesvorlage von 1908, die nicht zur Verabschiedung gekommen ist. Abweichend von dem früheren sieht der vorliegende Entwurf aber davon ab in die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Erbfolge formell ändernd einzugreifen. Er beschränkt sich darauf zu bestimmen, daß der Fiskus, abgesehen von den Fällen seines bisherigen gesetzlichen Erbrechts, als gesetzlicher Erbe an die Stelle der zur gesetzlichen Erbfolge berufenen Abkömmlinge von Großeltern oder der Verwandten der 4. Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen tritt. Soll das Gesetz auch lediglich fiskalischen Zwecken dienen, zur Deckung der Wehrvorlagen, so kommt in dem Entwurf doch immerhin ein sozialistischer Gedanke zum Ausdruck. Bei einer bestimmten Grenze soll das Erbrecht der Verwandten aufhören, soll der Staat, soll die Gesamtheit Erbe sein.

Zur Begründung ihres Entwurfs weist die Regierung darauf hin, daß das ältere deutsche Recht ebensowenig ein schrankenloses Erbrecht gekannt habe wie das ältere römische Recht. Das ist insofern interessant als die Regierung an die Zeiten erinnert, in denen das private Eigentum noch sehr unentwickelt war, der genossenschaftliche Besitz vorherrschte. Eine schrankenlose Verwandtenerbfolge, wie sie das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch aufweist, erkennen auch keineswegs die Gesetzgebungen der fremden Staaten an. Am weitesten in der Einschränkung ist, wie die Begründung des Regierungsentwurfs feststellt, eine Anzahl amerikanischer Staaten vorgeschritten. Von den europäischen Staaten haben sich Frankreich und Österreich wenigstens grundsätzlich auf den Boden einer

beschränkten Verwandtenerbfolge gestellt. Und das schweizerische Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 geht bereits so weit, daß es die Erbberechtigung der Blutsverwandten mit dem Stamm der Großeltern aufhören läßt. Statt an die ausgeschlossenen Verwandten fällt die Erbschaft an den Kanton, in dem der Erblasser den letzten Wohnsitz gehabt hat, oder an die Gemeinde, die von der Gesetzgebung dieses Kantons als berechtigt bezeichnet wird. Die Urgroßeltern des Erblassers haben jedoch auf Lebenszeit die Nutznießung an dem Anteil, der den von ihnen abstammenden Nachkommen angefallen wäre, wenn diese den Erbfall erlebt hätten.

Von klerikaler und konservativer Seite wird gegen dieses Erbrecht des Staates mobil gemacht, weil es dazu beitrage die Familienbande zu lockern; dagegen konstatiert die Regierung in der Begründung des Entwurfs: es sei eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß sich das Gefühl des Familienzusammenhangs in den weitesten Kreisen des heutigen Volkslebens über die nächsten Verwandtschaftsgrade hinaus außerordentlich rasch verflüchtige, und daß auch ein schrankenloses Verwandtenerbrecht diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermöge. Und damit, so kann man hinzufügen, auch nicht die Entwicklung, den weiteren Ausbau des Erbrechts des Staates.

#### Wasserwirtschaft

Die Kraft des Wassers gewinnt eine stets wachsende Bedeutung für die Produktion und den Verkehr wie für das häusliche Leben, und dem Staat ist die dringende Aufgabe erwachsen das Eigentumsrecht an Gewässern, den Quellen, Bächen, Flüssen, natürlichen Teichen und Seen, das sich meistens erst im 19. Jahrhundert herausgebildet hat, wieder zu beseitigen. Die neuen Wassergesetze in Sachsen und Preußen sollten nach den Entwürfen der Regierungen diesen Zweck haben, der freilich durch das Verhalten der Landtagsmehrheiten nicht vollständig erreicht worden ist. Aber der Sozialismus setzt sich trotzdem durch. Von den 1450 000 Pferdestärken der Wasserkräfte waren bereits bei der letzten Gewerbezahlung 868 000 in Benutzung, die im wesentlichen Kraftzentralen dienten, die Gemeinden oder dem Staat gehören. Seit dieser Zeit hat die Ausnutzung der Wasserkräfte einen großen Aufschwung genommen. Von den bestehenden Kraftzentralen, die in der

Hauptsache nicht privaten Unternehmern gehören, haben die größten Wasserbetrieb. Innerhalb 30 Jahren sind bis zur Gegenwart von Staat und Gemeinden in Deutschland 31 Talsperren erbaut worden. Geplant sind etwa 50. Der Güterverkehr auf den deutschen Flüssen ist von 1763 Millionen Tonnenkilometer im Jahr 1875 auf 9348 Millionen Tonnenkilometer im Jahr 1900 gestiegen. Im Jahr 1909 wurden 118 495 448 Tonnen Güter auf den deutschen Flüssen befördert, gegen 365 314 950 Tonnen Eisenbahngüterverkehr. Die 26 191 Schiffe mit 5 914 020 Tonnen Tragfähigkeit, die 1907 gezählt wurden, gehören vorwiegend einigen großen Gesellschaften, und von einem freien Schiffsverkehr kann bei der Vertristung der Schifffahrt auf den Binnengewässern keine Rede mehr sein. Aber auch die fließenden Gewässer sind längst keine natürlichen Wasserstraßen mehr. Bis 1894 sind in Deutschland neben den Kanälen 3088,57, seit 1894 auch 3039,9 Kilometer Flüsse so ausgebaut worden, daß sie erst schiffbar wurden. Auch für die anderen Flüsse sind unzählige Millionen aufgewandt worden, so daß die Flüsse heute ebenso wenig natürliche Verkehrswege sind wie die Kanäle und die Eisenbahnlinien. Die Überführung der gesamten Schifffahrt in den Besitz des Staates wird ebenso zur Notwendigkeit wie es bei den Eisenbahnen der Fall war. Das private Eigentumsrecht hindert zudem auch ganz besonders die Gemeinden an der Versorgung ihrer Einwohner mit gutem Trinkwasser.

Nachdem nun das preußische Wassergesetz wenigstens ein einheitliches Wasserrecht in Preußen geschaffen hat, ist damit die Grundlage zu einem Reichswassergesetz gegeben, das sehr notwendig geworden ist. Nach einer Übersicht, die A. Kloeß in seinem wertvollen und materialreichen Grundriß der Wasserwirtschaftslehre (*Die deutsche Wasserwirtschaft* /Halle, Knapp/) gibt, ist das Gesetz von Lippe-Deimold vom Jahr 1859 das einzige Wassergesetz in Deutschland, das alle fließenden Gewässer als Gemeingut bezeichnet. Alle anderen Bundesstaaten unterscheiden zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Gewässern. Einem Reichswassergesetz steht zwar der Artikel 65 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch entgegen, nach dem die Regelung des Wasserrechts den Bundesstaaten vorbehalten bleiben soll. Trotzdem wird das Gesetz kommen; die Ent-

wicklung treibt dazu, und das Wasser wird wieder Gemeingut werden, wie es die Sozialisierung der Wasserwirtschaft verlangt.

× **Kabelwesen** In Schmollers *Jahrbuch* plädiert Max Roscher (Berlin) mit guten Gründen für eine Verstaatlichung des gesamten Weltkabelnetzes. Merkwürdigerweise ist die erste Errichtung von Kabellinien und der Ausbau des Weltkabelnetzes in der Hauptsache auf private Unternehmer zurückzuführen, obwohl diese Verkehrseinrichtung ohne staatliche Mitwirkung gar nicht durchgeführt werden kann. Der Staat, mit Ausnahme Frankreichs, beschränkte sich bis Ende des vorigen Jahrhunderts auf die Legung kurzer Küstenkabel. Trotzdem aber zeigt sich bereits, daß vielfach die private Tätigkeit die Legung von Kabeln nicht ohne weiteres, namentlich dann nicht ausreicht, wenn es sich nicht um die großen, rentabelsten, den Hochstraßen des Weltverkehrs nachgehenden Linien handelt. Besonders ist dies in der letzten Epoche, in diesem Jahrhundert, der Fall, wo der Ausbau des Netzes beendet und die Legung von Kabeln vielfach aus politischen, nationalwirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten geschieht. Die staatliche Mitwirkung war von Anfang an schon notwendig, um dem Privatunternehmen von den Staaten das Landungsrecht zu verschaffen. Außerdem zeigt die geschichtliche Entwicklung die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens aus politischen Gründen, die den Staat veranlassen den Privatunternehmungen gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht konnte der Staat die nicht öffentlichen Erwerbsgesellschaften, die natürlich nur eine möglichst günstige Gestaltung des Reinertrags erzielen wollen, nicht völlig sich selbst überlassen. Dem Seekabelwesen wohnt ferner ein großer Einheitsdrang inne, der sich bei der Anlage neuer Kabel und ihrer Einfügung in das Netz, bei der Regelung des Betriebsdienstes, bei der Sicherung eines glatten Verkehrsabschlusses auch in Störungs- und sonstigen außergewöhnlichen Fällen, bei allen Fragen der Organisation äußert. Der Staatsbesitz ist deshalb vor allen Dingen wegen der faktischen Monopolstellung und der Zentralisationstendenz der Seekabel, wegen der Bedenken gegen die private Kapitalbeschaffung, der einseitig auf möglichst hohen Reingewinn hinielenden Tarifpolitik der Privat-

unternehmung und wegen etwaigen Mißbrauchs der Anlagen besser zur Erfüllung der wichtigen Aufgaben auf dem Gebiet des Seekabelwesens geeignet als der Privatbesitz. Wenn Max Roscher trotzdem glaubt, die private Unternehmung sei häufig notwendig, namentlich aus politischen und völkerrechtlichen Gründen, so spricht er gegen seine eigene Beweisführung, die dem Staatsbesitz unter allen Umständen den Vorzug gibt.

Der Anteil der Staats- und der Privatkabel am Weltkabelnetz war im Jahr 1911 (in Kilometer) der folgende:

Staat	Staatsbesitz	Privatbesitz
England	25 693,311	241 798,439
Vereinigte Staaten	7 027,727	93 802,594
Frankreich	22 474,345	22 327,169
Deutschland	5 533,454	35 127,452
Dänemark	852,495	16 797,303
Niederlande	5 626,658	—
Japan	7 530,665	—
Spanien	5 802,555	—
Italien	2 359,234	—
Verschiedene Länder	6 854,634	51,940

Es sind also gerade die größeren Länder, die einen starken Privatbesitz haben, während Holland, Japan, Spanien und Italien, deren Linien nicht geeignet sind hohe Gewinne abzuwerfen, nur Staatsbesitz aufweisen. Insgesamt waren im Jahr 1911 im Staatsbesitz 89 755,078 Kilometer gegen 37 125 im Jahr 1895, im Privatbesitz aber 409 814,897 Kilometer gegen 280 901 im Jahr 1898. Prozentual hat demnach der Staatsbesitz mehr zugenommen als der Privatbesitz; dies will aber wenig bedeuten. Deutschlands Staatsbesitz am Weltkabel ist in dem genannten Zeitraum nur von 4127 auf 5 533,454 Kilometer gestiegen, der Privatbesitz aber von 2059 auf 35 127,452 Kilometer. Und die Linien der privaten Gesellschaften sind die rentablen, während dem Staat nur solche verbleiben, die Zuschuß erfordern. Aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ist also auf eine Verstaatlichung aller Kabellinien hinzuwirken.

× **Bayern: Kraft-** Die planmäßige Versorgung des ganzen Königreichs Bayern, die von der bayerischen Staatsregierung in die Wege geleitet worden ist, hat nun erhebliche Fortschritte gemacht. In der Pfalz, in Mittelfranken, Schwaben und Teilen Oberfrankens ist bereits mit dem Bau der Leitungsnetze begonnen worden. Die Ausführung des Plans ist aller-

dings privaten Unternehmern überlassen worden, jedoch in der Weise, daß die Einrichtungen nach einer bestimmten Zeit in Gemeinbesitz übergehen. Den einzelnen Gesellschaften sind bestimmte Richtpunkte vorgeschrieben, die in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine möglichst einheitliche Versorgung des Landes gewährleisten. Die Konzession wird in der Regel auf 50 Jahre erteilt; doch können der Staat, die Kreise und Gemeindeverbände schon nach wenigen Jahren die Anlagen unter einem bestimmten Ablösungsmodus übernehmen. Die Stromtarife unterliegen staatlicher Genehmigung und dürfen nicht erhöht werden. Alle 5 Jahre werden sie revidiert und müssen bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen ermäßigt werden. Vertraglich ist festgelegt, bis wann jede einzelne Gemeinde mit Elektrizität versorgt sein muß.

Das private Kapital wird hier also herangezogen, damit es unter der Aufsicht und der Oberleitung des Staates eine Einrichtung schaffen helfe, die von vornherein dazu bestimmt ist der Gesamtheit nicht nur zu dienen sondern ihr nach einer bestimmten Frist auch zu gehören. So hat sich auch bisher schon öfter die Entwicklung vollzogen, die zum Sozialismus führt.

× **Kurze Chronik** Die sächsische Regierung hat neuerdings wieder durch ihren Vertrauensmann große Kohlenfelder ankaufe vollzogen. Für diese Ankaufe hatte der Landtag 60 Millionen Mark bewilligt. Die in Staatsbesitz übergehenden Kohlenfelder können jetzt bereits die sächsische Eisenbahn 500 Jahre hindurch mit Brennmaterial versorgen. Auch plant die sächsische Regierung die Anlage großer Kraftzentralen, um mit der Elektrisierung der Bahnen beginnen zu können. × Ein staatliches Elektrizitätswerk ist in der Nähe von Königswartha (Sachsen) geplant. Das Werk soll die elektrische Kraft zum Betrieb einer Anzahl Staatsbahnen liefern. × Die Handels- und Gewerbekommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen die Petition des Reichsverbandes deutscher Städte in Pleß um Einrichtung von amtlichen Beratungsstellen über Überlandzentralen der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. × Der Kongreß der Kaliarbeiter Deutschlands (siehe die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* in diesem Band, pag. 438) forderte in einer Resolution die

gesetzgebenden Körperschaften des Reiches auf, schnelle und durchgreifende Vorsorge gegen die gemeingefährliche Weiterentwicklung der Zustände in der Kaliindustrie zu treffen. Die gute Absicht des Gesetzgebers, durch das Kaligesetz vom 25. Mai 1910 den unwirtschaftlichen Werksgründungen in der Industrie entgegenzuwirken werde durch die jede Rücksicht auf das Gemeinwohl mißachtende Gründerwirtschaft, namentlich aber durch die Ausführungsbestimmungen vereitelt.

× **Literatur** Dem Bestreben des Verlags Duncker & Humblot in Leipzig die namhaften Vertreter der italienischen sozialen Wissenschaft dem deutschen Leserkreis zugänglich zu machen dient Dr. J. Blumsteins Übersetzung eines Buches des Universitätsprofessors Emanuel Sella, betitelt *Der Wandel des Besitzes*. Sella macht mit dieser Arbeit den Versuch eine Theorie des Reichtums als Organismus zu begründen, nach der die Zukunft in der Bildung internationaler, interstaatlicher Produktionsverbände und Berufsgenossenschaften liege, die die Leitung der Wirtschaft bewußt in die Hände nehmen, unter Verwertung der mächtigsten Mittel zur wirtschaftlichen Eroberung: der Wissenschaft und der Technik. Da die Familie sich aber gar oft unfähig erweise die größtmögliche Verwertung des Reichtums zu bewerkstelligen, stehe es dem Staat zu einen Teil der Güter als Lebenskosten des Ganzen zu betrachten und zwangsweise aufzutreiben. × In seiner Schrift *Die deutschen Überlandzentralen und ihre wirtschaftliche Bedeutung als Kraftquelle für den Kleinbetrieb in Landwirtschaft und Gewerbe* (Berlin, Siemenroth) gibt Dr. Walter Straus eine gute Übersicht über die Entwicklung und die Aussichten der großen Kraftzentralen für die Zukunft. Ein Anhang enthält das vollständige Verzeichnis aller Überlandzentralen nach dem Stand vom Jahr 1911, ferner eine Karte, aus der zu ersehen ist, wie viele Gebiete Deutschlands bereits mit solchen Kraftanlagen versehen sind.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Kurt Grelling

**Realitätsproblem** Seit den Zeiten Heraklits und der Eleatischen Schule ist das Realitätsproblem nicht aus dem Streit der Philosophen

verschwunden. Es ist das Problem, ob die Welt der Farben und Töne, wie sie uns die Sinne zeigen, wirklich existiert oder nur ein Trugbild ist; ob die Welt der Kräfte und bewegten Massen, die uns die Wissenschaft zeigt, die wahre Wirklichkeit, oder vielleicht auch sie nur Erscheinung einer andern unvorstellbaren Welt ist. Die verschiedenen Teilprobleme, die in diesen Fragen stecken, sind nicht immer mit der nötigen Deutlichkeit geschieden worden. Man hat vor allem zwei Verhältnisse mit einander verwechselt, nämlich dasjenige von Erscheinung zum Ding an sich mit dem der Vorstellung (Denken, Erkenntnis) zu ihrem Gegenstand. Dadurch gelangt man zu folgender Disjunktion: Entweder die Dinge außer uns existieren an sich, oder sie sind nur in unserer Vorstellung; und wenn man nun die eine dieser Alternativen widerlegt hat, so glaubt man damit die andere bewiesen zu haben. Die obige Disjunktion ist aber unvollständig. Um dies einzusehen, muß man beachten, daß die Vorstellung und ihr Gegenstand zwei selbständige Realitäten sind, die zu einander in einer gewissen Beziehung der Adäquatheit oder der Inadäquatheit stehen, während der Erscheinung gerade keine Realität zukommt sondern in ihr etwas anderes erscheint, nämlich das Ding an sich. Wenn zum Beispiel der Baum, den ich sehe, nicht so wie ich ihn sehe an sich existiert, so ist doch meine Vorstellung durchaus verschieden von diesem Baum. Kant hat diesen Unterschied wohl beachtet, und gerade aus diesem Grund hat er den subjektiven Idealismus Berkeleys so scharf abgelehnt. In der kantischen Schule ist aber diese Unterscheidung wieder verloren gegangen, und vor allem Schopenhauer ist es zuzuschreiben, daß heute der transzendente Idealismus Kants ziemlich allgemein so mißverstanden wird, wie Schopenhauer selbst ihn mißverstanden hat. Von der erwähnten Verwechslung ist auch Frischeisen-Köhler nicht frei, wie sein Buch *Wissenschaft und Wirklichkeit* /Leipzig, Teubner/ zeigt. Frischeisen-Köhler beschäftigt sich im 1. Teil mit dem logischen Idealismus der Marburger Schule und mit der Philosophie der Werte der Windelband-Rickertischen Schule. Beide lehnt er ab, wenn er auch in beiden einen richtigen Kern findet. Der 2. Teil ist der Darstellung seiner eigenen Lehre gewidmet. Sein Standpunkt ist der des Bewußtseins. Er geht von dem Satz aus, daß alles Gegebene als Inhalt eines Bewußtseins ge-

geben ist. Damit lehnt er das ab, was er *transzendentalen Realismus* nennt, nämlich die Annahme von Realitäten, die unabhängig von jedem Bewußtsein sind. Das Bewußtsein aber, von dem alle Gegenstände abhängig, oder, wie es zuweilen auch heißt, in dem alle Gegenstände sind, ist nun nicht etwa das individuelle Bewußtsein irgendeines Menschen sondern das »Bewußtsein überhaupt«. Was ist das? Kant, der meines Wissens zuerst diesen Ausdruck in die Philosophie eingeführt hat, versteht darunter unser Bewußtsein um die objektive Gültigkeit einer Erkenntnis, die wir im Urteil aussprechen, im Gegensatz zu der bloß subjektiven Gültigkeit einer Wahrnehmung. Die Späteren haben daraus eine Art überindividuellen Bewußtseins gemacht, etwa wie der Weltgeist Hegels, sie haben also eine psychologische Abstraktion zu einem metaphysischen Wesen hypostasiert. Eine ähnliche Rolle spielt dieser Begriff auch bei Frischeisen-Köhler. Zwar ist er »zunächst eine bloße Abstraktion aus dem Erleben und für sich vorgestellt ein bloßer Gedanke im psychologischen Ich«, aber »andererseits liegt dieses Ich in allen seinen Momenten ganz innerhalb des Bewußtseins überhaupt«. Man fragt sich vergebens, wie das Ich »einerseits« ganz innerhalb von etwas liegen kann, das »andererseits« ein bloßer Gedanke in ihm ist. Dieses Bewußtsein überhaupt ist, wie wir an einer andern Stelle erfahren, niemals entstanden, es ist an keinem Ort und in keiner Zeit; denn es ist die Voraussetzung für alle Bestimmungen des Raumes und der Zeit. Kein Zweifel, wir haben es hier mit einem Schulbeispiel einer Platonischen Idee zu tun. Das, was mehreren Gegenständen gemeinsam ist, wird hier zu einer Wesenheit neben und über diesen einzelnen Gegenständen hypostasiert. Damit verliert nun aber auch die Behauptung, die Wirklichkeit sei Inhalt des Bewußtseins, jede Bedeutung. Es ist demnach auch klar, daß diese Behauptung den Solipsismus nicht einschließt, ja daß sie mit ihm gar nichts zu tun hat. Dem Solipsismus gegenüber befindet sich nun Frischeisen-Köhler von vornherein in einer schwierigen Situation. Er behauptet nämlich, daß zum Beispiel die selbe Münze, die von 21 Historikern betrachtet wird, nicht identisch ist. Womit? Mit sich selbst wahrscheinlich. Also betrachtet jeder von beiden eine andere Münze? Dann ist es aber doch nicht die selbe. Gemeint ist vermutlich, daß die Vorstellungen der bei-

den Betrachter nicht identisch sind. Das ist aber trivial. Hier liegt eben jene Verwechslung zugrunde, von der ich zu Anfang sprach. Die Vorstellung wird dem Verfasser unter der Hand zu einer Erscheinung, die nun selber wahrgenommen wird, während der Gegenstand selbst nur gemeint ist. So gelangt er zu dem Satz von der Einsamkeit der Eigenerfahrung. Das klingt sehr tief sinnig, besagt aber nicht mehr als die Selbstverständlichkeit, daß wenn A und B den selben Gegenstand wahrnehmen, die Wahrnehmung des A numerisch und vielleicht auch inhaltlich verschieden ist von der des B. Dieser Einsicht gegenüber erhebt sich nun das Problem des Transsubjektiven: Gibt es eine von meinem individuellen Bewußtsein unabhängige Welt, die als gemeinsames Objekt der Bewußtseinerlebnisse verschiedener Subjekte angesehen werden kann? Der Verfasser hat gesehen, daß, wenn das Problem so gestellt ist, die Existenz der Außenwelt auf keine Weise zu erschließen ist. Aber er weiß einen Ausweg: Sie kann erlebt werden und wird tatsächlich erlebt. Und zwar soll es, wie der Verfasser im Anschluß an Dilthey lehrt, das Widerstandserlebnis bei der Willkürbewegung sein, durch das die Existenz der Außenwelt garantiert wird. Ich muß gestehen, daß diese Beweisführung stark an das drastische Argument erinnert, durch das in der bekannten Anekdote der Vater seinen solipsistischen Sprößling widerlegt; dieses Argument ist — eine kräftige Ohrfeige. Man wird diesem Argument eine gewisse Überzeugungskraft nicht absprechen können; dennoch ist es wohl ein wenig zu sehr *ad hominem*. Der konsequente Solipsist wird sich auch damit abfinden, ebenso wie mit dem Widerstandserlebnis Diltheys. Die ganze Frage ist eine solche der Beweislast. Wenn man dem Solipsisten, wie überhaupt dem Skeptiker gegenüber nach dem Grundsatz *Neganti est maior potestas* verfährt, so wird man immer den kürzern ziehen. In Wahrheit ist aber ein jeder von uns zunächst von der Realität der Gegenstände seiner Wahrnehmung überzeugt, und diese Überzeugung ist einer Begründung weder fähig noch bedürftig; wer ihr Recht bestreitet, hat also die Aufgabe seinen Zweifel zu begründen. Dagegen verfällt jede Erkenntnistheorie, die den Zweifel an der objektiven Gültigkeit unserer Erkenntnis zu widerlegen versucht, in einen Zirkel. Hierfür hat Nelson den Nachweis erbracht. Auch Frischeisen-Köhler

beschäftigt sich mit diesem Nelsonschen Argument. Obgleich er ihm eine gewisse Berechtigung nicht abstreitet, glaubt er doch einen Fehler darin nachweisen zu können. Dieser soll in folgendem bestehen: Nelsons Beweis stützt sich unter anderm darauf, daß ein Kriterium für die objektive Gültigkeit der Erkenntnis selbst erkannt werden müsse. Dagegen wendet Frischeisen-Köhler ein, es könne auch erlebt werden, wie zum Beispiel die Annehmlichkeit der Erkenntnis, falls jemand diese als Kriterium ihrer Wahrheit in Anspruch nehmen sollte. Aber es ist ja vorausgesetzt, daß die Wahrheit einer jeden Erkenntnis schlechthin in Zweifel gezogen wird; dann gehört dazu auch die Erkenntnis von der Annehmlichkeit einer gewissen Erkenntnis, mag diese sich nun im Erlebnis oder sonstwie vollziehen. Sicherlich sind wir, wie der Verfasser schreibt, darüber, ob uns etwas angenehm ist, nicht leicht im ungewissen; aber das selbe gilt für die Existenz irgendwelcher von uns wahrgenommenen Gegenstände. Nur läßt sich diese Gewißheit durch keinen wie immer gearteten Beweis stützen.

Der hier von mir vertretene Standpunkt gegenüber dem Realitätsproblem ist ungefähr auch derjenige von Fr. R. Lipsius, der ihn in seinem Buch *Einheit der Erkenntnis und Einheit des Seins* /Leipzig, Kröner/ vertritt. Bei der Besprechung dieses inhaltsreichen Buches will ich mich diesmal auf die Teile beschränken, die sich mit dem Realitätsproblem beschäftigen. Gegenüber dem Dogma der *kritischen* Philosophie, wonach das ursprünglich Gegebene die Vorstellung oder das subjektiv Erlebte sei, fragt er nach der Begründung dieses angeblichen Axioms. Mit Recht auch setzt er das Wort *kritisch* zwischen Anführungszeichen, denn das erwähnte Dogma ist weiter nichts als ein Mißverstehen der echten kritischen Methode. Diese besteht allerdings auch in einer subjektiven Wendung der Philosophie, aber in dem Sinn, daß sie dem Philosophen die Aufgabe stellt vor aller Spekulation die Organisation der menschlichen Vernunft zu erforschen und dadurch festzustellen, welcher Erkenntnisse diese überhaupt fähig ist. Freilich begeht Lipsius einen historischen Irrtum, wenn er meint, es sei Wundts Verdienst das subjektivistische Vorurteil aufgedeckt zu haben, und dies eine kopernikanische Tat nennt, die diese Bezeichnung mit ungleich größerem Recht trage als diejenige Kants. Diese

Erkenntnis war längst vorhanden; mindestens hat Fries sie lange vor Wundt gelehrt, und erst die neukantische Erkenntnistheorie hat sie im Bund mit Schopenhauer wieder verschüttet. Aber dies ist nur eine historische Frage. Sachlich sind wir in diesem Punkt einig, und deshalb unterschreibe ich auch die Kritik, die Lipsius an der neukantischen Erkenntnistheorie übt. Wenn zum Beispiel Liebmann den Verkehr mit unseresgleichen heranzieht, um darauf die Existenz der Außenwelt zu begründen, so wendet Lipsius dagegen ganz mit Recht ein, daß ein in der Einsamkeit aufwachsender Kaspar Hauser gewiß nicht zum Solipsisten sondern vielmehr zum hartnäckigen Realisten werden würde. Weniger glücklich scheint mir die Polemik gegen Kant, speziell in dem Kapitel über die Grenzen der Erkenntnis, das ja auch das Realitätsproblem behandelt. Die Schwierigkeiten, die die Kantische Erkenntnistheorie bietet, sind ja bekannt. In den kritischen Hauptschriften und speziell in der Kritik der reinen Vernunft überdecken sich eine Anzahl verschiedener Ansichten, so daß es nicht schwer ist jede einzelne Behauptung durch eine andere zu widerlegen. Da die meisten Interpreten sich nicht die Mühe genommen haben diese verschiedenen Standpunkte zu sondern, so wiederholt sich bei ihnen die Verwirrung. Fruchtbar kann aber die Erörterung nur werden, wenn diese Sonderung reinlich vollzogen ist und jede einzelne Kantische Ansicht für sich kritisiert wird. Vorbildlich auch hierin ist wiederum Nelson, und ich kann nur jedem, der sich für diese Fragen interessiert, die Lektüre seiner *Untersuchungen über die Entwicklungsgeschichte der Kantischen Erkenntnistheorie (Abhandlungen der Friesschen Schule*, 3. Band, pag. 33 ff.) sowie der einschlägigen Kapitel seines mehrfach von mir erwähnten Buches *Über das sogenannte Erkenntnisproblem* angelegentlich empfehlen. Doch um auf Lipsius zurückzukommen, so begnügt auch er sich meist damit Kant durch Kant zu widerlegen, ohne zu prüfen, ob nicht eine der verschiedenen von Kant vertretenen Ansichten haltbar sei. Ihm scheint das Resultat der Vernunftkritik zu sein, daß es nur Vorstellungen gibt. So daß also Kant am Ende doch ein Anhänger des subjektiven Idealismus wäre, den er in der 2. Auflage der Kritik ausdrücklich widerlegt. Allerdings macht Lipsius mit Recht gel-

tend, daß diese Widerlegung eigentlich keine sei. Nach dem oben Gesagten halte ich eine solche Widerlegung auch gar nicht für möglich. Aber die Tatsache dieses Widerlegungsversuchs beweist doch unzweideutig, daß Kant bei der Abfassung der 2. Auflage der Vernunftkritik diesen Idealismus verwarf. In der Tat finden sich auch die Stellen, an denen Kant die Erscheinungen als bloße Vorstellungen bezeichnet, soweit ich sehe, nur in der 1. Auflage. Doch wie dem auch sei, wichtiger als die historische Frage nach der wahren Meinung Kants ist die systematische, ob es denn nun wirklich Grenzen der menschlichen Erkenntnis gibt, und welche das sind. Zu dieser Frage hat aber Kant einen entscheidenden Beitrag geliefert in der transzendentalen Dialektik. Er hat dort nämlich gezeigt, daß die Natur nicht absolut gedacht werden kann. Wenn sich nun zeigen läßt, daß die Idee des Absoluten ein ursprüngliches Besitztum der menschlichen Vernunft ist, so kann die Vernunft vermittelt dieser Idee ihre eigenen Schranken erkennen, das heißt sie kann einsehen, daß sie die Dinge nicht so erkennen kann wie sie an sich sind. Die Existenz der Dinge wird dadurch nicht in Frage gestellt, insofern behält der Realismus recht, aber ihre Beschaffenheit ist eine andere als wie sie uns erscheint. Darin hat der Idealismus recht.

× Fries' Erkenntnistheorie ×  
 Die Erscheinung Kants hat so gewaltig auf die deutsche Philosophie gewirkt, daß heute fast alle deutschen philosophischen Schulen mittelbar oder unmittelbar von Kant abhängen. Die einzige Ausnahme macht ein Österreicher, Edmund Husserl. Und in der Tat ist in Österreich die Entwicklung anders verlaufen. Vielleicht liegt das daran, daß die österreichischen Universitäten durchweg katholisch sind; doch sei dem wie ihm sei, jedenfalls hat sich die österreichische Philosophie dem kantischen Einfluß zu entziehen gewußt. Wohl die bedeutendste der derzeitigen österreichischen Philosophenschulen ist die Schule Franz Brentanos, eines nach dem vatikanischen Konzil aus der katholischen Kirche ausgestretenen Priesters. (Dieser Schule hat auch Husserl ursprünglich angehört.) Ein Schüler Brentanos, Alfred Kastil, hat sich nun in einer Abhandlung mit Fries auseinandergesetzt. Diese Schrift, die unter dem Titel *Jakob Friedrich Fries' Lehre von der unmittelbaren*

*Erkenntnis in den Abhandlungen der Friesschen Schule* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ erschienen ist, ist schon durch ihre philosophiegeschichtliche Stellung besonders interessant. Sie ist es aber auch deshalb, weil hier zum erstenmal die Friessche Philosophie in wirklich wissenschaftlicher Weise kritisiert wird. Es kann deshalb meines Erachtens auch nicht ausbleiben, daß die Friessche Schule auf Grund dieser Kritik die eine oder andere ihrer Positionen, wenn nicht aufgeben, so doch mindestens besser begründen müssen wird. Der Raum gestattet es mir nicht den ganzen Inhalt dieser Abhandlung hier auch nur anzudeuten, noch weniger die einzelnen Punkte zu diskutieren. Nur wenige Bemerkungen mögen hier Platz finden.

Wie schon aus dem Titel hervorgeht, handelt es sich um die Lehre von der unmittelbaren Erkenntnis, also die Lehre, die im Mittelpunkt der Friesschen Erkenntniskritik steht. Die unmittelbare Erkenntnis hat nach Fries 3 Hauptformen: die unmittelbare Erkenntnis *a posteriori* oder die Wahrnehmung, die reine Anschauung des Raumes und der Zeit, und die dunkle unmittelbare Erkenntnis der reinen Vernunft, die Quelle der metaphysischen Urteile. An allen 3 Formen wird von Kastil Kritik geübt, und zwar richtet sich die Kritik an der Wahrnehmung nur gegen die äußere. Dieser spricht Kastil zwar den Charakter der Unmittelbarkeit zu, will sie aber nicht als unmittelbare Erkenntnis gelten lassen. Zu einer solchen, bei der also die Möglichkeit des Irrtums ausgeschlossen ist, sei die Identität von Subjekt und Objekt erforderlich. An diesem Punkt dürfte eine Antikritik anzuknüpfen haben. Gegen die Lehre von der reinen Anschauung erhebt Kastil hauptsächlich 2 Einwände. Einmal erblickt er in einer der Quantität nach allgemeinen Anschauung einen Widerspruch, insofern eine Anschauung immer positiv, eine allgemeine Erkenntnis dagegen stets negativ sein müsse. Diese letztere Behauptung bleibt allerdings ohne Nachweis; denn die Beispiele, die dafür angeführt werden, können doch höchstens zur Illustration dienen. Zweitens meint Kastil, daß die Wahrheit einer apodiktischen Anerkennung in der notwendigen Existenz ihres Gegenstands beruhe. Nun leugne aber Fries die Existenz des Raumes, also könne es keine Anschauung *a priori* des Raumes als unmittelbare Erkenntnis geben. Wenn dieser Einwand nichts weiter ist als eine Anwendung des

allgemeinen Satzes, daß die Wahrheit einer Erkenntnis in der Existenz ihres Gegenstands besteht, so gilt er nicht nur für die reine Anschauung; in diesem Sinn kann es für einen Anhänger des transzendentalen Idealismus überhaupt keine wahre Erkenntnis des Raumes geben. Das ist trivial. Der Hinweis darauf, daß den Mathematiker überhaupt (also nicht bloß den transzendentalen Idealisten) die Existenz der Raumgebilde, von denen er handelt, gar nicht interessiert, scheint jedoch zu beweisen, daß der Einwand anders gemeint ist; denn Kastil wird nicht behaupten wollen, daß den Mathematiker die Wahrheit seiner Sätze nicht interessiert. Sehen wir also genauer zu. Wir haben das Urteil: Wenn etwas ein *A* ist, so ist es ein *B*. Zur Wahrheit dieses Urteils ist nur erforderlich die Existenz der notwendigen Beziehung zwischen dem *A*-Sein und dem *B*-Sein eines Dinges, nicht aber die Existenz eines *A* seienden *B*. In der Mathematik handelt es sich aber ausschließlich um derartige Urteile. Wenn also der Kastilsche Einwand stichhaltig sein sollte, müßte er zuerst die Nichtexistenz der betreffenden Beziehungen nachweisen.

Die Einwände, die Kastil gegen die Friessche Lehre von der dunklen unmittelbaren Vernunftkenntnis erhebt, sind teils eine Wiederholung der gegen die reine Anschauung erhobenen, teils stützen sie sich auf das schon oben erwähnte Argument, daß nur der einsichtigen Erkenntnis Unfehlbarkeit zukommt, wobei aber der Begriff der *Einsichtigkeit* einen eigentümlichen Doppelcharakter erhält, indem darin die Merkmale der subjektiven Evidenz und der objektiven Wahrheit als notwendig mit einander verbunden gedacht werden. Mir ist nicht nur die Wirklichkeit sondern sogar die bloße Möglichkeit einer derart einsichtigen Erkenntnis vorerst noch problematisch.

Kastil gelangt zu dem Schluß, daß das Kantische Problem »Wie sind synthetische Urteile *a priori* möglich?« ein Scheinproblem ist, und daß mit dieser Erkenntnis Kant die geschichtliche Stellung verlieren müsse, die seine Anhänger ihm anzuweisen gewöhnt sind. Der Schluß ist wohl richtig, aber die Voraussetzung scheint mir doch noch nicht sichergestellt, und deshalb dürfte es mit der Erledigung des *Falles Kant*, wie sie Kastil sich denkt, vorläufig noch gute Weile haben.

X

X



**Metaphysik** Der greise französische Philosoph Emile Boutroux hat im Jahr 1874 eine Abhandlung geschrieben, die vor einiger Zeit in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Die Kontingenz der Naturgesetze* /Jena, Diederichs/ erschienen ist. Der Übersetzer, J. Benrubi, der die Abhandlung als eine der hervorragenden Schöpfungen der philosophischen Literatur aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts bezeichnet, meint, daß Boutroux scharf zwischen Kontingenz und Zufälligkeit unterscheidet. Ich muß gestehen, daß mir dieser Unterschied nicht klar geworden ist, um so weniger als ich eine Erklärung des Wortes *kontingent* in dem Buch nicht gefunden habe. Die einzige ursprüngliche Form, in der uns nach Boutroux die Notwendigkeit begegnet, ist die Beziehung von Ursache und Wirkung. Er unterscheidet dabei zwischen einer prinzipiellen und einer tatsächlichen Notwendigkeit, wobei unter der tatsächlichen eine solche zu verstehen ist, die *a posteriori* erkannt wird. Ich kann mit diesem Begriff keinen Sinn verbinden. Wie Kant gezeigt hat, sind Möglichkeit, Notwendigkeit und Wirklichkeit überhaupt keine Prädikate, die den Dingen an sich zukämen, sondern sie bezeichnen eine gewisse Beziehung der Dinge auf unser Erkenntnisvermögen, so zwar, daß eine Notwendigkeit nur *a priori* eingesehen werden kann. Die Unklarheit, die in Boutroux' Begriff der *Notwendigkeit* liegt, überträgt sich nun auch naturgemäß auf sein Gegenteil, die Kontingenz. Infolgedessen verliert sich die ganze Abhandlung in ein leeres Hin- und Herwenden der Begriffe *Notwendigkeit*, *Kontingenz*, *Möglichkeit*, *Wirklichkeit*, *Kausalität* und *Freiheit*. Das Endziel bei alledem ist die Begründung der Willensfreiheit.

Das gleiche Problem behandelt eine kleine Schrift des Schulrats Dr. E. Lange *Zum Problem von der Freiheit des menschlichen Willens* /Leipzig, Teubner/. Er stellt zunächst die Begründungen zusammen, die 3 Anhänger des Determinismus für ihre Meinung gegeben haben: Luther, Schopenhauer und der Zoologe zur Straßens. Diese Begründungen sucht er dann einzeln zu widerlegen und kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß man zwar den menschlichen Willen nicht schlechthin als frei bezeichnen kann, daß aber eine allmähliche Befreiung des Willens stattfindet. In dieser Vorstellung, so meint Lange, könne man mit dem quälenden Problem

zum Frieden kommen. Mir scheint allerdings, daß eine solche Auffassung einer schärferen Kritik nicht standhält. Ich wenigstens kann mir bei einer Willensfreiheit, die verschiedener Grade fähig ist, nichts denken, und ebensowenig kann ich einen Sinn damit verbinden, daß ein Verhältnis wie die Freiheit oder Bedingtheit des Willens einer Änderung in der Zeit unterworfen sein soll. Gleichfalls in populärer Weise wird die Frage der Willensfreiheit in dem Büchlein G. F. Lipps' *Das Problem der Willensfreiheit* behandelt, das aus Volkshochschulvorträgen entstanden und in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ erschienen ist. Nachdem auch er die verschiedenen in der Philosophiegeschichte auftretenden Lösungen des Problems diskutiert hat, kommt er zu dem Ergebnis, daß der von uns naiverweise angenommene freie Wille auf einem bloßen Schein beruht, und daß uns eine bis zu den letzten Gründen vordringende kritische Betrachtungsweise lehrt, daß dieser Wille in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sei. Daraus zieht Lipps auch die entsprechenden Folgerungen für die Strafrechtspflege.

× **Moralphilosophie** × Die Ausbeute der wissenschaftlichen Literatur auf dem Gebiet der praktischen Philosophie ist in letzter Zeit außerordentlich gering. Es scheint, daß unsere Philosophen durch die Beschäftigung mit Erkenntnistheorie und Naturphilosophie so sehr in Anspruch genommen sind, daß sie für dieses doch mindestens ebenso wichtige Gebiet keine Zeit übrig haben. Wenn anders die Philosophie ihren alten Anspruch eine Führerin des Lebens zu sein nicht aufgeben will, müssen sich die Philosophen wieder mehr den drängenden Problemen des sittlichen Lebens zuwenden. Als einziges moralphilosophisches Werk liegt zurzeit eine Dissertation des Serben Pawle Tschubrovitz vor, *Die Entwicklung der Moraltugenden* /Leipzig, Brandstetter/ betitelt. Im 1. Kapitel wird der Begriff des *sittlich Guten* erörtert. Der Nutzen für die Gesellschaft wird als Maßstab des Guten abgelehnt, der Unterschied zwischen moralisch Gutem und nützlich Gutem scharf betont. Das erste soll dadurch in Erscheinung treten, daß ein menschlicher Wille am Wohl oder Wehe eines andern teilnimmt, ohne irgendein materielles Interesse für sich persönlich dabei im Auge zu haben.

Den 2. negativen Teil dieser Erklärung wird man ohne weiteres unterschreiben können; dagegen leidet der 1. Teil an einer gewissen Unklarheit. Teilnahme bezeichnet doch für gewöhnlich ein Gefühl; wie kann aber der Wille zum Subjekt eines Gefühls werden? Es ist aber ferner sehr zweifelhaft, ob ausschließlich die auf fremdes Wohl gerichteten Handlungen moralischen Wert beanspruchen können. Ist nicht beispielsweise auch die Verteidigung der eigenen Ehre eine moralische Handlung? Mit Recht dagegen betont der Verfasser, daß allein die subjektive Seite einer Handlung für ihre moralische Beurteilung maßgebend ist. Sein oben gekennzeichnete Altruismus spitzt sich in dem Satz zu, daß die Menschenliebe »ohne Zweifel« die einzige Quelle der Moral sei. Deshalb muß auch jede Moraltugend aus Menschenliebe entstanden sein. So gelangt der Verfasser zu der Frage nach dem Ursprung der Moraltugenden. Den Kantischen Apriorismus in der praktischen Philosophie sucht er mit dem nicht mehr neuen Argument zu widerlegen, daß die Geschichte und Völkerkunde die völlige Verschiedenheit der Ansichten über Moral bei den verschiedenen Völkern beweise. Er vergißt dabei zweierlei: Erstlich bezieht sich ein großer Teil der Unterschiede gar nicht auf die Sittlichkeit im eigentlichen Sinn sondern auf die Sitte. Zweitens aber schließt der apriorische Ursprung des Moralgesetzes es durchaus nicht aus, daß die Menschen sich dieses Moralgesetz erst allmählich zu deutlichem Bewußtsein gebracht haben. Statt dessen nimmt er an, der Egoismus sei allmählich im Lauf der Entwicklung in Menschenliebe übergegangen. Aber abgesehen davon, daß Tschubrovitz selbst diesen Übergang für ein »Geheimnis des Seins« erklärt, kann diese Erklärung schon deshalb nicht richtig sein, weil ja Menschenliebe und Egoismus zweifellos neben einander in der menschlichen Natur existieren. In den weiteren Kapiteln stellt er dann dar, wie er sich die phylogenetische und die ontogenetische Entstehung der Moraltugenden denkt, und zieht daraus praktisch-pädagogische Folgerungen.

Neuauflagen Von der Kantausgabe der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Meiner/, die von Vorländer besorgt wird, ist die *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht* erschienen. Vorländer hat sie mit einer historisch-kritischen Einleitung sowie mit

einem Sach- und Personenregister versehen. Von der Gesamtausgabe der preußischen Akademie der Wissenschaften /Berlin, G. Reimer/ ist der 8. Band der 1. Abteilung erschienen. Auch die neueste Ausgabe von Kants Werken, die Ernst Cassirer in Gemeinschaft mit Hermann Cohen, Arthur Buchenau, Otto Buek, Albert Görland und B. Kellermann herausgibt /Berlin, Bruno Cassirer/, schreitet vorwärts. Nachdem die ersten beiden Bände die vorkritischen Schriften gebracht hatten, ist jetzt der 3. Band herausgekommen, der die *Kritik der reinen Vernunft* (in der Fassung der 2. Auflage von 1887) enthält. Diese Ausgabe zeichnet sich auch durch Schönheit des Drucks und der Ausstattung aus. Eine Taschenausgabe von Nietzsches Werken erscheint in Lieferungen im Verlag Alfred Kröner in Leipzig. Der 1. Band enthält die *Geburt der Tragödie* und den Nachlaß aus den Jahren 1869 bis 1873. Das Vorwort ist von Richard Oehler, die Einleitung zum 1. Band von Elisabeth Förster-Nietzsche.

Kurze Chronik In der Angelegenheit des Marburger philosophischen Lehrstuhls ist von der Marburger Studentenschaft ein Aufruf erlassen worden, dem sich viele Dozenten der Philosophie angeschlossen haben (siehe die Rubrik *Psychologie* in diesem Band, pag. 511). Der bisherige Privatdozent der Philosophie an der Universität Wien, Dr. R. Reininger, wurde zum außerordentlichen Professor an der gleichen Universität ernannt. Folgende Habilitationen haben stattgefunden: in Straßburg Dr. Jansen, in Tübingen Dr. Häring, in Bonn Dr. Otto Selz. In Göttingen wurde eine *Jakob Friedrich Fries-Gesellschaft* gegründet, deren Hauptzweck die Verbreitung der Fries'schen Philosophie ist.

Literatur Herbart sagt, es sei leichter von den Teilen der Philosophie bestimmte Begriffe zu geben als von der Philosophie selbst. Das Buch, dem ich dieses Zitat entnehme, *Philosophie, ihr Wesen, ihre Probleme, ihre Literatur* von H. Richert (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/), kann das selbe mit gutem Recht zu seiner Entschuldigung anführen, wenn es ihm nicht gelingen sollte dem Leser einen Begriff von Philosophie zu geben. Der Verfasser hat die Methode gewählt

zu jedem der einzelnen Probleme die Meinungen der nach seiner Ansicht wichtigsten Autoren anzuführen. Dieses Verfahren führt er mit Geschick und Gründlichkeit durch. Begrüßenswert ist der dem Bändchen angefügte Führer durch die philosophische Literatur. Die Friessche Philosophie ist darin allerdings, soviel ich sehe, gänzlich unberücksichtigt geblieben. Vielleicht könnte der Verfasser in einer etwaigen weiteren Auflage Fries unter die »großen systembildenden Philosophen« aufnehmen, wohin er doch wohl mindestens ebenso sehr wie Goethe gehört. Auch wäre es nicht mehr als billig und im Interesse des Lesers gelegen, wenn das eine oder andere Werk von Fries und seinen Schülern unter den Spezialdisziplinen Platz fände.

### Geschichte / Paul Kampffmeyer

**Loyola** Mit den Augen eines demutvollen Katholiken schaut Francis Thompson zu dem Stifter des Jesuitenordens empor, und daher schuf er eigentlich für christlich-kirchliche Erbauungszwecke sein Werk *Der heilige Ignatius von Loyola* /München, Kösel/. In dem Vorwort zur englischen Ausgabe heißt es: »So viel ist gewiß: Was die Niederschrift dieses *Lebens* für den Verfasser war, das mag das Studium desselben für den Leser sein. Dieser führte ihn zur Liebe des Heiligen und zur Liebe jener Heiligkeit, welche er gemeinhin den Genius der Religion nannte.« Der Visionär Ignatius, dem Jesus Christus wiederholt erscheint, ist von Thompson stark herausgearbeitet worden. Charakterzüge, die den kühl und scharfsinnig kalkulierenden Ordensstifter kennzeichnen, sind überschminkt. Das Fanatisch-Unduldsame im Wesen des Ignatius retuschierte Thompson nach Möglichkeit heraus und nicht immer mit Geschick, wie wir sehen werden. Ignatius reitet da mit einem gewaltsam bekehrten Mauren zu den Höhen der Pyrenäen empor. Der Maure redete geringschätzig über Maria; »da erwachte«, so schreibt Thompson, »in Ignatius der Kavalier, der er immer gewesen (wie er auch von seinen Soldatenidealen bis an sein Lebensende stark beeinflußt war), und aus rein ritterlichem Pflichtgefühl gegen die seligste Jungfrau überlegte er bei sich, ob er nicht den Mauren niederreiten sollte.« Dieser aus religiösem Fanatismus herausgebornene Mordplan soll den

Kavalier in dem heiligen Ignatius kennzeichnen! Thompson erzählt ferner getreulich wieder, was die katholische Legende allen Heiligen nachzurühmen wußte: die Wunderkraft ihrer Rede: Da wandeln sich leichtfertige Frauen in Betschwestern, da werfen sie allen Schmuck und Tand fort und tun Werke der Barmherzigkeit. Der heilige Ignatius wird von Thompson selbst zu einem modernen Organisator der Wohltätigkeitspflege erhoben, weil er einigen Hungernden helfend beisprang und sie religiös unterwies. »Ignatius«, so schreibt Thompson, »tat hier vorbildlich im Kleinen, was die Heilsarmee heute im Großen tut.« Nur wenige hielten sich, nach Thompson, für die modernen Probleme bereit, vor die schon das 16. Jahrhundert die Menschen stellte. »Ignatius war einer von diesen wenigen.«

Das weltkluge Wesen des großen Ordensstifters, der, obwohl selbst einmal fanatischer Asket, mit der Weltverachtung des Mittelalters zielklar gebrochen hat und der neuen revolutionären, die kirchliche Autorität mächtig erschütternden Zeit mit den neuen Waffen der Wissenschaft entgentreten will, das hat der fromme Thompson nur zum Teil begriffen. Ignatius von Loyola ist ein echter Sohn der Renaissance, die nicht mehr an monchische Weltflucht sondern an stürmische Welteroberung denkt. Das moderne politische Machtproblem steht im Mittelpunkt des Denkens dieses merkwürdigen Heiligen. Die Politik will er ganz in den Dienst der Papstkirche stellen, und zu diesem Zweck denkt er sich der führenden Köpfe der herrschenden Klassen zu bemächtigen. Und seine sorgfältig auserlesenen und durch langjährige Übungen erprobten Ordensleute schickt er zur Welteroberung aus. Hierfür waren ihm die Kinder der höheren Stände besonders willkommen. Übrigens trifft Thompson selbst einmal das Wesen der von Ignatius gegründeten Gesellschaft mit folgenden Ausführungen richtig: »Die neue Gesellschaft war in einer Hinsicht ein aristokratischer Orden oder, besser ausgedrückt, eine intellektuelle Aristokratie, in der Talent, feine Sitte und Organisationskunst sich vereinigten. Bestand auch ein Teil ihrer Aufgabe darin dem Volk zu predigen und es auf den rechten Weg zu leiten, so war doch ihr eigentliches Ziel auf diejenigen Klassen Einfluß zu gewinnen, in deren Händen die Macht lag. Im großen und ganzen hatten die

bestehenden Orden diese Klassen mehr oder weniger vernachlässigt, waren an ihnen vorübergegangen als an der Welt in *excelandis*, mit welcher die Diener Christi nichts gemein haben. Man wies sie nicht zurück, wenn sie selbst das Heil verlangten, doch hatte man sich nie eigens an sie gewandt. Nun kam ein Orden, der die Welt in ihrem auserlesenen und bevorzugten Bollwerk angriff. Auf die jungen Sprößlinge des Adels . . . setzte Ignatius seine Hoffnung: sie würden imstande sein mit Staatsoberhäuptern und Staatsmännern, mit Fürstlichkeiten und Regierungen, gegen welche die Fahne Christi jetzt vorrückte, es aufzunehmen, nicht um sie niederzuwerfen, sondern um sie zu Gefangenen Christi zu machen und seinen Kriegern anzugliedern.« Der moderne Renaissance-mensch in Ignatius von Loyola ließ diesen auch die Bedeutung einer wohlgegliederten, ganz auf strenger Disziplin gebauten militärischen Organisation erkennen. Und diese Organisation gibt er seinem Orden. Unbotmäßigkeit erscheint diesem *General* als der schlimmste Fehler. Er wäre nach seinen eigenen Worten bereit gewesen auf einen Ruf des Papstes ohne Ruder, ohne Lebensmittel, ohne Segel in See zu stechen. »Aber wäre es weise so zu handeln?« fragte ein Edelmann. »Weisheit, mein Herr, ist die Tugend derer, welche befehlen, nicht derer, welche gehorchen«, war die echt soldatische Antwort. Kühn-militärisch wünscht er sich seine Jünger, und eine besondere Vorliebe hat er für die Draufgänger, für die *Söhne des Feuers*. Mit den Augen des Vorgesetzten aber betrachtet er sie, und mit soldatischer Strenge behandelt er selbst die, die ihm am nächsten stehen. Heiteres weltliches Wesen liebt er an seinen Jüngern. Und seinem ganzen Denken glaubt Thompson den Spruch entnehmen zu müssen: »Lachet und werdet stark.« Einem fröhlichen Ordensbruder rief Ignatius einst zu: »Franz, ich sehe dich immer lachend. Ich freue mich darüber, und ich denke, solange du gehorsam und der Ordensregel treu bist, kannst du nie zu fröhlich sein.« Er schärfte auch dem strengen Asketen Franz Borgia ein: »Was Fasten und Enthaltbarkeit betrifft, so halte ich dafür, daß es Gott mehr zur Ehre gereicht die Verdauung und die Körperkräfte im allgemeinen zu erhalten und zu stärken als sie zu schwächen. . . Ziehen Sie wohl in Erwägung, daß Seele und Leib Ihnen von Gott, ihrem Schöpfer

und Erhalter, gegeben wurden; daß Sie Rechenschaft über beides abzulegen haben, und daß Sie um seinetwillen Ihren Körper nicht schwächen dürfen, da sonst der Geist nicht die erforderliche Kraft zur Arbeit besitzt . . .« Der heilige Ignatius griff selbst, um seine Jünger fröhlich und stark zu machen, zu den weltlichsten Mitteln. So tanzt er einst einem Pater, der unter der Last der geistlichen Übungen zusammengebrochen war, den alten baskischen Nationaltanz zur Erheiterung und Belebung vor, damit dieser die strengen Übungen fortsetzen könne.

Es ist bedauerlich, daß Thompson in Ignatius von Loyola zu sehr den Heiligen und nicht den klugen, weltpolitisch gesinnten Organisator und Machteroberer sieht. Ignatius ist ganz Weltmann, der seinen Jüngern rät vor allem die Zuneigung und das Vertrauen der *irrenden Seelen* »durch freundschaftlichen Verkehr, durch Gespräche auf neutralem Gebiet unter Vermeidung aller Streitfragen zu erwerben«. Die feine Einschätzung dessen, was die moderne Welt groß gemacht hat, die hohe Wertung der Wissenschaften, die kluge Benutzung politischer Machtmittel, das tiefe Verständnis für die umwälzende Kraft wohl gefügter Organisationen, das hebt Ignatius von Loyola über seine Zeitgenossen empor; das paßt aber nicht recht in das Wesen des Heiligen hinein.

× ×  
**Kurze Chronik** Am 3. April trat in London der 3. internationale Geschichtskongreß zusammen. An den ersten 3 Kongrestagen kamen unter anderen Vorträge von Professor Ed. Meyer (*Darstellung fremder Rassen auf ägyptischen Denkmälern*), von Sieveking und Lamprecht (*Die Organisation des höhern historischen Studiums*) zur Verlesung. In der 2. allgemeinen Sitzung vom 4. April sprach Professor Pirenne (Gent) über die Entwicklung des Kapitalismus vom 12. bis zum 19. Jahrhundert. In einer allgemeinen Sitzung verbreitete sich Professor Ed. Meyer über Forschungen zur alten Geschichte in der letzten Generation, und K. Lamprecht referierte über die jüngsten geistigen Strömungen in Deutschland. Dem Kenner der geistreichen, allerdings ziemlich willkürlich konstruierten Geschichtstheorien Lamprechts brachte der Vortrag nicht viel Neues. × Das in der

Kriminalgeschichte viel genannte Werk *Maister Franantz Schmidts Nachrichten im Nürnberg all sein Richten* gab jüngst nach der Handschrift Albrecht Keller in Wilhelm Heims Verlag in Leipzig heraus. Der barbarische Geist dieser Zeiten (der Scharfrichter Franz Schmidt köpfte, räderte, hängte und peitschte in Nürnberg von 1573 bis 1615) prägt sich in der grausigen Zahl der Hinrichtungen und Leibesstrafen dieses Nachrichters aus: »Vom Leben zum Tod« beförderte er 361 Personen, ferner hat er »an Leib gestrafft und mit Ruten ausstreichen, Ohren abschneiden und Fingern abschlagen 345 Personen«. Sittengeschichtlich fällt die Zahl der Gewalttaten, Morde und Totschläge und dann vor allem die starke Lockerung der sexuell-sittlichen Bande auf. Sehr häufen sich die Strafen wegen Bigamie, Hurerei, schwerer Kuppelei, außerehelicher Schwängerung. Die gute alte Zeit erscheint nach diesen Aufzeichnungen in einem sehr merkwürdigen Licht. Ehrentoll für Nürnberg ist es immerhin, daß in dieser Zeit keine Scheiterhaufen für Hexen aufflammten, obwohl der Hexen- und Teufelsglauben auch in Nürnberg stark herumspukte. X Das Vordringen (zum Teil auch wieder das Untergehen) westeuropäischer Zivilisation in Ostasien kann man gut in dem lebendig geschriebenen Werk Alfons Paquets *Li oder Im Neuen Osten* /Frankfurt, Rütten & Loening/ verfolgen. In Hanjang in China sehen wir westeuropäische Stahlwerke mit Hochöfen von der Größe der Werke an der Saar und am Niederrhein entstehen. An die große weltgeschichtliche Eroberung Port Arthurs durch die Japaner knüpft der Untergang der russischen Kultur im fernen Osten an. Die gewaltige russische Kathedrale in Dalny ragt als Ruine aus einem verwilderten Garten empor. Heute bewohnen diese Stadt 50 000 Japaner und kaum 60 Europäer. In Port Arthur liegen die riesenhaften Gebäude der russischen Gründerperiode verlassen und grau verwittert da. »Kein Volk der Erde ist unberührt geblieben von den Folgen des Würfelspiels, das hier entschieden wurde; der Fluch der ganzen weißen Rasse ruht auf diesen Bergen. Mit der Macht eines Wirbelsturms, Trümmer und Totengebeine zurücklassend, ist das Schicksal auf die kahlen Berge der Kwantunghalbinsel niedergegangen.«

## Hygiene / Heinemann Goldschmidt

**Gießfieber** Das Gießfieber und die ihm verwandten Metall- dampfinhalationskrankheiten gehören zu den Erkrankungen, die für die Gewerbepathologie von höchstem Interesse sind. Beim Gießfieber speziell handelt es sich um ein Leiden, das nur bei Messinggießern vorkommt. Der ganze Verlauf macht unbedingt den Eindruck einer Infektionskrankheit. Nach einer gewissen Inkubationszeit tritt Schüttelfrost auf, es stellen sich Temperatursteigerung und Vermehrung von Puls und Respiration ein, und schließlich beendet eine Krisis mit starkem Schweißausbruch das Bild.

K. B. Lehmann hat nun durch Versuche am Menschen nachgewiesen, daß die Krankheit im Laboratorium durch Einatmung von Zinkdämpfen künstlich hervorgerufen werden kann. Über die Art, wie das Zink wirkt, spricht er sich nicht mit Sicherheit aus; er hält es jedoch für nicht unwahrscheinlich, daß das Fieber durch eine Resorption der durch das Zink im Verdauungstraktus abgetöteten Bakterien hervorgerufen werde. Daß das Zink an sich die erwähnten Symptome machen sollte, hält Lehmann für ausgeschlossen. Neuerdings hat nun Professor Kißkalt in der *Zeitschrift für Hygiene* über Versuche berichtet, die er im Berliner hygienischen Institut angestellt hat. Kißkalt machte an Kaninchen folgende Experimente: Er spritzte den Tieren Zinksulfatlösungen unter die Haut; außerdem legte er mit gleicher Lösung getränkte Kissen auf frei präparierte Körperoberflächen. Es ergab sich nun, daß bei 10 Tieren 7 überhaupt keine Temperatursteigerungen zeigten; bei sehr großen Dosen trat sogar Temperaturabfall ein. 1 Tier hingegen zeigte mehrfach Temperatursteigerung; ebenso später 2 andere. Diesen beiden wurde das Zink nicht auf einmal sondern in Abständen von 4 Stunden in 5 Injektionen beigebracht. Bei einem andern Tier versagte auch diese Methode. Außerdem wurden noch eine Reihe mehr oder weniger modifizierter Methoden in Anwendung gebracht, teils mit positivem teils mit negativem Resultat.

Kißealt kommt zu dem Schluß, daß die Erkrankung nicht durch Bakteriengifte oder durch Invasion von Bakterien in den durch das Metall geschädigten Respirationstraktus hervorgerufen werde. Vielmehr nimmt er an, daß es sich um

Eiweißfällungen handelt, die eine Temperatursteigerung im Gefolge haben. Wir wissen heute, daß Fieber nicht nur durch Bakterien sondern auch durch körperfremdes Eiweiß, ja selbst durch Resorption des eigenen Eiweißes hervorgerufen werden kann. Gerade das Zink aber bewirkt in außerordentlichen Verdünnungen noch Fällungen. Außerdem ist durch Winternitz, Haak und andere der Beweis geführt worden, daß auch andere Schwermetalle Temperatursteigerungen hervorrufen können. Zu diesen gehört außer Kupfer und Silbernitrat vor allem das Quecksilber.

Wenn auch in der Literatur nur spärliche Angaben über Fieber und Brustsymptome (diese speziell beim Zink) nach Merkurialvergiftungen gemacht werden, so besteht doch kein Zweifel, daß derartige Erscheinungen gar nicht so selten sind. Göthlin berichtet in einer in schwedischer Sprache veröffentlichten Arbeit über eine langwierige Quecksilbervergiftung, die er sich im physiologischen Institut in Upsala zugezogen hatte, daß die Temperatur äußerst labil war und schon nach ganz geringen Anstrengungen (Treppensteigen usw.) auf  $37,9^{\circ}$  stieg.

Eine akute Vergiftung mit höchst auffallenden Symptomen hat Bing beobachtet. Sie kam dadurch zustande, daß an einem Ventil Quecksilber durch auströmenden Dampf mitgerissen wurde und in einen Krankensaal eindrang. Sämtliche Insassen erkrankten, 2 starben. Die Symptome bei den Krankenschwestern, die sich meist außen aufhielten, waren: Dyspnoe, Kopfschmerz und Erbrechen; bei den Patienten im Saal war das selbe in größerem Maß der Fall; sie hatten starkes Herzklopfen, Schmerz auf der Brust, Pulsbeschleunigung und Temperaturerhöhung; diese betrug bei verschiedenen Personen  $38,6$  bis  $39,9^{\circ}$  und fiel am Abend wieder auf das Normale. Bei den Toten zeigten sich starke Affektionen der Lunge.

Beim Kupfer ist bis vor kurzem kein Fall einer derartigen Erkrankung vorgekommen, und zwar wahrscheinlich infolge des sehr hohen Siedepunkts ( $2240^{\circ}$ ). Es wird uns aber hierdurch verständlich, warum gerade das Messinggießen die Erkrankung hervorruft und nicht das Zinkgießen für sich allein. Zink hat nämlich eine Schmelztemperatur von  $419^{\circ}$  und eine Siedetemperatur von  $930^{\circ}$ . Beim Gießen des Zinks werden nun verhältnismäßig wenig Dämpfe frei; anders beim Messing-

gießen. Hierbei vereinigt sich das geschmolzene Zink mit dem geschmolzenen Kupfer, dessen Schmelzpunkt  $1080^{\circ}$  beträgt. Natürlich entsteht hierbei eine heftige Verdampfung des Zinks, so daß die Arbeiter in einen dichten Zinknebel eingehüllt sind.

Die Zusammenfassung der durch Kitzkalt gewonnenen Resultate ist folgende:

1. Es gelingt durch subkutane Injektion von Zinksalzen bei geeigneten Versuchstieren Fieber hervorzurufen. Hierdurch wird die beim Messinggießen eintretende Temperatursteigerung dem Verständnis näher gebracht.

2. Auch nach Inhalation von Quecksilberdämpfen tritt öfters bei Menschen und Tieren Fieber ein, ebenso unter Umständen heftige Symptome von seiten des gesamten Respirationstrakts.

3. Ebenso rufen andere Schwermetalle bei Inhalation die Erscheinungen des Messinggießfiebers hervor. Überhaupt haben die Symptome bei Vergiftungen mit den Dämpfen und gasförmigen Verbindungen der Schwermetalle größere Ähnlichkeit unter einander als mit den Symptomen, die bei Einverleibung des betreffenden Metalls auf anderm Weg eintreten.

×

**Sterilisation** Dr. H. Maier, 2. Arzt an der psychiatrischen Universitätsklinik zu Zürich-Burghölzli, und Dr. Oberholzer, Assistent an der psychiatrischen Klinik zu Zürich, haben sich der Aufgabe unterzogen die Erfahrungen auf dem Gebiet der Kastration und Sterilisation zusammenzufassen und damit den gesetzgeberischen Bestrebungen einwandfreies Material zur Verfügung zu stellen. Maier geht von der Tatsache der erschreckenden Häufigkeit aus, mit der sich Defekte vererben. Er führt das Beispiel jenes amerikanischen Verbrechers an, von dem man 1200 Nachkommen in 75 Jahren nachweisen konnte; darunter waren 310 Gewohnheitsbetrüger, die zusammen 2300 Jahre in Armenhäusern verpflegt wurden, 50 Prostituierte, 7 Mörder, 60 Diebe und 130 andere Verbrecher. Die der Öffentlichkeit durch die Nachkommen dieses einen Menschen verursachten Kosten belaufen sich auf Millionen. Die Verhinderung der Fortpflanzung ist nach Maier das einzige Mittel, um derartigen Zuständen vorzubeugen. Die einschränkenden Ehegesetze erfüllen ihren Zweck nicht, daher sind chirurgische Maßnahmen am Platz.

×

Durch die von dem amerikanischen Arzt O. Scharp angegebene einfache Methode der Sterilisation ist ein Mittel an die Hand gegeben, das ohne irgendwelche anderweitigen Störungen des körperlichen und seelischen Wohlbefindens die Fortpflanzung sicher verhütet. Die Operation ist innerhalb 3 Minuten ausführbar und macht es dem Betroffenen möglich sofort nach der Operation seine gewohnte Tätigkeit wieder aufzunehmen. Seit 1907 besteht in Indiana, dem Heimatstaat Dr. Sharps, ein Gesetz, durch das jeder staatlichen Anstalt für Verbrecher und Schwachsinnige 2 Chirurgen zugeteilt sind, die im gegebenen Fall die Operation ausführen. In 4 Jahren sind ungefähr 900 Männer, meist Verbrecher, sterilisiert worden. An die Arbeit von Maier schließt sich eine Studie von Oberholzer an, der 19 Fälle von Kastration oder Sterilisation von Insassen der Anstalt Burghölzli und des Asyls Wil mitteilt und beleuchtet. Er hält es für geboten, daß die Justiz sich mit diesem wichtigen Gegenstand beschäftige, da das Recht des Kindes auf Gesundheit die gesetzliche Anerkennung der Sterilisierung aus sozialen Gründen erheische.

✕ **Mäusetypus-** Im Archiv für Hygiene  
bazillen weist Trautmann auf die

Gefahren hin, die beim Gebrauch der Mäuse- und Rattenvertilgung verwendet werden, den Menschen bedrohen. Man betrachtete diese Bakterien für den Menschen als völlig unschädlich; neuerdings ist jedoch wiederholt beobachtet worden, daß Menschen nach der Benutzung solcher Vertilgungsmittel unter den Erscheinungen eines Paratyphus oder einer schweren Enteritis erkrankten. Shihajama, Trommsdorf und andere haben den Nachweis geliefert, daß es sich bei dem Ratinbazillus um einen Bazillus enteridis Gaertner handelt. Zu gleichem Resultat kam Trautmann bei der Untersuchung des Mäusevertilgungsmittels *Virussanitas*, ebenso erhob Steffenhagen den selben Befund bei dem Rattenvertilgungsmittel *Liverpoolvirus*. Aus diesen Gründen warnt Trautmann vor der Anwendung des Mittels nach der harmlos lautenden Gebrauchsanweisung, nach der es für Menschen und Haustiere unschädlich sei. Bei der Anwendung ist im Gegenteil größte Vorsicht am Platz; die Verhaltungsmaßregeln, die vom Reichsamt des Innern zur Verhütung von Gesundheitsstörungen

gen durch Beschäftigung mit den Mäusetyphusbazillen gegeben wurden, sind streng zu beobachten.

✕ **Mesbé**

In letzter Zeit ist für ein neues Heilmittel gegen Tuberkulose, Mesbé, von verschiedenen Seiten Propaganda gemacht worden. Das Mittel, ein gummiähnliches Harz, wurde von einem Herrn Dieseldorf in Zentralamerika als Heilmittel gegen Tuberkulose erkannt und nach Europa gebracht. Mit Dr. Spangenberg zusammen begründete der Entdecker ein Mesbéinstitut in Berlin, dem bald viele Heilung suchende Tuberkulose zuströmten. Im *Reichsmedizinalanzeiger* erschien dann im vorigen Jahr eine Abhandlung von Spangenberg, in der der Verfasser über außerordentliche Heilerfolge berichtete.

In verschiedenen Lungenheilstätten wurden darauf Versuche mit dem neuen Mittel, das, nebenbei gesagt, sehr teuer ist, gemacht; eine Anzahl Resultate liegt bereits vor. Ein zusammenfassendes Urteil über diese hat nun Dr. Junker, dirigierender Arzt der Lungenheilstätte Kolkwitz bei Kottbus, in der *Therapie der Gegenwart* gebracht. Es gipfelt in folgenden Schlußsätzen: »Ein günstiger oder gar spezifischer Einfluß auf Lungen- und Kehlkopftuberkulose kommt dem Mittel nicht zu. Die Ansprüche, die es in dieser Hinsicht erhebt, und die weitgehendsten Versprechungen in den Prospekten müssen im Interesse der Kranken entschieden zurückgewiesen werden. Möglicherweise hat es eine gewisse symptomatische Einwirkung auf Reizzustände der oberen Luftwege, die aber nicht die unserer seither bekannten Mittel übertrifft.«

✕ **Geburtenrückgang**

Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Silbergleit, veröffentlicht in den *Statistischen Monatsberichten von Groß Berlin* eine Studie über den Geburtenrückgang in Berlin. Die Zusammenfassung der Feststellungen ergibt:

1. Die eheliche Fruchtbarkeit Berlins nimmt bereits seit Mitte der siebziger Jahre fortdauernd ab; sie betrug im Jahr 1910 nur 37,7 % ihres im Jahr 1876 erreichten Höchststandes.
2. Charakteristisch für die letzten Jahre ist der stärkere Rückgang der dritten und weiteren Kinder.
3. Die Abnahme der Geburtenfrequenz war im letzten Jahrzehnt am kleinsten

bei den jüngsten, am größten bei den im höchsten Alter der Gebärfähigkeit stehenden Ehefrauen.

4. Unter den Stadtteilen treten in den letzten Jahren die arbeiterreichsten mit den stärksten Abnahmeverhältnissen der ehelichen Geburtenziffer hervor.

× **Kurze Chronik** Ein Märtyrer der Wissenschaft ist der englische Arzt George Turner.

Er hatte seit Jahren Untersuchungen über Lepra angestellt und sich dabei infiziert. Er vergrub sich darauf in die Einsamkeit und setzte dort seine Studien fort. Die Krankheit hat nun solche Fortschritte gemacht, daß kürzlich dem Gelehrten der linke Arm abgenommen werden mußte. × Dr. W. Knoche berichtete in einer Arbeit über den Lepraherd auf der Osterinsel, daß dort 12% der Bevölkerung mit der furchtbaren Krankheit behaftet sind. Eine Trennung der Gesunden von den Kranken ist nicht durchzuführen, da der einzige dort wohnende Europäer nicht die Macht hat seinen Anordnungen Nachdruck zu verschaffen. Die Krankheit ist erst 1900 durch einen Eingeborenen aus Tahiti eingeschleppt worden. × Der Berliner Verein für Volkshygiene bittet seinem Schriftführer, dem Sanitätsrat Dr. R. Beerwald, Kalkreuth St. 2, Berlin W. 62, billige Pensionen in landschaftlich schöner Gegend nachzuweisen. Der Verein will dadurch den weniger Bemittelten, vor allem schwächlichen und blutarmen Frauen und Mädchen, die Möglichkeit verschaffen im Sommer außerhalb Berlins Erholung zu suchen. Die Adressen stehen zur unentgeltlichen Einsicht im Kaufhaus des Westens und in allen Filialen der Firma Jandorf zur Verfügung.

## KUNST

**Bildende Kunst / Lisbeth Stern**

**Expressionismus.** Die Rede, die Meier-Graefe seinerzeit im Salon Cassirer hielt, wirkte in ihren feindlichen Tendenzen gegen die letzte moderne Kunst in weiten Kreisen recht befreiend. Und auch jetzt, da sie in der *Neuen Rundschau* gedruckt vorliegt, ist der Eindruck nicht wesentlich anders geworden. Die Mißstimmung ist bei Meier-Graefe wohl in erster Reihe eine sehr berechtigte Reaktion gegen die laute und großspurige Reklame, die diese Gruppe von Künstlern und Lite-

raten aller Arten um sich verbreitet. Aber er bringt in seiner Mißstimmung auch eine ganze Reihe objektiver Argumente gegen ihre Kunst vor, auf die sich schwer antworten läßt. Denn schließlich sind auf diesem Gebiet Argumentationen überhaupt ein Unding, da ein jedes Kunstwerk neue Maßstäbe verlangt und neue Werte überhaupt schafft. Einem jeden Kunstwerk, an das man mit seinen alten Augen herangeht, tut man im Grunde unrecht, und dieses Produktive, das wie ein schwacher Abglanz vom wirklichen Produzieren in einer Kunstwertung liegt, und das ihr Grandioses ausmacht, war gerade Meier-Graefes stärkste Seite. Keiner war so sehr imstande neuen Illusionen entgegenzukommen und ihnen den richtigen Glauben zu schenken wie er.

Woher gelingt es nicht den Jungen ihre Welt für Meier-Graefe glaubhaft zu machen? Wenn sie auch keine unbedingt zwingende Persönlichkeit vorläufig aufzuweisen haben, so verstehe ich doch nicht, weshalb Meier-Graefe das Arbeiten in diesen neuen Problemen so durchaus nicht werten will. Das Hemmende kann ihm eben nur der Troß theoretisierender Literaten sein, der sie umgibt. Sie glauben eine gewisse Anwartschaft auf Kunstverständnis zu haben, und sie entladen es in einem wilden literarischen Gefecht zu Ehren der neuen Kunstprinzipien, die sie dabei aus ihrem sinnlichen Konnex erbarmungslos ausschneiden, und denen sie damit eine Einseitigkeit geben, die aller Kunst fremd sein sollte. Es gehört bei den Malern eine außerordentliche Naivetät und Kraft dazu sich von diesen ständigen Fingerzeigen und Auslegungen nicht beeinflussen zu lassen, zumal sie bei ihren eigenen Prinzipien gefaßt werden. In anderer Beziehung ist es klar, daß diese Literaten das Publikum, wenn auch oft im mißverständlichen Sinn, auf die jungen Tendenzen vorbereiten und es heranziehen. Allerdings scheinen ihnen meist Mißverständnisse mit unterzulaufen. Wenigstens lag es wohl bei den Impressionisten nicht anders, obschon damals Zola und die Goncourts unter ihren Propagandisten waren. Was sie als die Haupttendenz der damaligen Kunst ansahen, die Wiedergabe der Impressionen von Licht und Farbe, sehen wir jetzt durchaus nicht mehr als ihr Wesentlichstes. Das, was ihnen unbekannt gleichsam unter ihrer Hände Arbeit gewachsen ist, weist über die offi-



ziellen Tendenzen des Impressionismus weit hinaus. Die seelische Abrundung zum Beispiel, die in allen Bildern Cézannes und Renoirs liegt, die die Dinge aufblühen läßt wie im Genuß ihrer Reife: das haben damals die Kunstschriftsteller nicht gesehen. Was propagieren nun jetzt ihre Nachkommen? Nicht mehr Impressionen des Augenblicks sondern nur Symboliken der Ewigkeit. Und auch das scheint mir mißverstanden in gewissem Sinn.

Im *Blauen Reiter*, dem Zentrum der expressionistischen Bestrebungen, handeln die Expressionisten des langen und breiten über ihre Missionen. Es ist schwer ihre Sprache zu verstehen. In erster Reihe kommt es immer wieder darauf hinaus, daß sie ihrer Zeit Symbole schaffen wollen, entsprechend den Formensymbolen der primitiven Völker, mit welchen Ideen Gauguin wohl den Anfang gemacht hat. Burljuk stellt 7 der neuen Prinzipien zusammen. Sie beziehen sich auf die Freiheit der Zeichnung, auf die Verhältnisse der Schwere und des Volumens der Körperteile, auf Änderung der Perspektive und ähnliches. Kandinsky theoretisiert noch abstrakter als Burljuk. Ich kann mit all diesen dogmatischen Deduktionen in der Kunst nichts anfangen. In kurzem steht man vor einer unendlich langweiligen Leere, die dazu mit dem langen Kodex von Prinzipien einen nur ängstigt. In manchen Dingen waren übrigens diese expressionistischen Prinzipien schon immer angewandt, zum Beispiel ist der Augenpunkt auf vielen mittelalterlichen Bildern je nach der Betonung der einzelnen Gegenstände gewechselt; aber ein Prinzip darauf gegründet macht daraus wieder ein Nichts. Und ebenso blutleer und intellektuell liegt es mit all jenen anderen Prinzipien, so sehr ihre Verfechter auch gegen Intellekt und Theorie kämpfen. So liegt es mit ihren Theorien. Nicht aber so mit den Bildern, die sie vorgebracht haben. In ihnen scheint mir im Kern das künstlerische Empfinden sich wirklich geändert zu haben, gegen das, was den Impressionisten in ihren Arbeiten zu Grunde lag. Am augenfälligsten ist der Unterschied, wenn man sich Bilder von Marc etwa neben Manets denkt. Aus allen Manetschen Sachen, auch selbst aus der Stellung seiner Modelle, spricht eine absolute Ruhe des Anschauens, die aber wieder nichts zu tun hat mit einem Sich-Hineinversenken, sondern es ist die klare Ruhe einer

Welt, die mir gegenüber steht, die mich ansieht, und die ich wieder ansehe, Aug gegen Aug. In dem spätern Cézanne fängt diese Ruhe sich an zu lösen, und in den letzten Sachen van Goghs sehen wir einen eigentlichen Sturm entfesselt, der den Beschauer selbst mit umschließt. Und dieser Drang die Bewegung selbst geben zu wollen scheint mir das Wesentlichste, das sich wie ein roter Faden durch unser ganzes Kunstempfinden hindurchzieht. Es zu fassen und zu fühlen scheint die Sehnsucht aller, und neben diesem sehr lebendigen fast körperlichen Kunstinstinkt verblassen die Ideen Formsymbole haben zu wollen zu einer ziemlich koketten Spielerei. Die Reduzierung der Form auf ihre einfachste Gliederung scheint mir mit dieser Bewegungstendenz vielmehr zusammenzuhängen. Die Individualisierung der Dinge selbst ist aufgegeben, übrig geblieben sind von ihnen nur die verschiedenen starken Wechselbeziehungen, ihre Kraft und Richtung. Diese Körpergefühle im Vordergrund unserer Kunst scheinen mir auch der Grund für das enorme Aufblühen des Tanzes (man denke an die Riesenwirkung des russischen Balletts), für das Kino mit seiner Kunst und die Sehnsucht nach stark bewegter Handlung.

Gewiß war im Rokoko auch Bewegung, und zwar im äußersten Sinn. Aber es handelte sich doch mehr um bewegte Gegenstände. Die Bewegung selbst in ihrer etwas mystischen Loslösung wie hier, in einer Art pantheistischen Flusses, scheint mir neu, oder nur im Barock dann und wann verkörpert. Es ist eben die Hinüberführung der Dinge in eine andere Welt, in der sie nur durch ihre Beziehung zu mir existieren. Ihr Verhältnis zu meiner Seele verändert ihre Farbe und Form. Ich denke an die letzte Waldensche Ausstellung der Marcschen Bilder, von denen viele sich mit großer Energie einprägen. Besonders stark war mir das kleine Bild der gelben Pferde mit ihren schwülstig runden Schenkeln und der in ovaler Richtung sich übertragenden Wendung, mit dem sie eng umschließenden Dunkelblau des Himmels. Auch die Kraft des stürzenden Wassers bei den Badenden um die sich stoßenden Stiere prägen sich sehr unmittelbar ein und scheinen mir das Gewollte in einer gewissen wenn auch kühlen Vollendung zu geben. Übrigens ist die Zusammenstellung der Bilder im *Blauen Reiter* eine sehr merkwürdige. Da sind neben die Bilder

von Kandinsky, Marc, Delaunay und anderen die verschiedensten, wundervollsten und sehr unbekannten Bilder gestellt: aus Altchina, der Südsee, aus dem Mittelalter und vor allem aber Bauern- und Votivbilder. Ich verstehe diese Nebeneinanderstellung absolut nicht und sehe auch nicht, daß eines das andere erkläre. Und wenn sie auch gemeinsam haben, daß sie alle gegen die visuelle Auffassung gewandt sind, so ist doch die Dinglichkeit der Bauernkunst eine im letzten Grund andere. Es ist nicht, als sei das Ding angesehen von dem, der da malt, sondern als sei es von innen herausgewachsen, nähme daher seine Kraft und brauche auch vielleicht deshalb nicht eine Rechtfertigung seiner Körperlichkeit durch Schatten und Licht. Mutter Maria mit ihren Schwertern im Herzen und unten das Kind in der Wiege und die Donatoren haben alle die selbe Wirklichkeit durch sich: Und das trifft auf keines der Bilder der Expressionisten zu, bei denen die Dinge eher zu uns gewandte Symbole sind oder in Heraklitischem Fluß an uns vorbeiziehende Schemen. Sehr schön bewegt und frei von aller Schematik sind mir übrigens die Aquarelle Kahlers, der so jung gestorben ist; sie sind von überaus zartfließender, phantastischer Grazie, und daß sein Weiterleben so unterbrochen ist, ist schlimm für seine Kunst.

× Kurze Chronik ×  
Die erste Ausstellung der Berliner Sezession unter der Präsidentschaft

Paul Cassirers wurde am 26. April eröffnet. Es ist diesmal eine besonders strenge Auswahl getroffen worden. Bemerkenswert ist ferner die Heranziehung der Neusezessionisten, Expressionisten usw. Die Ausstellung stellt ein wichtiges künstlerisches Ereignis dar; es wird darüber in der nächsten Rundschau ausführlich berichtet werden. × Der Verein Leipziger Jahresausstellung wird auf der Baufachausstellung eine Übersicht über die Figurenmalerei der letzten 30 Jahre geben. × In Spanien werden jetzt archäologische Ausgrabungen veranstaltet; sie zeigen einen künstlerischen Zusammenhang Spaniens mit dem griechischen Osten. × Als Beispiel der Preise, die im Kunsthandel jetzt gezahlt werden, sei registriert, daß ein Gainsborough, *Der Marktwagen*, von einem Londoner Kunsthändler für 403 200 Mark erworben wurde. × Wilhelm Hausenstein hat

für den Bildungsausschuß des Agitationsbezirks Frankfurt am Main einen Zyklus von Vorträgen über die Geschichte der Bildhauerkunst gehalten.

× Literatur ×  
Das Werk Wilhelm Hausensteins *Der nackte Mensch in der Kunst aller Zeiten und Völker* (München, Piper/), das in 25 Lieferungen erscheint, gibt eine Geschichte des Nackten in der Kunst. Die sehr guten Abbildungen geben vieles dem großen Publikum Unbekannte und sind in losem Zusammenhang in die Aufsätze hineingestreut. Die Aufsätze haben das Ziel nachweisen zu wollen, daß die Stilwandlungen in der Kunst im letzten Grund auf ökonomische Verschiebungen zurückzuführen seien. Um nicht irgendwelche stofflichen Assoziationen sich hineinmengen zu lassen, will Hausenstein seine Ableitungen an dem selben Thema, eben an der Darstellung des Nackten, ausführen. Er beginnt mit den ersten Kunstanfängen und sieht in den bekannten Tierbildern von Altamira die scharfgespannten Sinne des Jägersvolks, während in dem spätern seßhaften Zustand mit Ackerbau und Viehzucht die Sinne nachlassen müssen, und dementsprechend religiöse Abhängigkeitsgefühle wachsen, die die Kunst in erster Reihe zu Beschwörungsformeln und Symboliken aller Art benutzen. Vor allem sieht Hausenstein in der großen Kunst der alten Ägypter und Assyrier und auch in der frühen Griechenzeit stets die Äußerung einer streng feudalen Wirtschaftsordnung. Sie sei die Grundbedingung, unter der ihre Herrscherdenkmäler entstanden. An quantitativer Größe alles überragend und gefaßt in absoluter Frontalität sind sie mehr als Symbol denn als Porträt anzusehen; während etwaige Darstellungen des arbeitenden Volks immer nur in genrehafter Kleinkunst gegeben wurden. Mit dem Bürgerlichwerden der wirtschaftlichen Verfassung scheint die Kunst mit Notwendigkeit ihren monumentalen und frontalen Stil aufzugeben. Mit dem lebhaften Wechsel der Werte wird auch sie mobil in jeder Beziehung, kleiner, transportabler, sie bekommt Liebhaberwert und wird auch in sich bewegter. Der Reiz der porträthaften Zufälligkeiten wächst, und das intime Genre steht im Vordergrund. Es wird nachgewiesen, daß im Mittelalter das Gefühl der streng geschlossenen Gemeinschaften,

jetzt geistlich feudal, wieder eine ähnliche Basis liefert wie das frühe Altertum, und daß die Kunst wieder in ähnlichem Sinn monumental und streng ist, bis dann wieder die selben Wandlungen sich durchsetzen. Nun sind Hausensteins Deduktionen überaus geistreich, und dank seiner feinen Sinne wirken sie in gewissen Grenzen auch durchaus überzeugend. Es ist wohl unbestreitbar, daß die Grundzüge der Stilart mit den ökonomischen Bedingungen eng verknüpft sind. Nur um sie (im marxistischen Sinn) als letzten Quellpunkt hinzustellen, liegt meiner Meinung nach durchaus kein Grund vor. Auch ist vielleicht diese Theorie intellektuell zu klar schematisiert, als daß man sie im Wirklichen wiederfinden könnte. Ihr Unterscheidendes und Bestechendes mag vielleicht nur darin liegen, daß ihre Faktoren rechnerisch klar zu bestimmen und damit eben handgreiflicher geworden sind. Alle jene anderen Beziehungen (wie die Beeinflussungen anderer Völker) oder auch besonders terroristische Bedingungen sind wohl auch im Grunde ausschlaggebend. Welch ein Material ein Volk zur Bearbeitung vor sich hat, auch ob es ein flaches Land ist, das für seine Monumente Fernwirkung verlangt, ist gewiß primär bestimmend. Für die Neuzeit, deren Kunst man genauer kennt, scheinen mir jene Ableitungen ganz erzwungen. So wahr es ist, daß der bürgerliche Markt die Kunst privater, intimer und beweglicher gemacht hat, so sind doch alle die anderen so sehr grundlegenden Verschiedenheiten zwischen Romantik, Impressionismus und dem Expressionismus von heute durchaus nicht als Ausstrahlungen von wirtschaftlichen Änderungen zu verfolgen, und mir will der wirtschaftliche Apparat viel zu schwer beweglich erscheinen, um in so engen Konnex mit dem leichten Fluß geistiger Bewegungen gebracht zu werden. Als Beleg übrigens, daß große Kunst nur auf dem Boden festgeschlossener Gesellschaften wachsen könne, führt Hausenstein jene schöne Stelle aus van Goghs Briefen an, in der es heißt: »Es scheint mir immer mehr und mehr, daß die Bilder, die gemalt werden müßten, die notwendigen und unumgänglichen Bilder, ... die Kraft eines einzelnen Individuums übersteigen.«

× Eine Monographie *Max Liebermann* hat Karl Scheffler erscheinen lassen (München, Piper/. Bevor er auf Liebermanns Kunst und ihre Entwicklung eingeht, gibt er eine außerordent-

lich gute Darstellung seiner Person. Aus der ganzen Schilderung spricht die gleiche warme Liebe und Verehrung für Liebermann, für die Aktivität seines Temperaments, für die Strenge und die Verantwortlichkeit in der Arbeit und für die Schärfe seiner Intelligenz. Die seltsame Vereinigung dieser Eigenschaften in so eminenter Potenz lassen Liebermann wie eine Art Typus des modernen Künstlers erscheinen. In der Darstellung seiner Kunst zeigt Scheffler sich durchweg als den sehr warmen verstehenden und zurückhaltenden Beurteiler, der ohne Phrasen seine Verehrung zu zeigen versteht. × Das Buch *Artur Volkmanns Vom Sehen und Gestalten* (Jena, Diederichs/ hat neben der Schilderung des eigenen Kunstgangs in erster Reihe den Zweck die Wertschätzung Marées' vor das Volk zu bringen. Volkmann hat mehrere Jahre in Rom ausschließlich unter Marées' Einfluß gearbeitet. Das Anekdotische, was er von ihm erzählt, wie auch vor allem seine Kunsturteile und Hinweise in der Art des Arbeitens entsprachen durchaus dem Bild, das wir von Marées nach seiner Kunst uns gemacht haben. Aus allem spricht das gleiche intensive Nachdenken über seine Kunst und die scharfe Einstellung auf das geistig zusammenhaltende Moment. Merkwürdig ist es, daß trotz der immensen Kultur von Marées' Sinnen, trotz der Strenge bei der Arbeit und trotz des durchaus Dominierenden, fast Herrschens seiner Person seine Nachfolgerschaft doch ohne rechten Lebenssaft ist. Die Simpelheit von Volkmanns Natur hat durch das Hochgespannte der Marées'schen Forderungen fast etwas Peinliches bekommen, und Marées' Forderung die Körper aus dem Geist herauszuschaffen wird in seinen Händen entwertet. Er hat durchweg die Präntation auf Klassik; aber seine Einfachheit besteht schließlich nur in einer wohlmeinenden und schullehrerhaften Nüchternheit. × Das Heftchen *Zeichner und Gezeichnete* von P. Richards (Berlin, Reflektorverlag/ gibt die Erinnerungen des bekannten amerikanischen Zeichners und Journalisten an eine Reise wieder, die er zusammen mit Mark Twain nach England machte. Die ganz kindliche Renommee und der bramarbasierende Ton, mit dem er von seinen und Twains Erfolgen auf allen möglichen Gebieten erzählt, verknüpft mit einer ganz unendlichen Naivetät, machen dieses amerikanische Heftchen zu einem amüsanten und sehr schnurrigen Ding.

## KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

**Agrarpolitik** 53 Jahre nach ihrem ersten Erscheinen erlebt jetzt Wilhelm Roschers *Nationalökonomik des Ackerbaus und der verwandten Urproduktionen* / Stuttgart, Cotta/ die 14., vermehrte Auflage. Die Vermehrung besteht darin, daß der Herausgeber Professor Heinrich Dade dem unveränderten Abdruck der 13. Auflage /1903/ einen 40 Seiten starken Nachtrag hinzugefügt hat. Der wertvollste Bestandteil des Nachtrags scheinen mir 2 Kapitel über die Brot- und Fleischversorgung der deutschen Bevölkerung zu sein. Ganz richtig betont Dade hierin, daß 78 % der Anbaufläche von Brotgetreide auf die Betriebe unter 100 Hektar entfallen, und daß der Schwerpunkt der deutschen Viehproduktion ausschließlich in den bäuerlichen Betrieben liegt. Soweit die einheimische Futterernte nicht genügend vermehrt werden könne, sei es daher vom volkswirtschaftlichen Standpunkt immer noch vorteilhafter Futtermittel einzuführen und sie in Viehprodukte umzuwandeln als das Vieh selbst hereinzulassen, da die Existenz von Millionen landwirtschaftlicher Betriebe hierauf begründet sei und in der innern Kolonisation neu begründet werden könne.

Besonderes Interesse bietet für unsere Partei das Kapitel *Landwirtschaft und Sozialismus*. Mit Recht legt Dade dar, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb unter den heutigen Verkehrs- und Absatzverhältnissen ebenso rentabel oder noch rentabler ist als der Großbetrieb, und daß der Kleinbetrieb auf der selben Kulturlfläche ebenso viele und noch mehr landwirtschaftliche Produkte erzeugen und auch an den Markt abgeben kann und jedenfalls noch mehr Menschen auf der selben Bodenfläche beschäftigt und festhält als der Großbetrieb. Infolgedessen habe sich im Gegensatz zu der bisherigen Lehre der Sozialdemokratie und zur Industrie im kleinen und mittlern Bauernum ein wichtiger Stand wirtschaftlich Selbständiger nicht nur erhalten und vermehrt, sondern es sei auch ohne technische Bedenken mit Rücksicht auf die Produktion der staatliche Eingriff zur Förderung dieser Entwicklung gestattet. Unrecht aber hat Dade mit seiner Behauptung, die Sozialdemokratie könne die produktive Leistungsfähigkeit des Klein-

betriebs nicht anerkennen und müsse im Widerspruch zu den wirklichen Tatsachen an ihrer bisherigen Lehre festhalten, weil sie sonst »aus einer Revolutionspartei zu einer die heutige Gesellschaftsordnung und den Staat erhaltenden Volkspartei« werde. Wenn die Sozialdemokratie, durch die tatsächliche Entwicklung eines Bessern belehrt, mit dem bäuerlichen Betrieb und Arbeitseigentum sich aussöhnt, ja sie fördern und vermehren hilft, so folgt daraus nicht im mindesten, daß sie auch auf den ihr näherliegenden Gebieten der Industrie, des Handels und Verkehrs, wo entsprechend ihrer Sozialtheorie im großen und ganzen der Großbetrieb und das Großeigentum siegreich vordringen, mit der bestehenden Wirtschaftsordnung im Prinzip Frieden schließt. Unrichtig ist auch Dades Meinung, daß nach Ansicht der sogenannten *Revisionisten* die moderne genossenschaftliche Bewegung in der Landwirtschaft ihren Schlußstein mit der Überführung des bisherigen Privateigentums in das gemeinschaftliche Eigentum der einzelnen Genossenschaften erhalten wird. Diese Mißdeutung der Tendenzen der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung ist den betreffenden revisionistischen Schriftstellern fremd, und Dades dagegen gerichtete Polemik ist daher gegenstandslos. Seine sehr lesenswerten Darlegungen schließt Dade damit, daß er die Schaffung von mindestens 200 000 neuen Bauernstellen in Ostelbien als ein im nächsten Menschenalter erreichbares und wünschenswertes Ziel hinstellt. Eine recht wertvolle Bereicherung unserer agrarpolitischen Literatur bedeutet Dr. Franz Sommereggers Buch *Wege und Ziele der österreichischen Agrarpolitik seit der Grundentlastung* /Wien, Volksbundverlag/. Die tatsächlichen Zustände in der österreichischen Landwirtschaft, die Entwicklung der agrarpolitischen Ideen und die Landwirtschaftsgesetzgebung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts werden knapp und klar dargestellt und einer fast durchweg sachgemäßen Beurteilung unterworfen. Ein Glanzpunkt des Buches ist seine kritische Auseinandersetzung mit dem die agrarische Gesetzgebung und Verwaltung bis in die achtziger Jahre beherrschenden wirtschaftlichen Liberalismus und dem als Reaktion dagegen sich durchsetzenden antikapitalistischen Agrarpessimismus der von Vogelsang, Lorenz von Stein und

Albert Schöffle. Über die durch die letztgenannte Richtung inspirierten interessanten, aber wenig erfolgreichen Gesetzgebungsversuche des Gesamtstaats und der einzelnen Kronländer auf den Gebieten der Bodenbefreiung und Bodenentschuldung, der Erbrechts- und Kreditreform, ferner über die aussichtsreichere Landeskultur- und speziell Alpwirtschaftspolitik der letzten Jahre orientiert Sommeregger besser als irgendein anderer mir bekannter Schriftsteller. Sein Buch ist daher vorzüglich geeignet das leider unvollendete grundlegende Werk Albert Schiffs *Österreichs Agrarpolitik seit der Grundentlastung* /Tübingen, Laupp/, dem es in seinen grundsätzlichen Auffassungen nahesteht, zu ergänzen. Unrichtig ist Sommereggerts beiläufige Bemerkung, daß die Guanolager in Chile die Hauptquellen unseres Stickstoffbezugs sind. Das sind vielmehr die Salpeterlager Chiles, während den Guanolagern auf den regenarmen Küstenstrichen und Inseln Perus nur eine nebensächliche Bedeutung zukommt.

Im *Handbuch der Politik* /Berlin, Rothschild/, dessen Erscheinen bereits in der politischen Rundschau dieser Zeitschrift angezeigt wurde, sind agrarpolitische Abhandlungen aus der Feder von Thiel, Fuchs und Stephinger enthalten. In einem Aufsatz *Das deutsche Volk in seinen sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen* beschäftigt sich auch der Direktor des bayrischen statistischen Landesamts, Professor Dr. Friedrich Zahn, mit der neuern Entwicklung der deutschen Landwirtschaft. Seine Ausführungen gipfeln in einer zusammenfassenden Beurteilung der Bauernwirtschaft, die auch von unseren agrarpolitisch interessierten Parteigenossen beachtet zu werden verdient: »Bekanntlich empfängt die deutsche Landwirtschaft ihr Gepräge vom Bauerngut, das fast drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebsfläche in sich schließt, und zwar speziell vom mittlern Bauerngut, das fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche auf sich vereinigt. Dieses Bauerngut, das sich durch Selbstbewirtschaftung und Selbsteigentum des Inhabers sowie durch große Ausdehnung der Familienwirtschaft auszeichnet, das in seinen Leistungen hervorragend wichtig ist für die Volksernährung und Viehzucht, hat sich in den letzten 25 Jahren in starkem Maß behauptet. Es bewährte, insbesondere das mittlere Bauerngut, seine Selbstbe-

hauptungskraft sowohl als Widerstandswie als Anziehungskraft. Und darum ist auch der auf ihm wirtschaftende Bauernstand (9,58 Millionen oder 63 % des in der Landwirtschaft tätigen Personals), speziell der mittlere Bauernstand (4,6 Millionen Personal oder 30 %), uns erhalten geblieben. Eine erfreuliche Erscheinung! Erweist sich doch der Bauernstand als die Verkörperung von eminent wichtigen Lebensinteressen unseres Volkes. . . Er ist der Hauptversorger des Reiches mit Brot, Fleisch, Milch, Butter, ein sicherer und wichtiger Abnehmer unserer industriellen Produkte.«

× Agrarroman- Als der märkische Adel unter der Führung des hochbegabten von der Marwitz sich zum Widerstand gegen die Stein-Hardenbergsche Agrarreform zusammenschloß, fand er in einem Kreis zur romantischen Schule gehöriger Schriftsteller wertvolle Bundesgenossen. An Reichtum und geschlossener Einheit der Ideen sowie an Kunst der Sprachbehandlung ragte in diesem Kreis Adam Müller hervor. Einen wertvollen Beitrag zum Verständnis Adam Müllers und seines Zeitalters und damit zur Kenntnis des Ursprungs der agrarkonservativen Staats- und Wirtschaftsauffassung gibt Dr. Friedrich Lenz in seinem Buch *Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik* /Berlin, Parey/. Der 1. Teil des recht interessanten Buches zeigt uns die mit dem Landadel verbündete romantische Nationalökonomie im politischen und literarischen Kampf gegen den Kanzler von Hardenberg und seinen hervorragendsten Ratgeber Albrecht Thaer, den Vater der *rationellen Landwirtschaft*. Der 2. Teil versucht aus den 1812 veröffentlichten *Agronomischen Briefen* und anderen Streitschriften Adam Müllers und der ihm nahestehenden Theoretiker das System der romantischen Agrarlehre zu rekonstruieren. Vom Hintergrund der oft recht krausen Ansichten minder bedeutender Parteigänger, die Lenz manchmal etwas zu ausgiebig wiedergibt, hebt sich das Urteil Adam Müllers wirkungsvoll ab. Er ist seinem großen Gegner Thaer, der sich bei der ihm anvertrauten Reform der ostelbischen Agrarverfassung allzu sehr von seinen hannoverschen Erfahrungen und den Ergebnissen seines Studiums der englischen Landwirtschaftsschriftsteller leiten läßt, durch seine

bessere empirische Kenntnis und noch mehr durch seine intuitive Erfassung der ostdeutschen Agrarverhältnisse in manchen Beziehungen weit überlegen. Während Thaer die Wesensgleichheit der Landwirtschaft mit der Industrie betont, ja die Landwirtschaft geradezu eine Fabrik nennt, führt Adam Müller aus, »daß das Prinzip der Teilung der Arbeit auf die Landwirtschaft angewendet, dem Geist dieses Geschäfts widerstrebt, welches durch seinen ganz an die Gestirne gebundenen Turnus der ausschließlichen Distribution einzelner Geschäfte an einzelne Menschen, die in der Manufaktur sehr an ihrer Stelle ist, unüberwindliche Hindernisse entgegensetzt und sich, da es hauptsächlich mit lebendigen Naturprodukten, mit Pflanzen und Tieren und mit der lebendigen Atmosphäre und den chemischen Kräften der Erde in ihrem Ruhezustand verkehrt, viel weniger der rohen Bearbeitung der Maschinen hingibt als irgendein anderes Gewerbe der Welt«. Man ist nicht wenig überrascht zu finden, daß Adam Müller mit diesem gegen Thaer und die englischen Agrarökonomen gerichteten Satz den Gedankengang zusammengelaßt und vorweggenommen hat, den 100 Jahre später Genosse Dr. Eduard David bei seiner siegreichen Bekämpfung der marxistischen Agrartheorie bis in alle Einzelheiten und Konsequenzen entwickelt hat. In einer andern wichtigen Frage wurde Adam Müller durch seine Polemik gegen die vermeintlich allerorts mit größtem Vorteil durchführbare *rationelle Landwirtschaft* Thaers der Vorläufer Johann Heinrich von Thünen und seiner Lehre von der relativen Vorzüglichkeit der Ackerbausysteme. Es hätte für Lenz eine dankbare Aufgabe sein sollen dieser merkwürdigen geistigen Beeinflussung des so gänzlich unromantischen Thünen durch den größten Gegner seines Lehrers näher nachzugehen. Adam Müller und seine adligen Freunde, besonders von dem Kneesebeck, waren den anti-feudalistischen Agrarreformern darin überlegen, daß sie die Folgen der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, vor allem der Edikte von 1811, viel richtiger beurteilten als ihre Schöpfer, an der Spitze Thaer, selbst es taten. Während diese der Sache des Bauerntums und der Landeskultur durch die Edikte einen großen Dienst zu tun glaubten, sahen die Agrarromantiker in dem 1807 geschaffenen und 1811 und 1816 festgelegten Zustand geradezu eine Anreizung

zur Bauernlegerei, und es ehrt sie, daß sie offenbar ganz aufrichtig gerade aus diesem Grund die in der Tat ungenügend durchdachten Reformmaßregeln am heftigsten bekämpften. Was sie infolge ihrer intimern Kenntnis der ostelbischen Landwirtschaft voraussahen, das *Heruntereigentümern* der Bauern und ihre Umwandlung in landlose Tagelöhner, ist bekanntlich in großem Umfang wirklich eingetreten und eine Hauptursache der Auswanderung der ostelbischen Gutstagelöhner, der sie ablösenden Abwanderung in die Städte und Industriebezirke, der beginnenden Polonisierung des Ostens und anderer Erscheinungen geworden. Indem Lenz in diesem wichtigen Punkt die bisher geltende Auffassung berichtigt und unter den sozialpolitischen Parteien, die damals mit einander rangen, Licht und Schatten gerechter verteilt, hat er einen wertvollen Beitrag zur deutschen Agrargeschichte und zum Verständnis jener einschneidenden Agrarreformen geliefert.

× Arbeitsvermittlung ×

Die auf dem Land herrschende Leutenot gab in den letzten Jahren den Anstoß zu einem eifrig betriebenen und mannigfaltigen Ausbau der ländlichen Arbeitsnachweise. Diesen Bestrebungen widmet Dr. iur. et phil. Carl Willecke (*Die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung in Deutschland* /Berlin, Parey/) eine gründliche und gute monographische Darstellung. Einer Skizzierung der auf dem Land noch ziemlich wichtigen unorganisierten Arbeitsvermittlung (Umschau, Arbeitermärkte, Vermittlung durch Vorarbeiter, Zeitungsinserat) folgt eine eingehende Schilderung und Beurteilung der organisierten. Das der Landwirtschaft überwiegend schädliche Monopol der gewerbsmäßigen Agenten ist mit Hilfe des seit dem 1. Oktober 1910 geltenden Stellenvermittlergesetzes durch Vermehrung und Verbesserung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise allmählich gebrochen. Diese wurden sowohl von Nichtinteressenten wie von Interessenten gegründet. Zu den von Nichtinteressenten organisierten gehören neben den charitativen die öffentlichen Arbeitsnachweise. Aber nur in Süddeutschland haben diese die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung mehr oder weniger ausschließlich in Händen. In Norddeutschland herrscht der von den Interessenten unterhaltene Arbeitsnachweis vor. Während die erst seit

wenigen Jahren bestehenden Arbeitnehmerorganisationen sich bisher mit der Arbeitsvermittlung nicht befassen, haben einige Arbeitgeberverbände, besonders in der Provinz Sachsen und in Nordwestdeutschland (das Arbeiterbeschaffungswesen des Vereins ostpreussischer Landwirte ist dem Verfasser leider unbekannt geblieben), auf diesem Gebiet ziemliche Erfolge erzielt. Jedoch ist Willecke im Einklang mit den staatlich organisierten oder anerkannten landwirtschaftlichen Interessenvertretungen der Ansicht, daß landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände und Arbeitgeberverbandsarbeitsnachweise keine Existenzberechtigung haben. Dagegen tritt er lebhaft für Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern ein, deren erster 1897 gegründet wurde. Um ihre Nachfrage nach Wanderarbeitern gegenüber dem ausländischen Angebot einheitlich zusammenzufassen, traten 1905 die preußischen Landwirtschaftskammern der 1902 gegründeten Deutschen Feldarbeiterzentralstelle als Mitglieder bei. Die ausführliche Geschichte dieses Instituts, das schon in seinem Etatsjahr 1909-1910 an sein Beamtenheer Gehälter und Vergütungen im Gesamtbetrag von rund 1 Million Mark zahlte und im Jahr 1911-1912 729 575 Wanderarbeiter, darunter 397 364 landwirtschaftliche mit Legitimationskarten ausstattete, ist wohl der interessanteste Teil des Buches. Nach Willeckes Rat sollen die Landwirtschaftskammern die Beschaffung ausländischer Arbeiter künftig ganz der Deutschen Arbeiterzentrale (wie sie sich seit 1911 nennt) überlassen und unter Begründung von Zweignachweisstellen in allen Kreisen ihre Anstrengungen ausschließlich auf die Vermittlung inländischer Arbeiter konzentrieren. Erwünscht wären noch Angaben über die Vermittlung von Erntesoldaten, besonders über die Zahl der zu landwirtschaftlicher Lohnarbeit beurlaubten Militärpersonen und die Dauer ihrer Beschäftigung, gewesen. Unzutreffend ist Willeckes Behauptung, daß der 1908 begründete Landwirtschaftliche Arbeitgeberverband für Deutschland auf der Arbeitnehmerseite eine analoge Gründung hervorgerufen habe und hervorgerufen mußte. Der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband ist nicht »als Gegengewicht« zum 1 Jahr älteren Arbeitgeberverband sondern nach langen Vorbereitungen ohne Kenntnis von dessen Bestehen geschaffen worden.

X

X

**Internationales Institut** Über die bisherige Tätigkeit des seit 1908 bestehenden Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom erstattet der deutsche Delegierte Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Dr. Mueller in einer dem Reichstag vorgelegten Denkschrift eingehend Bericht. Das Institut, dem gegenwärtig mehr als 50 Staaten, so ziemlich die gesamte Kulturwelt, angeschlossen sind, hat den Charakter einer internationalen staatlichen Informationszentrale über Produktion, Handel und Konsum der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Landwirtschaftswissenschaft und -technik, Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten, Lohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, landwirtschaftliches Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesen und andere in der völkerrechtlichen Konvention vom 7. Juni 1905 aufgeführten Gegenstände. Mit einem Jahresetat von zurzeit 811 500 Francs und einer 95 Köpfe starken vielsprachigen Beamtenschaft suchte das Institut in den 5 Jahren seines Bestehens seinen wichtigen Aufgaben gerecht zu werden, und zwar zunächst durch Schaffung einer internationalen Zentralbibliothek und -bibliographie der Landwirtschaft (*Bulletin bibliographique hebdomadaire*), ferner durch Bearbeitung, Veröffentlichung und Verbreitung einer internationalen landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsstatistik (*Bulletin de statistique agricole*, seit Januar 1910 monatlich in 5 Sprachen erscheinend, und das seit 1912 erscheinende internationale vergleichende Jahrbuch *Annuaire international de statistique agricole*, das in einem *Annuaire international de législation agricole* sein Seitenstück hat) und endlich durch einen organisierten ununterbrochenen agrarwissenschaftlichen und -technischen Informationsdienst. Dem letztgenannten Zweck dienen 2 seit 1910 monatlich in Heften von je 200 Seiten erscheinende Zeitschriften: *Bulletin des renseignements agricoles et des maladies des plantes* und *Bulletin des institutions économiques et sociales*. Diese bisher nur in französischer, englischer und italienischer Sprache publizierten Zeitschriften werden seit Januar 1913 auch in einer deutschen Ausgabe veröffentlicht. Alle 4 Zeitschriften können zu einem ermäßigten Gesamtabonnement von 48 Francs bezogen werden. So ist in Rom eine Sammelstelle zur Einziehung, Verarbeitung und Verbrei-

tung wissenschaftlicher und die Entwicklung der Landwirtschaft fördernder Nachrichten und Belehrungen geschaffen, die sicherlich der Land- und Volkswirtschaft aller Völker erheblichen Nutzen stiften wird. Ein schätzenswerter Nebenerfolg des Instituts ist es außerdem, daß mehrere Staaten, um seinen Anforderungen zu genügen, ihre landwirtschaftliche Statistik einer gründlichen Reform teils (wie Italien) bereits unterzogen haben teils (wie Rußland) zu unterziehen im Begriff sind. Den größten Nutzen haben natürlich die Landwirte der neuen Welt, denen das Institut die Erfahrungen der alten vermittelt. So wurden beispielsweise erst durch seine Veröffentlichungen in den Vereinigten Staaten die preußischen Landschaften, diese unübertroffenen Organisationen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Hypothekarkredits, sowie die Tatsache bekannt, daß die in den Kreditgenossenschaften vereinigten deutschen Landwirte alljährlich Kreditgeschäfte im Umfang von  $6\frac{1}{2}$  Milliarden Mark machen. Das Bekanntwerden dieser Tatsachen rief in Amerika großes Aufsehen und eine so lebhafte Propaganda für Einbürgerung der landwirtschaftlichen Genossenschafts- und Kreditorganisationen Deutschlands in Amerika hervor, daß sich Präsident Taft veranlaßt sah in einem an die Gouverneure der Einzelstaaten gerichteten Rundschreiben das Studium und die Nachahmung der deutschen Einrichtungen zu empfehlen.

Eine der Muellerschen analoge Schrift hat der französische Delegierte Louis-Dop unter dem Titel *Le présent et l'avenir de l'Institut international d'Agriculture* veröffentlicht. Das »agrär-ökonomische Weltobservatorium« in Rom werde, hofft er, durch seine raschen, umfassenden, amtlichen und unparteiischen produktions- und handelsstatistischen Veröffentlichungen der Spekulation in Agrarprodukten allmählich ein Ende machen und die Fluktuationen der Preise mäßigen.

Noch optimistischeren Erwartungen gibt sich der Delegierte der Vereinigten Staaten, David Lubin aus Kolorado, der eigentliche Urheber des Institutsgedankens, hin. Die zum Teil phantastischen Hoffnungen Lubins, die ihn dazu trieben auf seinen Weltreisen sein Projekt unermüdlich zu propagieren, kommen auch in dem Briefwechsel zum Ausdruck, den er mit dem mexika-

nischen Ackerbauministerium geführt hat, und den dieses kürzlich im 2. Band der *Social-economical studies made by the General-Direction of Agriculture of Mexico / Mexiko, Secretaria de Fomento* veröffentlicht hat. Recht interessant sind die Angaben, die in dieser Schrift über die Landwirtschaft und die Kolonisation in Mexiko und die Agrarpolitik der mexikanischen Regierung gemacht werden. An dieser Stelle kann hierüber nur so viel berichtet werden, daß in den letzten 15 Jahren auch in Mexiko wie im übrigen lateinischen Amerika, besonders in Argentinien, die kapitalistische Agrikultur auf großer Stufenleiter im Niedergang, und der bäuerliche Familienbetrieb im Aufstieg begriffen ist. Wenn auch die indolente Masse der Farbigen, die mehr als 90 % der Bevölkerung Mexikos ausmache, in kapitalistischen Großpflanzungen mit einem gewissen Zwang zur Arbeit angehalten werden müsse, so hinge die gesunde Entwicklung der mexikanischen Landwirtschaft doch davon ab, daß möglichst viele strebsamere Eingeborene und besonders Einwanderer kaukasischer Rasse ihr eigenes Land bearbeitende Kleinfarmer würden. Der seit etwa 1875 in der ganzen Welt herrschenden Tendenz zum familienhaften Landbau wolle sich auch das mexikanische Ackerbauministerium anpassen und auf aufgeteiltem Großgrundbesitz nach Möglichkeit bäuerliche Eigentümer ansiedeln. Nach erfolgreicher Durchführung dieser Agrarreform werde Mexiko auf dem europäischen Markt mit dem argentinischen Getreide konkurrieren können. Der Gelehrte des mexikanischen Ackerbauministeriums fordert daher das internationale Ackerbauinstitut in Rom auf die in der ganzen Welt vor sich gehende Umbildung des landwirtschaftlichen Großigentums in Mittel- und Klein-eigentum zu studieren.

✕ **Kurze Chronik** ✕ Der deutsche Landwirtschaftsrat erörterte auf seiner diesjährigen Tagung nach ausgezeichneten Referaten der Rittergutsbesitzer von Lochow und Beseler und des Professors Max Sering, auf welche Weise die deutsche landwirtschaftliche Produktion auf der selben Bodenfläche, durch Urbarmachung von Moor und Heide und durch innere Kolonisation gesteigert werden könnte. ✕ Die Ostpreussische Landschaft feierte den 125. Jahrestag ihrer Gründung.